

FEBRUAR 1985

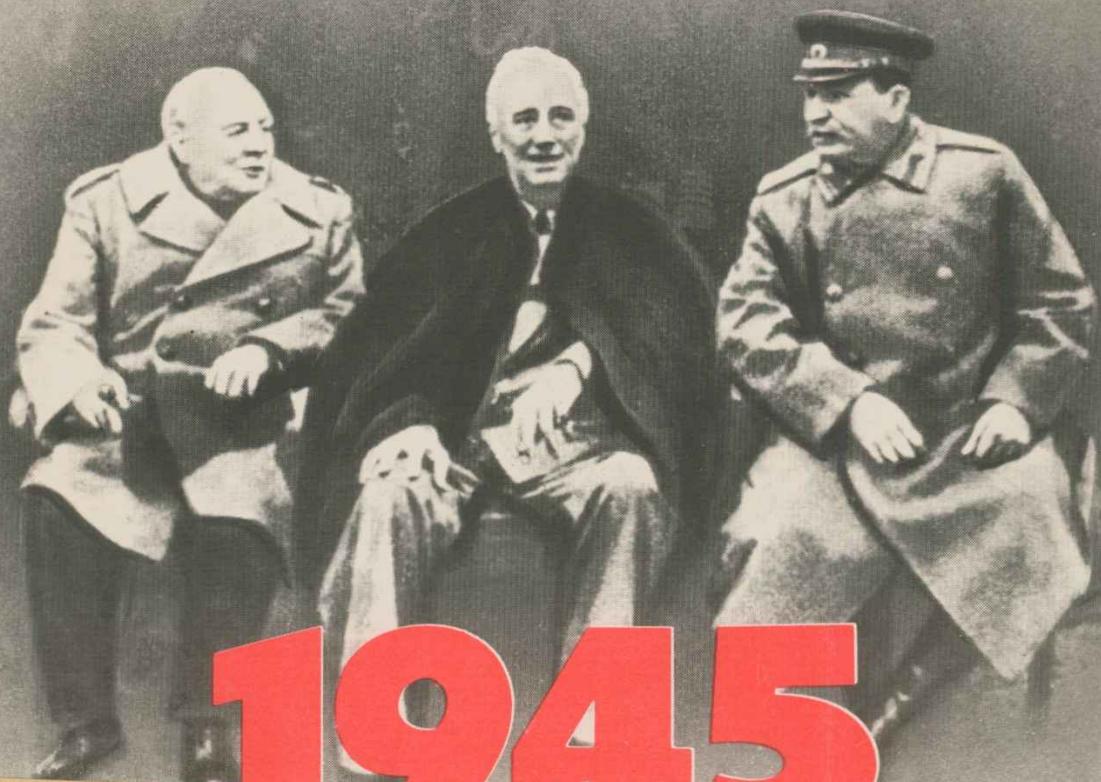
6 auf
Genommen

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

JALTA



1945

14159 6 151 394 347
ZOLLEINW-BI 1500 9003 1529
PLFS



Im Juli 1944 bewegte sich auf einer Chaussee in Richtung Kaunas eine Artilleriekolonne. Eine Haubitzeinheit zog zur Front in neue Stellungen. Die Haubitze wird gewöhnlich einige Kilometer hinter der vordersten Stellung eingesetzt und zieht den Infanteristen nach.

Sergeant Melnikow saß, zusammen mit dem Bildberichterstatter Morosow, auf der Protze eines Geschützes und drehte sich eine Zigarette. Der Verschlußkanonier neben ihm war eingeknickt. Plötzlich kamen links vom Waldrand her deutsche Panzer — etwa 20 „Tiger“ und „Panther“ — und versuchten, die Kolonne in die Zange zu nehmen.

Noch tönten die Befehle an die Geschützbedienungen, wendeten die Soldaten die schweren Lafetten und rissen die Ladekanoniere die Munitionskisten von den Protzen, da versuchte Melnikow schon, mit dem Rundblickfernrohr einen schwarzen Schatten ins Fadenkreuz zu bekommen.

„Geschoß...! Rechts zehn...!“ Gleichzeitig blitzte es hier beim Geschütz und dort beim Panzer auf und kam ein praller, heißer Luftstoß. Fehlgeschossen... Bald sah man nur noch hochgerissene Erde und Rauch. Das Gefecht hatte begonnen. Bei der zweiten Batterie fiel ein Richtkanonier, und Major Dshapsatbajew, Politstellvertreter der Einheit, rannte zu dem Geschütz.

„Rundblickfernrohr sah er die schwarze Mündung eines Geschützlaufes — der „Tiger“ zielte direkt auf das Geschütz.

„Feuer!“ Der Panzerturm war hin, aus dem „Tiger“ schoß eine Feuersäule.

„Geschoß...!“ Fieberhaft drehten die Hände die schwerfällige Seitenrichtmaschine, jemand stieß ein Geschoß ins Bodenstück, das Rohr schwankte,

Erde flog hoch, ihr nach Geschützräder, Bäume, Panzerketten und -färme.

Das Gefecht schien eine Ewigkeit gedauert zu haben. Dabei war es heiß hergegangen.

Als es ablaute, sah der Major über das Geschütz hinweg und erblickte elf der Stahlungeheuer, die rauchend und, vom Haubitzenfeuer aufgeschlitzt, dalagen. Die übrigen waren in den Wald geflohen. Die Einheit hatte ursprünglich zwölf Geschütze. Übrig waren neun.

Melnikows Gesicht war rauchgeschwärzt, schwer atmend drehte er sich wieder eine Zigarette



F R A G E N A U S K A N A D A

"Warum können alle Völker und alle Rassen nicht im Einvernehmen miteinander leben? Warum wird derart um die Macht gekämpft? Sind wir denn wirklich außerstande, die Energie viel vernünftiger einzusetzen?" Diese Fragen bewegen die 18jährige kanadische Studentin Laurie Piraux, und sie stellt sie in einem bewegenden Brief an Konstantin Tschernenko. Millionen Menschen im Westen haben die gleichen Fragen. Allein, daß sie gestellt werden, bedeutet ein hervorstechendes politisches Phänomen, der Welt bis in die letzten Jahre unbekannt. Selbst angesichts der raffinierten Meinungsmanipulation im Westen können die einfachen Menschen — schon instinktiv! — diesen selbstmörderischen Kurs auf das Wettrüsten, auf die Konfrontation mit den Ländern des Sozialismus, die die Initiatoren des "Kreuzzugs" gegen die Sowjetunion betreiben, nicht akzeptieren.

Der sowjetische Staatsmann gab dem Mädchen aus Kanada eine ausführliche Antwort, was sich gleichfalls als ein Zeichen der Zeit sehen läßt: Die politische Führung der UdSSR will den aufrichtigen Dialog nicht nur mit Staatsmännern, sondern auch mit den einfachen Menschen. Wenn diese Menschen sich der riesigen Völkerfamilie unserer Erde zugehörig fühlen, die wir zu bewahren haben, sind sie sehr ernst zu nehmen, müssen sie die sowjetische Haltung kennen, insbesondere wenn sie bewußt entstellt wird.

Wie konnte bei Laurie Piraux der alarmierende Gedanke aufkommen, daß "um die Macht gekämpft" wird? In nicht geringem Maße röhrt das daher, daß der Westen ununterbrochen unser Land dieser Sünde zeihen will. Die Beispiele sind greifbar: Erst vor einigen Tagen verkündete Ronald Reagan in einer sehr ausschweifenden Rede zu seiner erneuten Vereidigung als Präsident, in der Welt "vollzieht nur ein Land die größte militärische Aufstockung in der Geschichte der Menschheit". Das würde stimmen, wenn der Präsident die USA meinte. Doch er meint — jeglichen Tatsachen zuwider! — die Sowjetunion.

Wieder erläutert Konstantin Tschernenko geduldig und eindringlich der westlichen Öffentlichkeit: "Die Macht über die Welt zu erlangen, vermag niemand... Versuche, ein solches Ansinnen in die Tat umzusetzen, können die ganze Menschheit sehr teuer zu stehen kommen." Die Welt hat die

schrecklichen Lehren des vergangenen Krieges, mit dem der Hitlerimperialismus die Weltherrschaft erringen wollte, sicher nicht vergessen. In diesem Heft bringen wir einen Beitrag über die Konferenz der drei Großmächte in Jalta. Sie wurde zum Symbol des Willens der freiheitliebenden Völker, den Aggressor vollständig zu vernichten sowie einen festen und dauerhaften Frieden, eine Zusammenarbeit gleichberechtigter Staaten, zu schaffen.

Diese vor zehn Jahren in Helsinki bekräftigten Grundsätze der internationalen Umgangsnormen passen nicht allen ins Konzept. Wie ließe sich sonst erklären, daß US-Außenminister Shultz Jalta in Frage stellte und sich gleich danach eine Woge des Revanchismus in der BRD erhob. Doch man sagt nicht umsonst: Es gibt Glück im Unglück. Die Weltöffentlichkeit kann jetzt deutlich erkennen, wer die Ergebnisse des Krieges revidieren und wer die friedliche Nachkriegsordnung aufrechterhalten will. Von den darauf gerichteten Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik angesichts der Lehren der Geschichte sprach Konstantin Tschernenko auch im Vorwort zu seinem eben in Frankreich erschienenen Buch.

Die kanadische Studentin sieht — und darin stimmt der sowjetische Staatsmann mit ihr überein —, daß die Welt an einen gefährlichen Abgrund geraten ist. In der jetzigen zugespitzten Lage ist die Sorge um die Erhaltung des Friedens unabdingbare Notwendigkeit. Der Anfang zu einer erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe würde mit der Verhütung des Wettrüstens im Weltraum und gleichzeitigen Fortschritten bei einer radikalen Reduzierung der Kernwaffen, bis hin zu ihrer völligen Vernichtung, gemacht. Dazu besteht, wie die Sowjetunion meint, gegenwärtig eine reale Möglichkeit.

Am 12. März beginnen die Verhandlungen in Genf. Beide Seiten haben bereits ihre Delegationen bestimmt. Die Sowjetunion wird diese Verhandlungen sachlich und konstruktiv führen. Leider veranlaßt uns manches, an der gleichen Haltung des Weißen Hauses zu zweifeln. In dem Chor aus Washington heben sich immer deutlicher Stimmen ab, die unserem Land wieder einmal ein Ultimatum stellen wollen: Ob verhandelt werde oder nicht, die Kernwaffen kämen in den Weltraum. Ist denn aber nicht klar, daß Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen jeglichen Sinn verlieren, wenn der Weltraum militarisiert wird?

Laurie Piraux — und mit ihr Millionen! — erwarten, daß die Energie der Menschheit vernünftiger eingesetzt wird. Dieser Wunsch wird von der sowjetischen Führung, von der ganzen sozialistischen Gemeinschaft zutiefst geteilt.

Der Beitrag "Nicht nur Verdienstkreuze" in der NZ-Ausgabe 48/1984 hat mir besonders gefallen. Sie haben vollkommen recht: Wir müssen stets die heute in der BRD betriebene Revanchepolitik im Auge behalten, obschon man diese dort mitunter sehr gut auf- und nicht für jeden erfaßbar macht. Gerade wir in der DDR müssen daran denken: Im Westen tut man ja alles, um mittels Massenmedien, darunter auch durch den "Deutschlandfunk", uns täglich unter Druck zu setzen. In dem Bemühen, die revanchistischen Ideen einzuhämmern, suchen die Propagandamacher alle Deutschen, welche in sozialistischen Ländern leben, zur Ausreise in den Westen, in die "freie Welt", zu bewegen. Die Werbung erfolgt offenbar mit Wissen der BRD-Regierung, die ihre wahren Absichten schön unter der Devise "Freiheit und Menschenrechte" verpackt. Auf diese Art und Weise will sie ihre innenpolitischen Probleme auf Kosten der sozialistischen Staaten bewältigen. Ich hörte dieser Tage im "Deutschlandfunk" einen Beitrag über die katastrophale Bevölkerungsabnahme in der BRD. Sein Grundgedanke: "Der Deutsche stirbt aus." Die Bevölkerung in der BRD werde sich in 50 Jahren um 35 Millionen Menschen bewegen, man rechne aber dazu die "eingedeutschten" Gastarbeiter. Ende der 70er Jahre seien in der BRD noch 12,5 Millionen Kinder eingeschult worden. In zwei bis drei Jahren werde diese Zahl nur noch ca. 7,8 Millionen betragen. Man trägt sich nun mit dem Gedanken, Schulen zu schließen, und rät den Jugendlichen ab, den Beruf eines Lehrers zu ergreifen, weil dieser angeblich keine Perspektive hat. Meine Meinung: Keine Perspektive hat das Gesellschaftssystem in einem Staat, welcher eine solche Politik betreibt.

Hans-Georg RIESER
Dresden, DDR

Kaum waren 1945 die letzten Salutschüsse für den sieggekrönten Abschluß des zweiten Weltkrieges abgefeuert worden, trugen sich die USA, unser Alliierter, mit der Absicht, 20 sowjetische Städte durch einen Atombombenabwurf zu veraschen (Atomwaffe wurde erst erfunden). Seit jener Zeit ist Washington darauf aus, seine Kernrüstungen, auch unter Einbeziehung der NATO-Bündnispartner, aufzustocken. Durch die Raketenstationierung in der BRD, Italien und Großbritannien führt der US-Präsident einen Kreuzzug gegen die sozialistischen Länder. Ist Washington dessen sicher, daß die Staatsordnung in den USA den Gipfel der Vollen- dung erreicht habe und unerlässlich für die Menschheit sei, so fragt sich zu Recht: Wozu denn braucht man einen Krieg? Wäre es für Washington nicht sinnreicher, seine Landsleute mit Wohnraum und Nahrungsmitteln besser zu versorgen, ihre Vollbeschäftigung zu sichern, ihr kulturelles wie Bildungsniveau zu heben — kurz, die Vorteile des US-Gesellschaftssystems faktisch vorzuführen?

N. NOWIKOW
Gebiet Kalinin, RSFSR

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 6 FEBRUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Fragen aus Kanada (Wort des Redakteurs)	1
Antwort Konstantin Tschernenkos an kanadische Studentin	4
B. Pistschik, G. Sidorowa — Der Wille des ganzen Volkes	5
L. Shegalow, A. Uswatow — UdSSR—Indien. Aufwärtstrend	7
S. Polsikow — Mahnung aus Wien	9
G. Borissowa — Großbritannien. Geheimnis mit Gifthauch	10
L. Skuratow — Amerikanische „Humanität“	11
W. Boikow — Die Hexenjagd geht weiter	12
J. Palfy — UVR. Die Unverbesserlichen	14
Appell aus Delhi	15
Notizen ◆ Glossen	16
Zum 40. Jahrestag des Sieges. Jalta: Nicht revidierbar	18
A. Solowjow — Naher Osten. Erst keinen Boden, jetzt auch kein Wasser	27
J. Botschkajow — Diskussion mit dem Leser	29
PS	30

Dokumente:

Kommunique der 10. Konferenz der Außenminister von Laos, Kampuchea und Vietnam	31
--	----



Vor 40 Jahren fand in Jalta die historische Begegnung der "großen Drei", der Staatschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens, statt. Die Krimkonferenz der Alliierten kündigte den großen Sieg an. Sie war ein Kulminationspunkt der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Ihre Ergebnisse, die mancher im Westen revidieren möchte, sind unveränderlich [S. 18].

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau
Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

IN KÜRZE



Aktuellen Aufgaben der weiteren Aktivierung des Friedenskampfs galt die Unionskonferenz der Friedenskräfte am 23. Januar in Moskau. TASS — FOTO: Blick in den Konferenzsaal

Am 25. Januar veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Zur Debatte stand die Erfüllung des Staatsplans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für 1984. Ferner Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Weltraum- und Nuklearwaffen. In einem dazu gefassten Beschuß werden u. a. organisatorische Fragen der UdSSR-Delegation bei diesen Verhandlungen entschieden. Gebilligt wurde eine Information Viktor Grischins über den Aufenthalt einer Delegation des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU in der VR Polen zu den Feierlichkeiten des 40. Jahrestags der Befreiung Warschaus von den faschistischen Okkupanten. Erörtert wurden weiter Fragen des Ausbaus der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern und den Entwicklungsländern sowie der Festigung des Friedens und der Völkersicherheit.

Der französische Verlag "Plon" brachte das Buch Konstantin Tschernenkos "Volk und Partei sind eins" heraus. Es wird von einem Vorwort Konstantin Tschernenkos an die französischen Leser eingeleitet, in dem es u. a. heißt: "Was macht Europa heute feiern? Vor allem die begonnene und andauernde Stationierung neuer US-amerikanischer Erstschlagsraketen in einigen westeuropäischen Ländern. Wir haben schon mehrfach mit Fakten und

Zahlen in der Hand erklärt, daß die Stationierung dieser Raketen auf die Störung des militärischen Gleichgewichts in Europa und die Erlangung der einseitigen Oberlegenheit der USA und der NATO abzielt. Es ist eine ernsthafte Gefahr für das friedliche Leben der sowjetischen Menschen entstanden. Doch nur für ihr Leben? Können sich die Engländer, Italiener, die Westdeutschen, ja überhaupt alle Europäer sicherer fühlen? Kaum. Die Verantwortung dafür tragen jene, die es erzwungen haben, die Territorien einiger westeuropäischer Länder zu amerikanischen Startplätzen zu machen. Ohne Umschweife aber muß man auch sagen: Ihren Teil der Verantwortung tragen alle, die auf die eine oder andere Weise — mit Taten, Worten oder selbst mit Schweigen — zur Realisierung des amerikanischen Nuklearraketenexports nach Europa beigetragen haben."

Am 23. Januar tagte in Moskau die Unionskonferenz der Friedenskräfte. In einem Grußwort Konstantin Tschernenkos heißt es u. a.: "Es gibt heute keine wichtigere Aufgabe als die, die Entfesselung eines Nuklearkriegs nicht zuzulassen. Der Beginn ihrer erfolgreichen Lösung wären die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und ein gleichzeitiger Fortschritt auf dem Weg zur radikalen Reduzierung der Kernwaffen bis hin zu ihrer vollständigen Vernichtung. Davon ausgehend, hat die Sowjetunion angeregt, sowjetisch-amerikanische Verhandlungen

über Weltraum- und Nuklearwaffen aufzunehmen. Wir werden sie sachlich und konstruktiv führen. Wollen wir hoffen, daß auch die USA eine ehrliche, verantwortungsvolle Haltung zeigen." Die Konferenzdelegierten bekundeten ihre feste Entschlossenheit, auch künftig die Aktivität der Bewegung der sozialistischen Friedensfreunde allseitig zu verstärken (S. 5).

Die UdSSR und die USA haben vereinbart, daß die Verhandlungen über die nuklearen und Weltraumwaffen am 12. März 1985 in Genf (Schweiz) beginnen. Die Delegation der UdSSR wird von Botschafter Viktor Karpow geleitet, der die sowjetische Seite gleichzeitig in einer Gruppe der Verhandlungen vertreten wird; in den beiden anderen Gruppen wird die Sowjetunion durch Botschafter Juli Kwidzinski und Botschafter Alexej Obuchow repräsentiert. Die Delegation der USA wird von Botschafter Max Kampelman geleitet, der die amerikanische Seite gleichzeitig in einer Gruppe bei den Verhandlungen vertritt; in den beiden anderen Gruppen wird die amerikanische Seite durch Botschafter John Tower und Botschafter Maynard Giltman repräsentiert.

Eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Akil Salimow, stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, hielt sich zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Syrien auf. Sie wurde von Präsident Hafez Assad zu einem ausführlichen Meinungsaustausch über die Lage im Nahen Osten und die Entwicklung der sowjetisch-syrischen Zusammenarbeit empfangen. Die Delegation traf ferner mit Vizepräsident Abdel Khaddam zusammen.

Für seine Verdienste im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt sowie für seinen Beitrag zur Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern Martiniques und der Sowjetunion wurde anlässlich seines 60. Geburtstags dem Generalsekretär der KP Martiniques, Armand Nicolas, auf Beschuß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR der Orden der Völkerfreundschaft verliehen.

In New York kam es zu einer Begegnung von Vertretern der Sowjetischen und der Nordamerikanischen UNO-Gesellschaften zu Problemen der Festigung des Weltfriedens und der Eindämmung des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen. In einer Erklärung der Teilnehmer heißt es, die Hauptaufgabe der beiden Länder bestehet im Abbau der Kernwaffenarsenale und in der Verhütung der Militarisierung des Weltraums.

ANTWORT KONSTANTIN TSCHERNENKOS AN KANADISCHE STUDENTIN

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Tschernenko, hat einen Brief der kanadischen Studentin Laurie Piraux aus Calgary beantwortet.

Die Studentin schrieb: "Sehr geehrter Präsident Tschernenko! Ernste Gedanken haben mich dazu bewogen, Ihnen diesen Brief zu schreiben. Als erstes möchte ich Ihrem Land Frieden und Wohlgehen wünschen. Ich bin 18 Jahre alt, eine Studentin in Kanada. In den letzten Jahren habe ich viel von der atomaren Gefahr reden hören. Heute jedoch ist dieses Problem meines Erachtens akuter denn je. Im letzten Semester haben wir uns mit der Frage der Möglichkeit des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges beschäftigt. Die Schlußfolgerungen aber, zu denen ich gekommen bin, nehmen mir das Vertrauen in das Morgen. Warum können alle Völker und alle Rassen nicht im Einvernehmen miteinander leben? Warum wird derart um die Macht über die Welt gekämpft? Sind wir denn wirklich außerstande, die Energie viel vernünftiger einzusetzen? Durch vereinte Anstrengungen könnten wir den Menschen in der ganzen Welt helfen und diese Welt besser und sicherer machen. Wenn es aber zu einer nuklearen Katastrophe kommt, so wird es, wie Sie es sich ausmalen können, einen toten Planeten, eine Welt ohne Menschen und ohne alles Leben geben. Unsere Welt ist wunderschön, mir ist sie teuer so, wie sie ist. Wer kann sie vernichten wollen? Sie hat die Menschen hervorgebracht, und ein Leben ohne Kriege könnte sie stark machen.

Ich stehe erst am Anfang meines Lebens. Ich träume davon, in meinem Leben vieles zu sehen und zu schaffen. Dennoch bange ich um die Zukunft. Wie denken aber Sie darüber?

Stellt Ihre Jugend nicht auch solche Fragen? Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir auseinandersetzen könnten, was und wie sie denkt.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich mit Hochachtung für Sie, Laurie Piraux, Calgary, Kanada."

Die Antwort Konstantin Tschernenkos hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrte Laurie Piraux!

Mit großer Aufmerksamkeit und großem Interesse las ich Ihren sehr ernsten Brief, bewegt, aufrichtig und getragen von der Sorge um das Allerwichtigste, darum, wie eine nukleare Katastrophe zu verhindern und der Friede zu erhalten ist. Daß Sie mit Ihren 18 Jahren, am Anfang Ihres Lebens stehend, sich Gedanken über die den Menschen drohende schreckliche Gefahr machen — das an sich spricht Bände. Ich spürte: Ihre Gedanken sind von Besorgnis nicht nur um Ihr Heute und Morgen erfüllt. Sie empfinden sich als einen Teil der großen Völkerfamilie unseres Planeten, den wir sowohl für uns als auch für

diejenigen, die nach uns kommen, ebenso wunderschön erhalten müssen. Eben diese Gedanken beherrschen heute Millionen und aber Millionen Menschen in Dutzenden von Ländern — die Teilnehmer der Bewegung gegen den Krieg und gegen die Kernwaffen. Das sind verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Überzeugungen, Traditionen und Konfessionen. Was sie aber einigt, ist wichtiger als alle Unterschiede, denn das sie treibende Anliegen heißt, einen atomaren Holocaust nicht zuzulassen.

Ebenso wie die junge Generation der Kanadier sind die sowjetischen Mädchen und Jungen unter den Bedingungen des Friedens aufgewachsen. Unsere Jugend hat alle Möglichkeiten, sich beim Lernen und in der Arbeit zur Geltung zu bringen, das Werk älterer Generationen fortzusetzen und Freundschaft mit ihren Altersgenossen in anderen Ländern zu pflegen. Die junge Generation der Sowjetunion ist überzeugt: Die Menschen der Erde sind befähigt, der Kriegsgefahr zu begegnen und den Frieden zu verteidigen.

In diesem Jahr wird Moskau Gastgeber der Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Zweifellos werden auch Ihre Landsleute an den Festspielen teilnehmen. Es handelt sich dabei um eine seltene Gelegenheit, seine Altersgenossen aus allen Teilen des Erdalls kennen und verstehen zu lernen und sich dessen bewußt zu werden, wie groß die Macht der Solidarität im Kampf um die Weltsicherheit ist.

Als besonders relevant erachten Sie in Ihrem Brief nach meinem Dafürhalten folgende Fragen: 'Warum können alle Völker und alle Rassen nicht im Einvernehmen miteinander leben? Warum wird derart um die Macht über die Welt gekämpft?' Ich antworte mit aller Bestimmtheit: Die Macht über die Welt zu erlangen, vermag niemand. Hingegen können die Versuche, ein solches Ansinnen in die Tat umzusetzen, der ganzen Menschheit sehr teuer zu stehen kommen.

Bald werden wir ein großes Jubiläum begehen — den 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus im zweiten Weltkrieg, in dem die Sowjetunion und Kanada Verbündete waren. Damals scheiterten die Versuche der Faschisten, die Macht über die Welt zu erlangen, und endete ein 'Kreuzzug' gegen den Sowjetstaat mit einer Niederlage. In jenem Krieg hat das Sowjetvolk 20 Millionen Menschen verloren. Das ist fast soviel wie die gesamte Bevölkerung des heutigen Kanada. Das Vermächtnis der Kriegsteilnehmer, der älteren Generation, an die Sowjetjugend heißt daher, den Frieden zu festigen und den Krieg zu hassen.

Die Kernfrage Ihres Briefes ist, soviel ich verstehe: Was kann und muß getan werden, damit die Menschen ruhig und friedlich leben, damit es keine Kriegsge-

fahr gibt? Die Antwort ist einfach: Man muß die Umgangsnormen zwischen den Staaten und Völkern einhalten, die Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage der Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten entwickeln, man muß für immer auf die Anwendung und Androhung von Gewalt verzichten, man muß alles daran setzen, damit die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit von Ländern zu einem Eichmaß des internationalen Lebens wird. Das sind, kurz ausgedrückt, eben die Prinzipien der Politik der friedlichen Koexistenz, die unser Land sofort nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 der Weltgemeinschaft vorgeschlagen hat.

Es gilt, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Der große Lenin hielt die Abrüstung für ein Ideal des Sozialismus. Schon 1946 schlug die Sowjetunion vor, die Herstellung und Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten zu verbieten und deren Vorräte zu vernichten. Können Sie sich vorstellen, wie die Welt heute sein würde, wenn unser Vorschlag akzeptiert worden wäre? Um wieviel leichter atmete es sich in der Welt, wenn die anderen Staaten unserem Beispiel folgen und die Verpflichtung übernehmen würden, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen? Die Sowjetunion tritt dafür ein, die nuklearen Arsenale einzufrieren, die Kernwaffenversuche, die Entwicklung und Anwendung anderer Arten von Massenvernichtungswaffen vollständig zu verbieten. Unser Land setzt sich dafür ein, daß der Weltraum für immer friedlich bleibt. Das Endziel dieser Initiativen ist aber, die Kernwaffen völlig und überall zu vernichten.

Wir sind davon überzeugt, daß nur durch konkrete Aktionen für den Frieden die Angst um die Zukunft beseitigt und das Vertrauen in das Morgen gewährleistet werden können. Und es ist selbstverständlich, daß man dazu einander besser kennen muß. Das hilft Vorurteile überwinden und Einvernehmen und Vertrauen erreichen. Das ist eine starke Waffe im Kampf um den Frieden.

Ober Ihr Land, seine wirtschaftlichen Leistungen und seine Kultur ist man in unserem Land weitgehend informiert. Die sowjetischen Menschen bringen Kanada und dessen Volk Hochachtung und Wohlwollen entgegen. Unsere Menschen wünschen, daß sich die sowjetisch-kanadischen Beziehungen zum Wohle beider Völker und Staaten, zum Wohle des Weltfriedens entwickeln. Ich wünsche Ihnen und Ihren Landsleuten in dem begonnenen Jahr Frieden und Vertrauen in die Zukunft, für die beharrlich und unentwegt gekämpft werden muß.

Hochachtungsvoll

K. TSCHERNENKO
21. Januar 1985

"NEUE ZEIT" 6.85

20 DER WILLE DES GANZEN VOLKES

Zur Unionskonferenz der Friedenskräfte

Wen repräsentieren Sie? Eine Gruppe Funktionäre. Das heißt wohl bei Ihnen Friedensbewegung, fragte uns sarkastisch ein Mann aus der Kleinstadt Peacham im Nordosten der USA.

Unser damaliger Gesprächspartner hätte diese Frage vermutlich nicht aufgeworfen, wenn er am 23. Januar nur einen Blick ins Moskauer RGW-Gebäude hätte werfen können, wo über 900 Delegierte der Unionskonferenz der Friedensfreunde aus allen Republiken, Gebieten und Bezirken unseres Landes zusammengekommen waren. Sie repräsentierten Millionen ebensolcher Arbeiter, Bauern, Ärzte, Lehrer, Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten und Künstler wie sie selbst. Jeder von ihnen hat seinen Beruf, doch alle verbindet der Kampf gegen den entsetzlichsten, grauenhaftesten Krieg, der die Menschheit jemals bedrohte.

Die sowjetische Friedensbewegung ist wohl die erste in der Welt, und sie kennt keine Rückschläge. Seit der ersten Unionskonferenz 1949 in Moskau, die den Grundstein zur organisierten Tätigkeit der Friedensfreunde in der UdSSR legte, haben sich ihr Millionen Freiwillige angeschlossen. "Doch niemals war es eine solche Massenbewegung wie heute", erklärte der Vorsitzende des Sowjetischen Friedenskomitees, Juri Shukow, in seinem Bericht auf der Konferenz.

Offiziell wurde der Rechenschaftsbericht des Sowjetischen Friedenskomitees über die vergangenen fünf Jahre diskutiert. Tatsächlich war es eine kollektive und höchst interessierte Analyse der heutigen Lage der Menschheit, ein aufrichtiger Meinungsaustausch, in dem Besorgnis und Hoffnung schwangen. Durch Verschulden der imperialistischen Kräfte steht die Menschheit erneut in gefährlichen Tagen. Entgegen dem Willen der Völker werden in Europa neue US-Erstschlagsraketen stationiert. Das Pentagon peilt stur den Weltraum an, um von dort aus zu drohen und seinen Willen zu diktieren. Niemals aber hat sich auch der Friedenswille der Völker mit solcher Kraft geäußert. Von Nikaragua bis Afghanistan, vom Süden Afrikas bis zum Nahen Osten ringen die Völker unausgesetzt gegen die Aggressivität des Imperialismus.

Als einen wichtigen Meilenstein für die Friedensbewegung in der gegenwärtigen Phase sehen alle die Begegnung Gromyko-Shultz in Genf an. Wenn beide Seiten — für die sowjetischen Vertreter konnte der Konferenzsaal reinen Gewissens die Hand ins Feuer legen! — sich an den Geist der Gemeinsamen Erklärung halten, darf man hoffen, daß sich die Dinge in der Welt zum Besseren wenden. Einige Hinweise aus den USA allerdings lassen an dem guten Willen dortiger einflußreicher Kreise zweifeln. Deshalb waren der Bericht und viele Reden von dem Gedanken durchzogen, daß es unverzeihlicher Gleichmut wäre, mit den Händen im Schoß auf jenen Moment zu warten, da alle an den neuen Verhandlungen beteiligten Diplomaten Vernunft walten lassen. Heute ist ein neuer aktiver Druck aller Teilnehmer der einmalig ausgedehnten Antikriegsbewegung vermutlich so dringlich wie nie zuvor.

Zu hoher Aktivität sportet das Beispiel jener an, die die Grundlagen für die Friedensbewegung im kalten Krieg der 50er Jahre gelegt haben. Das Beispiel jener, die sich nicht von Repressalien, von Verleumdungen schrecken ließen und die auch der Umstand nicht bremsen konnte, daß die Wahrheit der Verfechter des Friedens nur mit Mühe zum Durchbruch und immer mehr Menschen zu Bewußtsein kam. Die jetzige Neuauflage des kalten Krieges ist dadurch so gefährlich, daß sie von einer bislang einmaligen Hochrüstung begleitet, daß sie von den ebenso unmenschlichen wie gefährlichen Plänen für die sogenannten Sternenkriege angetrieben wird.

Die Erkenntnis der Gefahr muß den Protest in Kraft umsetzen. Das dringende Problem der Gegenwart — Krieg und Frieden — hat die Öffentlichkeit, hat Parlamente und Regierungen gespalten. Bedeutung und Einfluß jenes Teils der Öffentlichkeit, der Parlamentarier und der Regierungen zu stärken, die die wahren Schuldigen an der Kriegsgefahr und jene verurteilen und verachten, die für eine weitere Militarisierung der Politik und für das Weltfristen eintreten, ist das Hauptanliegen der Friedensfreunde, der Sinn ihrer Arbeit.

An der Aktionswoche für Abrüstung im Oktober 1984 hatten sich 53 Millionen

Sowjetbürger beteiligt. Rund 100 000 Antikriegsaktionen wurden durchgeführt. Mehr als 90 Millionen Bürger der UdSSR spenden für den Sowjetischen Friedensfonds, aus dessen Mitteln alle Massenorganisationen des Landes finanziert werden, die für Frieden und Abrüstung kämpfen.

Was veranlaßt die Menschen, sich dem Friedenkampf anzuschließen, ihre freie Zeit aufzuwenden, ihre häuslichen Angelegenheiten aufzuschieben, einen Teil ihres Verdiensts oder ihrer Rente dem Friedensfonds zu spenden, Unterschriften zu sammeln, Kundgebungen zu besuchen? Vorträge zu halten und die Berechtigung des Friedenkampfes zu erläutern und zu verteidigen?

Friedliche Arbeit — die höchste Freude

Jeder hat dafür seine eigene Erklärung. Der Konferenzdelegierte Pjotr Fedotow, Arbeiter im Wolgograder Traktorenwerk "Feliks Dzierzynski", der zusammen mit seinen Kollegen Kettenfahrzeuge fertigt, die nicht nur auf unseren Feldern, sondern auch in Vietnam und Kampuchea, Libanon und Äthiopien, Kuba und Syrien eingesetzt werden, sagte uns:

"Ich bin nicht gewohnt, große Worte zu machen. Ich arbeite lieber hiermit", lachte er, wobei er seine schwieligen Arbeiterhände unwillkürlich hinter dem Rücken verbarg. "Ein alter Arbeiter erzählte mir von Pjotr Tupikow, einem Schlosser unseres Montagelfließbands, der im Großen Vaterländischen Krieg gefallen ist. Er war damals 20 und hat in diesem Alter unser friedliches Leben verteidigt. Seine Hinterlassenschaft ist nicht nur das Montagelfließband, sondern auch der Auftrag, dafür zu kämpfen, daß sich ein Krieg nie mehr wiederhole. Unsere Brigade hat beschlossen, seinen Namen mit ihrer Arbeit zu ehren. 1972 haben wir ihn am Vorabend des 30. Jahrestages der Schlacht bei Stalingrad postum in unsere Brigade aufgenommen. Wir arbeiten für ihn mit und übergeben seinen Lohn dem Sowjetischen Friedensfonds. Wir haben auch mit der Mutter des Helden Friedenschaft geschlossen und helfen ihr."

Am 2. Februar, zum Jahrestag des Sieges in der Schlacht bei Stalingrad,

fahren die Traktorenbauer und nach ihrem Beispiel jetzt alle Wolgograder jeweils eine Friedensschicht, eine Gedenkschicht. In jedem Jahr übermittelt das Kollektiv Pjotr Fedotows 145 000–150 000 Rubel an den Friedensfonds.

Nikolai Werbin, Direktor einer Schule im Gebiet Ulianowsk, zeigte uns zwei beschriebene Blätter. Eines stammte von der Front.

„Liebe Mutter! Ich bin am Leben... Die ganze Zeit bin ich in vorderster Stellung. Die Faschisten wütten. Sie schonen weder Frauen noch Greise. Als wir aus der Stadt N. ausrückten und weiter marschierten, sahen wir auf der Straße die Trecks der Evakuierten... Mehr als ein Dutzend Flugzeuge beschossen nicht uns Soldaten, sondern den Treck der Zivilisten, die vor der Hitlerwehrmacht flohen. Was ich dort mitansehen mußte, Mutter! Fürchterlich.

Mit Kämpfgruß
Sergej"

Das andere war ein Aufsatz der Enkelin dieses Soldaten vom September 1984.

„Vor 40 Jahren hat die Sowjetarmee den Feind geschlagen und den sowjetischen Menschen den Frieden wiedergegeben. Viele Soldaten und Kommandeure sind im Krieg gefallen. Sie sind auch heute von niemandem vergessen. Wir pflegen ihre Gedenkstätten, erzählen von ihren Heldenataten...“

Meine Welt sind Mama und Papa und alle Lehrer, die uns lehren, den Frieden zu lieben und den Krieg zu hassen. Ich will, daß nur gute Menschen auf der Erde leben und immer miteinander Freundschaft halten.

Sweta Ossipowa, 4. Klasse“

Nikolai Werbin selbst war dreimal verwundet. Er kehrte als Held der Sowjetunion von der Front heim und schwor sich, so zu leben und zu arbeiten, daß es zu keinem neuen Krieg käme.

„Es war eine großartige Idee, am 1. September in allen Schulen Friedensstunden zu halten“, sagt er. Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedener Berufe, Kriegsteilnehmer und Arbeitsveteranen kommen an diesen Tag zu den Kindern. Natürlich muß der junge Mensch nicht nur in diesen Stunden zur Friedensliebe erzogen werden. Wir Lehrer wollen die Kinder an der Geschichte anderer Völker, am Leben berühmter Menschen aus aller Welt, an den besten Werken ausländischer Schriftsteller interessieren. Wie hatte doch Leonardo da Vinci gesagt: Die Wahrheit ist wie eine Kugel. Wer sie von außen angehen will, rutscht ab. Und wenn der

Mensch gewohnt ist, über die Ereignisse hinwegzurutschen, ohne deren Wesen zu erkennen, wird ihm die Wahrheit verschlossen bleiben.“

Von der hohen Bedeutung der Erkenntnis der unvergänglichen Werte und der Einmaligkeit des menschlichen Lebens, von der Erziehung der Menschen im Geiste des Humanismus sprachen auf der Konferenz Schriftsteller, Geistliche, Kulturschaffende.

Den namhaften Chirurgen Jewgeni Meschalkin, Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR, hat die heilige Pflicht des Arztes, Menschen vor der Krankheit zu schützen, deren Folgen sich unmöglich voraussagen lassen — vor der nuklearen Apokalypse —, in die Friedensbewegung geführt.

„Vor 20 Jahren habe ich in Japan jene Leute gesehen, die den atomaren Alpträum von Hiroshima und Nagasaki überlebt —, Menschen, die zum Dahinsiechen verdammt sind. Und ihre Kinder, denen es nicht gegönnt ist, vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu werden.“ Der Kernwaffenkrieg, bezeugt der Chirurg, schädigt das Wettvollste im Menschen, er „löscht“ dessen genetisches Gedächtnis, vernichtet den genetischen Fonds, der seinen Intellekt über Tausende Jahre hinweg gespeichert hat.

In den vordersten Reihen der Kämpfer

Etwas zeichnet die Friedensbewegung in der UdSSR vor denen in kapitalistischen und Entwicklungsländern aus: Die sowjetischen Friedensfreunde handeln in einem Land, das als erstes den Kampf für eine gerechte demokratische Welt zur Grundlage seiner Außenpolitik, zum wichtigsten Prinzip seines internationalen Wirkens gemacht hat.

Bereits in den ersten Jahren seines Bestehens hat das Sowjetische Friedenskomitee dem Obersten Sowjet der UdSSR einen Gesetzentwurf zum Schutz des Friedens vorgelegt. Er wurde 1951 angenommen und erklärte die Kriegspropaganda in unserem Land zu einem Schwerverbrechen. Später wurde dieses Gesetz vollständig in die Sowjetische Verfassung von 1977 aufgenommen. Das alles verleiht der sowjetischen Friedensbewegung hohes internationales Ansehen, stellt sie in die vordersten Reihen der aktiven Kämpfer, fördert den Ausbau der internationalen Kontakte der Friedensfreunde, den regelmäßigen Austausch von Delegationen mit ausländischen Antikriegsorganisationen. Die Teilnahme an internationa-

len Veranstaltungen der Friedenskämpfer, an Friedensmärschen, Diskussionen und Rundtischgesprächen trägt dazu bei, die Verständigung zwischen den Völkern zu verbessern und letztlich den Frieden zu festigen.

Dabei muß man hinnehmen, daß die Antikriegsbewegung in der Welt von heute uneinheitlich ist. Zwischen ihren unterschiedlichen Gruppen und Strömungen gibt es manchmal Schranken des Mißtrauens und der Vorurteile.

Wie sich solche Vorurteile vor aller Augen auflösen, zeigte ein Vorfall auf der Konferenz. Zu ihren ersten Rednern gehörte Anna Siwolap, Deputierte des sowjetischen Parlaments, Melkerin aus dem Gebiet Poltawa, Mutter von fünf Kindern, die als kleines Mädchen die Folgen des Krieges zu spüren bekam. Sie erzählte, welcher Kontrast sich zwischen jener in Trümmern liegenden Ukraine und der jetzigen blühenden Republik ergibt. Sie erzählte von ihrer Arbeit, von der Arbeit ihres Mannes, ihren Kinder und Freundinnen in der Landwirtschaft. Sie kann Rekordkennziffern aufweisen: über 8000 Liter Milch von jeder Kuh. Doch sie weiß, daß keineswegs überall auf der Welt Frohsinn herrscht, keineswegs alle Kinder satt sind. Ihr Traum ist es, daß jedes Kind, wo auch immer es lebe, morgens einen Becher frische Milch trinken kann.

Die vielleicht noch ferne Erfüllung dieses sehr menschlichen Traums der Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR hatte alle Anwesenden zutiefst gerührt, denn die sowjetischen Bürger sind so erzogen, daß es kein fremdes Leid für sie gibt.

Von diesem Becher Milch sprach dann sehr herzlich und achtungsvoll der Präsident des Weltfriedensrats, Romesh Chandra, in seinem Grußwort an die Konferenz. Vor ihrem Abschluß wurde noch ein Brief des Mitglieds der US-Delegation, Pamela Costain aus Minnesota, verlesen. Sie hatte an das Präsidium der Konferenz, an die Melkerin Anna Siwolap geschrieben: „Liebe Mrs. Siwolap. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir, trotz der Unterschiede in Sprache, Kultur und Nationalität, geholfen haben, mich noch entschlossener im Friedenkampf zu engagieren.“

Die Schranken des Mißtrauens und der Vorurteile, die die Verfechter des Wettrüstens zwischen den Menschen errichten wollen, sind nicht allzu haltbar, wenn wir uns gemeinsam daran machen, sie zu zerschlagen.

B. PISTSCHIK,

G. SIDOROWA

„NEUE ZEIT“ 6.85

30 Jahre Wirtschaftszusammenarbeit

AUFWÄRTSTREND

Von unseren Sonderberichterstattern
Leonid SHEGALOW, Alexander USWATOW

Es ist Usus, daß das Lieferland stets danach strebt, mehr zu verkaufen. Aber Nikolai Rodionow, Wirtschaftsberater der UdSSR-Botschaft in Delhi, zeigt auf eine Kurve, die abnehmende Lieferungen sowjetischer Ausrüstungen für die Hüttenindustrie an Indien ausweist, und lächelt freudig. Ein schlechter Kaufmann?

"Nein", antwortet er, immer noch lächelnd. "Auf die geschäftlichen Beziehungen neuen Typs passen die alten Begriffe nicht. Dennoch sollen Sie nicht denken, daß sich die sowjetisch-indischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nicht fortentwickeln. Das tun sie, und zwar aktiv."

Wir sprechen über zwei Marksteine der sowjetisch-indischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit: die Hüttenkombinate in Bhilai und Visakhapatnam. Als der Bau in Bhilai Mitte der 50er Jahre anlief, lieferte die UdSSR praktisch alle Ausrüstungen. Für das dritte Hüttenkombinat, das in Visakhapatnam (Ostküste) mit sowjetischer Hilfe entsteht, werden nur 20% der nötigen Ausrüstungen geliefert. Der Rest wird in Indien selbst produziert.

"Eine solche Tendenz kann uns nur freuen", stellt Nikolai Rodionow fest. "Sie verdeutlicht, glaube ich, nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den wichtigsten politischen Sinn der sowjetisch-indischen Wirtschaftszusammenarbeit, die am 2. Februar ihr 30jähriges Jubiläum feiert."

Durg und die Freundschaft

Etwa in der Mitte der Eisenbahnstrecke, die Hindustan von der West- bis zur Ostküste durchzieht, verloren, lag die kleine Station Durg. Sie wäre unbekannt geblieben, aber am 2. Februar 1955 schlossen die UdSSR und Indien ein Abkommen über den Bau eines Hüttenkombinats im Fleckchen Bhilai ganz in der Nähe von Durg. Dieses Datum gilt als der Anfang der breit angelegten sowjetisch-indischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. In den 50er Jahren wurde Durg zu

einem Zentrum, wo Technik und Baumaterialien für das Werk von Bhilai in gigantischen Ausmaßen geballt wurden.

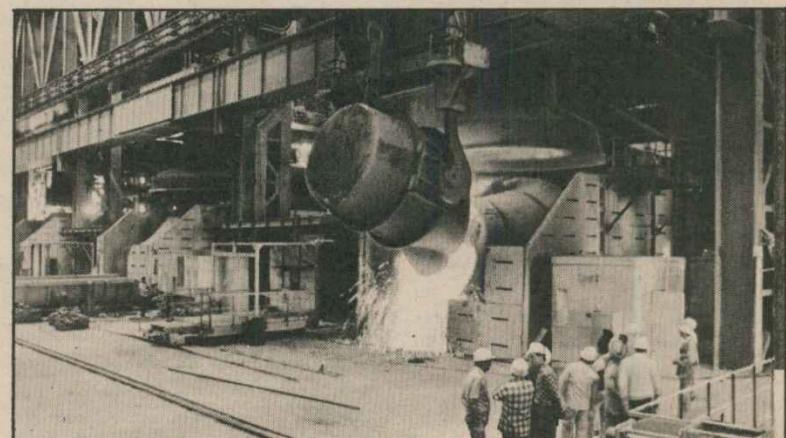
Die Wissenschaft kann bis heute nicht sagen, warum die wohl jedem Schulkind bekannte 10 m hohe Eisensäule in Delhi in den 1500 Jahren keinen Rost angesetzt hat. Ein Geheimnis der alten indischen Meister bleiben die berühmten Schwerter von Haidarabad. Und die Geheimnisse von Bronzezeugnissen, die auch heute beeindrucken? Die 200jährige Kolonialherrschaft löschte zahlreiche hervorragende Errungenschaften der indischen Zivilisation aus und bremste jeden Ansatz zur Entwicklung der nationalen Industrie.

westlichen Kontrahenten nicht. Sein erster Premierminister stellte ja die Aufgabe, einen staatlichen Wirtschaftssektor, in dem Bhilai eine führende Rolle spielen sollte, zu schaffen. Deshalb stellten die westlichen Länder, als Delhi sie um Hilfe bat, unannehbare Bedingungen.

Die UdSSR übernahm den Bau des Kombinats zu Bedingungen, die in der kapitalistischen Welt undenkbar sind: zu Bedingungen der gleichberechtigten, freundschaftlichen Zusammenarbeit. Sie fand sich bereit, beim Bau des Kombinats in großem Umfang nationale Auftragnehmer heranzuziehen, Technologien zu übermitteln und qualifizierte Fachkräfte heranzubilden.

Weniamin Dymschiz, damals der Chefingenieur der Baustelle, heute stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, erinnert sich in seinen Memoiren an das Gespräch mit einem indischen Ingenieur aus einem Werk in der Nähe, das die Engländer bauten.

"Die Kollegen in Bhilai sind bemedenswert", sagte der Inder.



Das Bhilai-Hüttenwerk war Erstling der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit und bleibt auch heute noch führend in der indischen Schwerindustrie

Foto: TASS

Der junge Staat, der im August 1947 seine politische Unabhängigkeit errang, hatte eine solche Industrie bitter nötig. Selbstverständlich mußte mit Metall, diesem Brot der Industrie, angefangen werden. In jener Zeit sagte Jawaharlal Nehru, Indien müsse zuerst laufen und erst dann normal gehen lernen.

Aber die Bewegung in der politischen Richtung, die Nehru wies, paßte Indiens

"Aber Sie haben doch auch ein großes Bauvorhaben."

"Das stimmt, aber in Bhilai lernen indische Ingenieure die Baumethoden meistern. Dort werden Fachkräfte ausgebildet."

Längst liefert Bhilai Stahl. Das Programm für die Steigerung seiner Kapazität auf 4 Mio t hochwertiges Metall im Jahr ist bald abgeschlossen — wie übrigens auch die ähnliche Steigerung der Kapazität des Hüttenwerks Bokaro.

Neue Tempel

Alte Länder, die ihre staatliche Unabhängigkeit erlangt haben, erneuern sich unterschiedlich. Es gibt viele Beispiele

dafür, daß ausländische Investoren neben historischen Denkmälern und Tempeln gleißende, in den Himmel ragende Hotels und Bankgebäude hinbauen. Sie wollen aber die wirtschaftliche Rückständigkeit der jungen Staaten zu verewigen. Die Industrieobjekte der indisch-sowjetischen Zusammenarbeit aber wurden von Nehru die "wahrhaft neuen Tempel Indiens" genannt.

Die etwa 60 schon errichteten Objekte sind in den entsprechenden Zweigen führend. Zu ihnen gehören die Metallurgie-Giganten in Bhilai und Bokaro, die vielseitig profilierten Schwermaschinenbaufabriken in Ranchi, Durgapur und Hardwar, die Erdölraffinerien in Koyali, Barauni und Mathura, die Aluminiumfabrik in Korba und die Kraftwerke in Neiveli und Bhakra und viele andere. Etwa 30 Großobjekte sind gegenwärtig in Bau, bzw. werden projektiert.

Hier nähern wir uns der Entrüstung dessen, warum auf dem Diagramm in Rodionows Arbeitszimmer die Kurve, die die Lieferungen sowjetischer Hüttenwerksausrüstungen anzeigt, nach unten geht. Die mit sowjetischer Unterstützung gebauten Betriebe des staatlichen Sektors liefern heute ca. 40% des in Indien produzierten Stahls, über 25% Aluminium, etwa 80% der gesamten im Lande gebauten Ausrüstungen für die Hüttenindustrie, etwa 60% der Elektroausrüstungen und 40% der Bergbaumaschinen. Das ist eine solide Basis, dank der die Indien ihre neuen Betriebe zunehmend selbstständig ausrüsten können.

Nicht von ungefähr wird in Indien mit Genugtuung festgestellt, daß die UdSSR bei der Entwicklung vor allem der Hauptzweige der Industrie hilft, jener Schlüsselzweige, die das Fundament der wirtschaftlichen Unabhängigkeit bilden: der Hüttenindustrie, des Maschinenbaus, der Energiewirtschaft.

Beeindruckend ist der sowjetische Beistand auch bei der Entwicklung der Brennstoff- und Energiebasis. Dank der Hilfe sowjetischer Fachkräfte wurden in Indien über 40 Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt, die alljährlich rund ein Drittel des ganzen im Lande geförderten Erdöls sichern. Nach der Inbetriebnahme der Erdölraffinerie in Mathura (Kapazität: 6 Mio t im Jahr) stieg der Umfang der Ölverarbeitung in den Objekten, die gemeinsam mit der UdSSR gebaut wurden, auf die Hälfte des gesamten in Indien verarbeiteten flüssigen Brennstoffs. Unter sowjetischer Mitarbeit entstehen gegenwärtig zwei große Kohletagebaue: mit einer Kapazität von 14 Mio bzw. 12 Mio

t im Jahr. Angelegt wird das Wärme-kraftwerk Vindhya (Staat Madhya Pradesh) mit einer Kapazität von 1,26 Mio kW, von ihm geht eine etwa 1000 km lange Überlandleitung ab. Die mit sowjetischer Hilfe schon gebauten Kraftwerke liefern 10% der im Lande erzeugten Elektroenergie.

Die Großobjekte, die Indien und die UdSSR gemeinsam aufführen, haben ganze Regionen in Indien umgewandelt: Um sie sind große Siedlungen, häufig sogar neue Städte entstanden, und sie geben direkt oder indirekt Hunderttausenden Indien Arbeit.

Und die Vorbereitung technischer Fachkräfte verschiedener Qualifikationsstufen? Sie bildet einen wichtigen Bestandteil der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit. Rund 130 000 indische Ingenieure, Techniker und Facharbeiter verschiedener Berufe wurden an sowjetischen Hochschulen sowie in verschiedenen Ausbildungszentren in Indien herangeführt, sowohl auf Baustellen als auch in Betriebsabteilungen.

Vor einigen Jahren wandte sich Indira Gandhi mit folgenden Worten an die Sowjetbürger: "Sie waren die ersten, die uns geholfen haben. Dank diesem Umstand bewegt sich Indien, das noch vor kurzem ein zurückgebliebenes Land war und weder sein Haupt noch seine Stimme erheben konnte, in den Bahnen des Fortschritts."

Keine Einbahnstraße

Die Wirtschaftszusammenarbeit der UdSSR mit Indien, die auf sorgfältig durchdachten Langzeitprogrammen basiert, bezweckt vor allem, seinen staatlichen Sektor, den Premierminister Rajiv Gandhi vor kurzem als effektives Instrument zur Entwicklung des Landes bezeichnete, zu erweitern und zu festigen. Jetzt nimmt seine Regierung Kurs auf die industrielle Modernisierung, auf die Vorbereitung Indiens zum Eintritt ins 21. Jahrhundert. Unter den hiesigen Experten wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die indisch-sowjetische Wirtschaftszusammenarbeit einen wichtigen Bestandteil dieses Prozesses bilden kann. Beim Treffen mit dem sowjetischen Regierungschef Nikolai Tichonow in Delhi sagte Rajiv Gandhi am 2. November 1984, Indien sei an der zunehmenden Erweiterung der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR interessiert.

Selbstverständlich sind die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Indien keine Ein-

bahnstraße. Die Bewegung erfolgt in beiden Richtungen und wird von Jahr zu Jahr intensiver. Mit der Entstehung der festen Industriebasis, die Indien unter die 10 weltgrößten Produzenten von Industrieerzeugnissen eingestuft hat, verändert sich die Warenliste der sowjetisch-indischen Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit. Der Anteil der Fertig- und Halbfertigwaren am indischen Export in die UdSSR nimmt ständig zu, darunter medizinische Ausrüstungen, Werkzeuge, Elektromotoren, Starkstromkabel, Akkus, Container. Allein zwischen 1979 und 1984 stiegen die sowjetischen Ankäufe von Maschinen und Ausrüstungen in Indien auf das 10fache und machen gegenwärtig 2 Md. Rupien aus. Hierin äußert sich die grundsätzliche Haltung der UdSSR im Handel mit den Entwicklungsländern.

Dazu tragen auch die Ankäufe von Konsumgütern durch die sowjetischen Außenhandelsbetriebe bei. Diese Käufe nehmen ununterbrochen zu. Hier ein recht anschauliches konkretes Beispiel. Vor einigen Jahren war Ludhiana (Punjab) ein kleines Städtchen.

Anfang der 60er Jahre begann die UdSSR dort bei den örtlichen Firmen Wolljacken und -pullover zu kaufen, zuerst nur für eine Million Rupien im Jahr. Von Jahr zu Jahr erweiterten sich die Aufträge merklich. Die örtlichen Trikotagenhersteller steigerten die Produktion, verbesserten die Qualität, machten das Sortiment anziehender. Die Beschäftigung nahm zu, das Städtchen blühte auf. Der zuverlässige sowjetische Markt bewirkte, daß das durchschnittliche Prokopfeinkommen in Ludhiana doppelt so hoch ist wie im Indien-Durchschnitt. Noch heute kauft die UdSSR Stricksachen in Ludhiana für eine Milliarde Rupien! Das sind 90% der dortigen Produktion. Ihr Export ist inzwischen ein wichtiger Posten in der indischen Ausfuhr in die UdSSR.

Bombay und Kalkutta sind die wichtigsten Häfen Indiens. Der Großteil der Frachten im sowjetisch-indischen Export- und Importhandel wickelt sich über diese beiden Häfen ab. Jeder hat seine Spezifität. In Bombay ist die Textilindustrie stark entwickelt. Die hiesigen Geschäftsleute berichteten uns, daß die UdSSR der größte Abnehmer indischer Textilien sei.

Kalkutta gilt mit Recht als die Teemetropole Indiens. Tee wird hauptsächlich im Osten des Landes angebaut. Dort befindet sich auch das indische Tea Board, ein Amt, das für den Handel mit dieser traditionellen Exportkultur Indiens zuständig ist.

MAHNUNG AUS WIEN

IN WIEN SCHLOSS DER DRITTE INTERNATIONALE DIALOG FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSpannung

Ihm wohnten über 400 Vertreter von ihr Recht auf Leben zu schützen.

Parteien, der UNO, nationaler und internationaler Friedensorganisationen und -bewegungen, von Gewerkschaften, Kirchen, Jugend-, Frauen- und anderen Organisationen, Parlamentarier sowie namhafte Wissenschaftler aus 72 Ländern Europas, Asiens, Amerikas und Afrikas bei.

An die im Zeichen des 40. Jahrestags und den USA, Verhandlungen über die den Meinungsaustausch zum des Sieges über den Faschismus und des Nichtmilitarisierung des Weltraums und Hauptproblem der Gegenwart, nämlich 40. Jahrestages der UNO-Gründung ste- die Reduzierung von Nuklearwaffen — zur Verhütung eines Nuklearkriegs. Die hende Konferenz wandte sich der strategische und Mittelstreckenwaffen — weltweite Bewegung für Frieden und UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar zu führen, besondere Bedeutung. Der Gerechtigkeit wird heute immer stärker, mit einem Grußwort, in dem die wichtige Präsident des Weltfriedensrats, Romesh an ihr beteiligen sich Millionen Menschen Rolle des Wiener Forums für solche Chandra, stellte fest: Die Arbeit der und keine Kraft wird sie aufhalten können, UNO-Maßnahmen wie die Weltkampagne Kommissionen und die Reden auf den äußerte Jackson und betonte weiter: für Abrüstung und das Internationale Plenarsitzungen haben die weitgehende Washingtons Pläne für "Sternenkiege" Friedenssieg hervorgehoben wird. Übereinstimmung der Standpunkte der sind Wahnsinn.

Der Grundgedanke der Diskussion war die Notwendigkeit, die Einheit der Friedenskräfte zu festigen, gemeinsame Aktionen zur Verhütung eines Kernwaffenkriegs im Geiste der internationalen Entspannung, für Frieden und Gerechtigkeit zu unternehmen. Unsere Welt ist in eine äußerst gefährliche Periode ihrer Geschichte eingetreten, betonten die Redner. Die Sorge um den Frieden ist allgemein.

Einmütig brachten die Konferenzteilnehmer zum Ausdruck, daß die Vorräte an Massenvernichtungswaffen — insbesondere nuklearen — ein solches Ausmaß erreicht haben, daß man von einem bisher einmaligen totalen Charakter der nuklearen Bedrohung sprechen kann. Die Völker sehen sich vor das akute Problem gestellt

hr Recht auf Leben zu schützen. Der sowjetische Delegationsleiter V. I. Afanassjew, Chefredakteur der "Prawda", wies auf die Gefahr der amerikanischen Pläne für "Sternenkriege" und der unbegrenzten Kernwaffenproduktion in den USA hin. Angesichts dessen erlangte die Vereinbarung zwischen der UdSSR

und den USA, Verhandlungen über die den Meinungsaustausch zum Nichtmilitarisierung des Weltraums und Hauptproblem der Gegenwart, nämlich die Reduzierung von Nuklearwaffen — zur Verhütung eines Nuklearkriegs. Die strategische und Mittelstreckenwaffen — weltweite Bewegung für Frieden und zu führen, besondere Bedeutung. Der Gerechtigkeit wird heute immer stärker, Präsident des Weltfriedensrats, Romesh an ihr beteiligen sich Millionen Menschen Chandra, stellte fest: Die Arbeit der und keine Kraft wird sie aufhalten können, Kommissionen und die Reden auf den äußerte Jackson und betonte weiter: Plenarsitzungen haben die weitgehende Washingtons Pläne für "Sternenkriege" Übereinstimmung der Standpunkte der sind Wahnsinn.

Vertreter der Antikriegsbewegung vieler Länder zu so wichtigen Fragen gezeigt wie die Einstellung des nuklearen Westens und die Wettrüstens, die Gewährleistung eines Friedensbewegung zu spalten, dauerhaften Friedens, die Durchführung einer ernsthaften und gleichberechtigter Verhandlungen über die Verhütung der Militarisierung des Weltraums. Viele Diskussionsredner verurteilten scharf die antisowjetische Propaganda des wie die Versuche, die Wettrüstens, die Gewährleistung eines Friedensbewegung zu spalten. Der Dialog beschloß eine Sonderbotschaft an alle Friedenskräfte im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus und den

Die Gefahr einer nuklearen Katastrophe ist keineswegs illusorisch, hieß es in Wien. Sie nimmt in dem Maße zu, wie die japanischen Militärs im zweiten Weltkrieg. Aus Anlaß des 40. Jahrestags der UNO richteten sie eine Botschaft an

imperialistische Großmacht USA ihre deren Rüstungen unverantwortlich aufstockt und De immer neue Milliarden Dollar dafür renzt bereitstellt. Auf der Sitzung der zurück Wirtschaftskommission der Konferenz Land wurden folgende Zahlen angeführt: In den ersten drei Jahren der Amtszeit Ronald Reagans betragen die Militäraus- Wien

gaben der USA 750 Md. Dollar, während 1980 in der ganzen Welt 500 Milliarden zu militärischen Zwecken verausgabt wurden.

Die Teilnehmer sprachen auch von der dringenden Notwendigkeit, das Wettrüsten einzustellen, die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa zu beenden und bereits aufgestellte Waffen abzuziehen. In leidenschaftlichen Worten berichteten die Vertreter Belgiens von dem trotz des harten Drucks Washingtons zunehmenden Widerstand der Belgier gegen die US-Erstschiesswaffen.

Der namhafte amerikanische Bürgerrechtler Jesse Jackson erklärte vor den Teilnehmern, derartige Begegnungen fördern den Meinungsaustausch zum Hauptproblem der Gegenwart, nämlich zur Verhütung eines Nuklearkriegs. Die weltweite Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit wird heute immer stärker, an ihr beteiligen sich Millionen Menschen und keine Kraft wird sie aufhalten können, äußerte Jackson und betonte weiter: Washingtons Pläne für "Sternenkriege" sind Wahnsinn.

Viele Diskussionsredner verurteilten scharf die antisowjetische Propaganda des Westens ebenso wie die Versuche, die Friedensbewegung zu spalten.

Der Dialog beschloß eine Sonderbotschaft an alle Friedenskräfte im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus im zweiten Weltkrieg. Aus Anlaß des 40. Jahrestags der UNO richteten sie eine Botschaft an

S. BOISIKOW

Ankäufe der UdSSR in Indien helfen uns bei der Konkurrenz auf dem internationalen Teemarkt."

Der sowjetisch-indische Warenaustausch wächst rasch. Seit dem ersten Handelsabkommen, das zwei Jahre vor dem von Bhilai geschlossen wurde, ist er auf das Mehrhunderfache gestiegen. In letzter Zeit nahm er jedes Jahr um 10% zu. Das in Delhi unterzeichnete Protokoll für das laufende Jahr sieht seine Steigerung um 15–20% und eine Erweiterung des gegenseitigen Warenangebots vor. Der Handelsvertrag für das laufende Planjahr fünf (1981–1985) ging von einer 1,5fachen bis doppelten Steigerung des

sowjetisch-indischen Handels aus. Die reale Steigerung wird das 2,5fache betragen.

"Unsere Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft erlebt also eine ausgesprochene Aufwärtsentwicklung. Das Absinken dieser Kurve", zeigt Nikolai Rodionow auf die Tabelle der Lieferung einiger Ausrüstungen für die Hüttenindustrie, "steht im umgekehrten Verhältnis zu den wachsenden indischen Möglichkeiten, zum Wachstum des Wirtschaftspotentials dieses großen asiatischen Landes. Eben darin sehen wir das Ziel unserer Wirtschaftszusammenarbeit."

Plant Whitehall neue C-Waffen-Depots?

GEHEIMNIS MIT GIFTHAUCH

"Geheime Dienstsache. Vereinigtes Königreich 'A'", "Nur für die zuständigen Minister".

Welches Geheimnis wollten die britischen Behörden gewahrt wissen, das ihnen jedoch mißlungen ist? Der Gifthauch sickerte aus der Londoner Küche. Was nicht einmal die nächsten Bündnispartner wissen sollten, ist unlängst in die Hände von Mitarbeitern des "New Statesman" geraten: ein Schriftstück des C-Waffen-Sonderausschusses der Regierung mit dem Vorschlag, in England die Herstellung von Nervengas wiederzuführen. (Das Kampfstoffwerk in der Grafschaft Cornwall wurde in den 60er Jahren stillgelegt und 1977 geschlossen.)

In Großbritannien ist es üblich, heikle politische Absichten nicht im Kabinett, sondern in allerlei Ausschüssen, im engen Kreis auserwählter Minister, zu erörtern. So geschah es auch mit Premierminister Attles Beschuß von 1946, Atombomben zu bauen, und mit dem Beschuß der jetzigen Regierung von 1982, in den USA ballistische Trident-Raketen für U-Boote anzukaufen.

Die Anregung der Militärs über die chemische Umrüstung war derart "heiß", daß der von Margaret Thatcher gebildete Geheimausschuß nicht einmal einen offiziellen Namen, ja auch keine Nummer bekam. Außer der Premierministerin selbst sind nur Verteidigungsminister Heseltine,

Außenminister Howe, Finanzminister Lawson, Innenminister Brittan, der Führer des Oberhauses, Viscount Whitelaw, und der Führer des Unterhauses, Lord Siegelbe-wahrer Biffen, eingeweiht.

Diese sieben trafen erstmalig im vergangenen August unter dem Vorsitz Margaret Thatchers zusammen, gerade, als in Genf die Abrüstungskonferenz tagte. Dort schloß sich der Vertreter Großbritanniens in der Debatte über das sowjetische Projekt für die Hauptbestimmungen einer Konvention über ein C-Waffen-Verbot bereitwillig der Obstruktion der USA an.

Nach Durchsicht des vom Vereinigten Ausschuß für Aufklärung abgefaßten Berichts über die "sowjetische C-Waffen-Bedrohung" debattierten die sieben Minister über die Vorschläge der Militärs zur "Verteidigung gegen einen Überfall unter Einsatz von C-Waffen". Der Bericht enthielt vier.

Erstens: Abschuß eines entsprechenden multilateralen Abkommens über ein C-Waffen-Verbot. Man war alles andere als erbaut, denn man müsse — wie Ausschußmitglieder erklärten — Moskau erst

Britische Soldaten werden für einen C-Waffen-Krieg gedrillt
Foto aus:
"Sunday Telegraph Magazine"
(Großbritannien)



einen "Antrieb" zu einem Abkommen geben, und dazu müsse England offenbar die Herstellung von C-Waffen wiederaufnehmen.

Zweitens: Ausgabe von Schutzanzügen und Gasmasken an Regierungsbeamte, Konzernmanager und die Chargen. Der Vorschlag stieß beim Innenministerium auf Widerstand. Dort fürchtete man, diese Maßnahme werde, ähnlich wie die von diesem Amt gemachten Empfehlungen im Bereich der Zivilverteidigung, bei der Bevölkerung geharnischte Aufnahme finden. Für die einfachen Leute sind ja keine Schutzanzüge vorgesehen. Trotzdem hat die Forschungszentrale in Porton Down schon zusätzliche Mittel zur Entwicklung von Schutzanzügen für die oberen Zehntausend bekommen.

Drittens: Hortung neuester über-seelischer C-Waffen in Großbritannien. Neben einer Billigung löste dieser Vorschlag die Befürchtung aus, daß die Beförderung amerikanischer Binärmunition in die Alte Welt mindestens so starke Proteste wie die gegen die Raketen nach sich ziehen würde.

Washington aber rechnet fest auf Großbritannien. Dieses ist eins der Länder Westeuropas, wo das Pentagon Cruise Missiles mit Kampfstoffladungen, Bomben und Geschosse zu stationieren gedenkt.

Viertens: Schaffung eines britischen C-Waffen-Potentials. Dieser Vorschlag soll, wie der "New Statesman" behauptet, der Ministerpräsidentin am meisten zugesagt haben.

In Schriftstücken der Regierung ist nie gelehnt worden, daß Großbritannien C-Waffen-Bestände besitzt. Laut Angaben der britischen Armee stehen ihr 14 verschiedene Arten, darunter drei nervenschädigende Kampfstoffe, zur Verfügung.

Schon seit mehr als 10 Jahren wird das britische Militär für den Nervengaseinsatz ausgebildet. Bei den jüngsten großen Herbstmanövern der NATO — "Lionheart" — ersuchten zwei britische Heerführer zugleich ihren Chef Heseltine darum, ein großes C-Waffen-Arsenal anlegen zu lassen. Wie in dem Geheimschreiben der sieben Minister war nicht von einer Wiederaufnahme der Erzeugung der "erprobten" Kampfstoffe, sondern von einem chemischen Offensivpotential Großbritanniens die Rede, das auf der amerikanischen Technologie für die Herstellung nervenschädigender binärer Kampfstoffe fußen soll. Dieser Plan verträgt sich durchaus mit der von den NATO-Stäben angenommenen AirLand-Battle-Doktrin, laut der die NATO-Trup-

pen konventionelle, nukleare und chemische Waffen zu "Präventivschlägen gegen den Feind" benutzen sollen.

Den Generalen, die sich für eine C-Waffen-Umrüstung einsetzen, macht es Hoffnung, daß Großbritannien eine völlig angemessene wissenschaftliche Basis besitzt. Die Zentrale für chemische Militärforschungen in Porton Down, die älteste der Welt, besteht schon seit 1916. Britische Wissenschaftler erfanden das CS-Gas, das die USA in Vietnam einsetzen. Sie synthetisierten den stärksten Kampfstoff der Klasse phosphororganischer VX-Gase.

Mr. Pym, Heseltines Vorgänger, forderte mit der Behauptung, ihn lasse der Gedanke an die "sowjetische Bedrohung" nicht los, schon Ende 1980 zu einer Debatte mit den Amerikanern und einem Austausch von technischen Informationen über binäre Waffen auf. Damals sprach er sich zum ersten Mal öffentlich für die Schaffung eines "Vergeltungspotentials" im Vereinigten Königreich aus.

Fünf Jahre später gedenken manche Leute in Whitehall und im Kriegsministerium des Ex-Ministers mit einem warmen Wort — vorläufig in Geheimschreiben. Aber selbst unter den Konservativen lösen die enormen C-Waffen-Pläne des Kabinetts ernste Zweifel aus. Heseltine und Howe äußerten sie schon im Sommer: Die Gefahr, Großbritanniens "Ansehen" bei den Verhandlungen zu erschüttern, sei zu groß. Wir fügen hinzu, daß die Gefahr, eine neue und obendrein höchst gefährliche Runde im Wettrüsten in Gang zu bringen, nicht minder groß ist.

Ein Beschuß ist noch nicht gefaßt. Nach den in der Presse erschienenen Dokumenten aber hat die Führerin der Tories bislang mehr auf die Generale gehört. Wie steht sie jetzt? Das fragten sie Abgeordnete. Sie entzog sich einer direkten Antwort und sagte: "Wir müssen unsere Verteidigungspolitik immer im Lichte der Möglichkeiten sehen, die die Sowjetunion im Bereich der C-Waffen besitzt."

Nun, Großbritannien hat die Chance, seine wahren Absichten zu zeigen. In Genf ist der C-Waffen-Sonderausschuß der Abrüstungskonferenz unlängst wieder zusammengetreten. Vielleicht ist die Zeit gekommen, mehr Begeisterung für Punkt 1 des eigenen Geheimdokuments aufzubringen und ein Abkommen über ein C-Waffen-Verbot abzufassen, worauf die UdSSR schon lange besteht. Das stürmische Reagieren der britischen Öffentlichkeit auf das "C-Waffen-Geheimnis" der Tories läßt zweifelsfrei erkennen, daß eine solche Lösung den meisten Briten recht wäre.

G. BORISSOWA

AMERIKANISCHE „HUMANITÄT“

Äthiopiens Appell vom Herbst 1984 an die Weltgemeinschaft, ihm im Kampf gegen die Folgen der Dürre dringend zu helfen, hat bei den sozialistischen Ländern Mitgefühl und Verständnis gefunden. Aus der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern kamen die ersten Hilfesendungen: Nahrungs- und Transportmittel, Medikamente und medizinisches Personal. Auch kapitalistische Staaten, darunter die USA, haben Äthiopien geholfen.

Doch schon damals wurde in Afrika die Befürchtung laut, die USA könnten das über Äthiopien hereingebrochene Unglück benutzen, um dessen Souveränität und Gesellschaftsordnung zu untergraben. Ursache zu solchen Befürchtungen gaben die Washingtoner Auseinandersetzungen darüber, ob man einem Staat überhaupt helfen soll, dessen Außen- und Innenpolitik den wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessen des US-Imperialismus nicht entspricht.

Die TV-Gesellschaft ABC erklärte in einem Programm, die USA könnten alle Äthiopier satt machen. Sie wies auf Senegal hin, dem sie nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Transportmittel und sogar Arbeiter zur Verfügung gestellt hätten. Senegal hat sich Washingtons Großzügigkeit damit verdient, daß es auf kapitalistischen Wegen wandelt, sich außenpolitisch auf den Westen orientiert und Frankreich gestattet hat, auf seinem Boden einen Militärstützpunkt zu bauen, der der NATO als afrikanischer Stützpunkt dient. Äthiopien, das diesem amerikanischen Standard keineswegs entspricht, hat dem unverschämten Druck nicht nachgegeben, und wenn die USA, um ihr Ansehen zu wahren, doch eine Hilfe beschließen mußten, so haben sie laut "Washington Post" weniger getan, als sie konnten, weil sie bei der Bestimmung der Quantität "von politischen Motiven ausgingen sind".

In den letzten Tagen hat Washington wieder eine wütende Propagandahetze gegen Äthiopien losgelassen. Als Anlaß diente ein unschöner Vorfall, der sich auf einem australischen Handelsschiff zutrug. Dieses ist in Liberia unter dem Namen "Golden Venture" eingetragen. Es hatte Getreide und manches andere geladen und nahm Kurs auf den Sudan. Die Fracht sollte in Port Sudan gelöscht und dann in die äthiopischen Gebiete weiterbefördert werden, in denen separatistische Banden ihr Unwesen treiben. Aus Versehen geriet die "Golden Venture" aber in den äthiopischen Hafen Assab, und dort wurde die Fracht beschlagnahmt.

Nach allgemein anerkannten Gesetzen

gelten Frachten, die ohne Wissen und Willen der Behörden eines Landes in dieses geliefert werden, als Schmuggelgut und sind zu beschlagnahmen. Äthiopien hat also durchaus gesetzlich gehandelt. Trotzdem stimmten die USA wegen der Sache ein großes Zetermordio an und beschuldigen Äthiopien, es sorge nicht für seine Dürreopfer. Die gemeine Lüge hat eine aufschlußreiche Kehrseite.

Unter Vorschützung "humaner Hilfe" an Äthiopien helfen die USA separatistischen Banden. Der US-Nachrichtendienst Newhouse berichtete, daß die USA heimlich Geld und Ausrüstungen in die Gebiete Äthiopiens schicken, in denen diese Banden operieren. Dazu benutzen sie die US-Stützpunkte im Sudan. Von dort wird das Schmuggelgut nachts mit LKWs nach Äthiopien weiterbefördert. In den letzten paar Monaten hat Washington den Separatisten über 60 000 t verschiedenster Ausrüstungen geschickt. So sieht die amerikanische "Humanität" aus.

In Washington haben Amtspersonen diese Meldung im allgemeinen bestätigt. Peter McPherson, Leiter des Amts für internationale Entwicklung, hat eingestanden, daß der größte Teil der "Nahrungsmittel" in die Gebiete geht, die in Händen der Separatisten sind, und daß sie "über die sudanesische Grenze und nicht via Äthiopien geliefert werden". Kein Wunder, daß die Beschlagnahme auf dem australischen Schiff, das die USA für Hilfe an die Separatisten gechartert hatten, in Washington einen Wutanfall ausgelöst hat. Richard Lugar, der dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorsteht — ein Republikaner —, hat frech verlangt, die USA sollten ihre Druckmittel ansetzen, um "eine Veränderung der Politik der marxistischen Regierung Äthiopiens durchzusetzen". So tritt die Regierung Reagan die Souveränität Äthiopiens und die Völkerrechtsnormen mit Füßen, indem sie sich ungeniert in dessen innere Angelegenheiten einmischt und Elemente, die das revolutionäre Regime zu stürzen trachten, unterstützt.

Das wird aber nicht gelingen. Dawit Wolde-Giorgis, Leiter des äthiopischen Ausschusses für Hilfe und Wiederaufbau, hat einem Berichterstatter der "Newsweek" folgendes erklärt: "Die Revolution in Äthiopien ist sehr stark... die Hilfe der USA kann die revolutionäre Ideologie nicht beeinflussen." Eine gebührende Antwort an diejenigen in Washington, die, auf Getreidesäcken sitzend, überlegen, was für politische Vorteile sie aus einer Nahrungsmittelhilfe ziehen könnten.

L. SKURATOW

Geheimdienste der Niederlande kontra Friedensfreunde

DIE HEXENJAGD GEHT WEITER

Etwa 50 km südlich von Amsterdam liegt das Städtchen Oudewater, eine Sehenswürdigkeit der Niederlande. Im Mittelalter war es die Stadt der "Hexen". Sie pilgerten dorthin, nicht um an einem Sabbat teilzunehmen, sondern einzig und allein in der Hoffnung, dem Feuer der Inquisition zu entgehen.

Der Sage nach wohnte Kaiser Karl V. von Spanien 1545 im Städtchen Polsbroek einem Gericht über eine junge Frau bei, der Hexerei angelastet wurde. Damals galt es als selbstverständlich, daß jede Hexe auf einem Besen durch die Lüfte fliegt. Sie erhebe sich in die Luft deshalb, erläuterten die Pater von der Inquisition, weil sie im Unterschied zu normalen Menschen praktisch nichts wiege. Auf dem Prozeß, von dem hier die Rede ist, verdammte der bestochene Mann an der Waage die Beschuldigte zur Hinrichtung, indem er erklärte, sie wiege 2,5 kg. Von der Schönheit der "Hexe" geblendet, beschloß der Kaiser, ihr zu helfen. Er befahl, das Gericht nach Oudewater zu verlegen, das für seine genauen Waagen und ehrlichen Einwohner bekannt war. Dort stellte sich heraus, daß das Mädchen 50 kg wog, also nicht das teuflische, sondern ein menschliches Gewicht hatte.

Nach diesem Vorfall gewährte Karl V. Oudewater das Recht, Spezialurkunden herauszugeben, die in seinem ganzen weitläufigen Kaiserreich gültig waren. In den langen Jahren, in denen in Oudewater gewogen wurde, konnte keine einzige Hexe entdeckt werden.

Heute befindet sich in der wiederhergestellten städtischen Waage, wo einst über das Schicksal vieler Menschen entschieden wurde, ein Museum, in dem bis heute gewogen wird, um Reisende anzulocken, deren Besuche sich auf die Wirtschaft und das Schatzamt der Stadt günstig auswirken.

Das in holländischen Pfund fixierte Gewicht wird in eine mit einem roten Wappen gesiegelte Urkunde eingefügt. Sie bescheinigt: Der Besitzer wiege so viel, wie ein Mensch zu wiegen habe, könnte also weder Zauberer noch Hexe sein und dürfe nicht auf einem Scheiterhaufen verbrannt werden.

Als ich eine solche Urkunde in der Hand hielt, fragte ich, ob sie heutzutage Schutz garantiere. "Zum Teil", lächelte die

Museumsangestellte. "Ein Scheiterhaufen droht Ihnen nicht. Wenn Sie aber eine Geschichte wie den Fall Gardiner meinen, so müssen sie nach Schutz nicht in Oudewater, sondern in Den Haag fragen."

Damals — das Gespräch fand Ende April 1984 statt — hatte die niederländische und die internationale Presse eine Sensation. Der von Geheimdiensten in die niederländische Antikriegsbewegung eingeschleuste John Gardiner packte aus. Diese vorläufig nicht abgeschlossene Geschichte ist ein gutes Beispiel für die heutigen Methoden der "Hexenjagd".

Der 42jährige John Wood (so der wahre Name dieses Mannes, wenn man der Presse glauben darf) tauchte in Woensdrecht im Dezember 1983 auf. Zu jener Zeit war der Fliegerstützpunkt dieses an der Grenze zu Belgien liegenden Städtchens schon als Startplatz für 48 amerikanische Cruise Missiles gewählt. Den Haag hat bisher der Stationierung dieser Kernraketen nicht zugestimmt — die Erörterung dieser Frage ist bis November 1985 aufgeschoben —, aber den Stationierungsort festgelegt. Die Antikriegsbewegung traf Gegenmaßnahmen. In Woensdrecht wurde ein Friedenslager aufgeschlagen, dem sich bald eine neue Figur anschloß, die sich als der aus der BRD ausgewiesene kanadische Friedenskämpfer John Gardiner ausgab.

Dieser bärtige Mann, der sein Sportkäppi nie abnahm, legte eine beneidenswerte Energie an den Tag. Man forderte ihn auf, der Führungsgruppe beizutreten, die alle Protestaktionen gegen den Krieg ausarbeitete und durchführte. Nach etwa 5 Monaten "Friedensarbeit" trommelte er Journalisten zusammen, denen er sagte, er sei ein Provokateur und habe mit dem niederländischen Sicherheitsdienst BVD kontaktiert. Wood alias Gardiner erklärte ferner, daß er 1961, als 20jähriger Student der Kalifornischen Universität, vom Amt für Nationale Sicherheit der USA angeworben worden sei.

Was bewog ihn zu dieser Selbstentlarvung?

"Ich bin noch nie Menschen so nahegekommen wie hier, in Woensdrecht", antwortete er. "Es ist sehr schwer, Menschen zu verraten, deren Freundschaft man erworben hat. Man

möchte das zugefügte Unrecht wiedergutmachen."

Von welchem Unrecht ist die Rede?

"Ich erfuhr, daß am 18. Februar eine Protestaktion stattfinden sollte, und informierte den niederländischen Sicherheitsdienst darüber. Im Ergebnis wurden im voraus heimlich Truppen zum Nachrichtenbunker des Fliegerstützpunktes Woensdrecht verlegt, die Teilnehmer der geplanten Besetzung aber verhaftet."

Das war bei weitem nicht der einzige Verrat. Wie der Provokateur sagte, verfolgte man mit seiner Einschleusung drei Ziele: Man wollte die Beziehungen der niederländischen Friedensanhänger zu Moskau "beweisen", die Geheimdienste über die Gesinnung und die Pläne der Pazifisten informieren und die Antikriegsbewegung kompromittieren.

Wem und auf welche Weise wurde die Information übermittelt?

"Meine Angaben leitete ich an meine Kontaktpersonen aus dem niederländischen Sicherheitsdienst weiter. Sie hießen Hans und Peter. Wenn ich sie erreichen wollte, wähle ich eine bestimmte Telefonnummer in Den Haag. Die Nummer wurde regelmäßig geändert. Wir trafen uns meist unweit der Bahnstation Roosendaal."

Nach diesen Enthüllungen zog es der Provokateur vor, unterzutauchen.

"Durchaus wahrscheinlich", hatte er den Journalisten vorher gesagt, "daß man mich bald findet, und dann kann man mit allem Möglichen rechnen. Man könnte mich z. B. wegen Verstoßes gegen ein Gesetz der USA über Geheimhaltung bestimmter Nachrichten verhaften. Darauf stehen mindestens 10 Jahre Gefängnis. Ich kann auch an einer Überdosis Rauschgift in einem alten Schleppkahn in Amsterdam verrecken oder bei einem Verkehrsunfall draufgehen."

Als Wood-Gardiner verschwunden war, prüften Aktivisten des Friedenslagers von Woensdrecht seinen Wohnwagen. Darin fanden sie eine Kiste mit Munition, die, wie sich später herausstellte, vom belgischen Fliegerstützpunkt Florennes entwendet worden war. Die niederländischen Friedenskämpfer übergaben diesen Fund sofort an die örtliche Polizei. Sie betrachteten ihn als Indiz für die Absicht, die Antikriegsbewegung in Mißkredit zu bringen.

Am 12. Juni stellte sich der verschollene freiwillig der niederländischen Polizei. Schon im Gefängnis, strengte er eine Klage gegen den Sicherheitsdienst an. Wood-Gardiner sagte, er wolle den Prozeß zu neuen Entlarvungen nutzen. Er bestätigte die Vermutung der Leiter des Friedenslagers in Woensdrecht, daß die in Belgien entwendete Munition für eine

neue Provokation gedacht war. Der Diebstahl selbst sei, erklärte der besoldete "Pazifist", mit Hilfe des BVD verübt worden. Damit sollten der Antikriegsbewegung terroristische Absichten unterstellt und sie so in Mißkredit gebracht werden.

Wood-Gardiner wollte einen Prozeß in den Niederlanden. Mitte November wurde er an Belgien ausgeliefert. Dort interessierte sich die Untersuchungsbehörde nur für die vom Stützpunkt in Florennes entwendete Munition. Alles

teilzunehmen. Vlees wurde als Gegenleistung für die Namen von Aktivisten verschiedener Organisationen der Friedensanhänger ein gutes Honorar versprochen. Um zu klären, wie die Antikriegskräfte überwacht werden, willigte der ehemalige Seemann ein. Später entlarvte er seinen Werber, und dieser mußte sofort entlassen werden.

Im Sommer 1982 gelangte die Antikriegsorganisation "Onkruit" an einige Dokumente des Truppenstabs in Amsterdam. Ein Teil davon behandelte die in den

inzwischen weiter verstärkt.

Die von "Onkruit" veröffentlichten Tatsachen wurden vom Generalsekretär des Interkonfessionellen Friedensrates, Mient Faber, ergänzt. Wie er sagte, besitzt er Angaben über eine ganze Reihe von Versuchen der militärischen Abwehr, eigene Leute in den Rat zu bringen. Vor kurzem wurde einer dieser Agenten in der Sektion des Rates in der Stadt Alfen entlarvt.

Die Veröffentlichung dieser Information hat eine Entrüstungswelle hervorgerufen.



übrige falle nicht in ihr Ressort. Wie der Angeklagte sagte, will man den Fall auf diese Weise zu einem banalen Kriminalfall machen und die Tätigkeit der amerikanischen und niederländischen Geheimdienste gegen die Antikriegsbewegung verschleiern.

Der Fall Wood-Gardiner ist nicht die erste skandalöse Aufdeckung der verfassungswidrigen Tätigkeit der niederländischen Geheimdienste. Vor zwei Jahren brachte die britische Wochenschrift "New Statesman" einen Artikel, der eine ganze Serie konkreter Beispiele solcher Rechtsverstöße nannte.

Der Drucker Aad van Vijk aus Den Haag wurde elf Jahre lang vom BVD observiert. Das geschah von einem gegenüberliegenden Haus aus, dessen Besitzerin suggeriert wurde, ihr Gegenüber sei ein gefährlicher Terrorist. Tatsächlich war van Vijk lediglich ein aktives Mitglied der Quäker- und der Friedensbewegung.

Am 18. November 1981 hatte der damalige niederländische Innenminister Ed van Tijn im Parlament gesagt, es sei den Geheimdiensten verboten, ihre Agenten in Antikriegsorganisationen, die nicht gegen das Gesetz verstießen, einzuschleusen. Noch am selben Tag warb der Unterleutnant des Abwehrdienstes der Seestreitkräfte, Jan Brouwer, den Matrosen Willem Vlees, der schon vor der Demobilisierung stand, an. Brouwer wollte ihn in eine Gruppe ebenfalls demobilisierter Matrosen einschleusen, die sich anschickten, an einer gesamtinternationalen Manifestation gegen die Raketen

Niederlanden regelmäßig durchgeführten NATO-Übungen "Wintex". In "New Statesman" lesen wir: "Während dieser Manöver werden Spezialübungen durchgeführt, zu dem Zweck, das Aufrufen ziviler Aktionen gegen die NATO-Pläne zu proben."

Aufmerken ließen ferner die Aufzeichnungen eines Majors De Boer. Aus ihnen geht hervor, daß der BVD nicht nur aktive Friedenskämpfer, sondern auch Journalisten und Parlamentarier bespitzeln läßt. Unter Beschaffung stand sogar Andre van der Louw, Ex-Minister von der Partei der Arbeit.

Ende November gerieten weitere Geheimdokumente in die Hände von "Onkruit". Wie daraus hervorgeht, wacht die militärische Abwehr mit Argusaugen über rund 50 Organisationen — von der Kommunistischen Partei bis zum Interkonfessionellen Friedensrat, einen der zahlenmäßig stärksten Verbände der Antikriegskräfte des Landes. In der Liste rangiert sogar die gesamtationale Vereinigung der niederländischen Militärangehörigen.

In einem Dokument ist die Rede von der Operation "Fatima", mit der Lockspitze angeworben werden sollen. Sie erstreckt sich auf Schulen, Universitäten, Betriebe und Wehrpflichtige. Das Hauptaugenmerk gilt der Einschleusung von Agenten in Massenorganisationen, die gegen die Stationierung amerikanischer Cruise Missiles in den Niederlanden kämpfen. Wie diese Dokumente belegen, hat sich die in den 70er Jahren begonnene großangelegte Verfolgung von Andersdenkenden

Das Friedenslager in Woensdrecht und seine Einwohner. Fünf Monate befand sich unter diesen einsatzfreudigen Menschen ein Provokateur der Geheimdienste, ein stets im Baseball-Käppi einherkommender umgänglicher bäriger Mann: Wood-Gardiner

Aus: "Trouw" (Holland) und "Stern" (BRD)

Mehrere Parlamentarier forderten von der Regierung eine Erklärung. In einer schriftlichen Anfrage an den Verteidigungs- und den Innenminister heben die Parlamentsmitglieder Van der Spek und Van Es hervor: Die neuen Fakten der verfassungswidrigen Tätigkeit der Abwehr widerlegen die offiziellen Versicherungen, die Friedensbewegung werde von den Geheimdiensten nicht überwacht. Dabei ist das Überwachungsnetz so eng geknüpft, daß man sich bei dem Gedanken ertrappft, ob nicht beinahe jeder Holländer unter Aufsicht stehe.

Mitte Januar begann in der belgischen Stadt Dinant, unweit des Luftwaffenstützpunkts Florennes, das Verfahren gegen Wood-Gardiner.

Die belgische Presse bezeichnet diesen Prozeß immer öfter als "seltsam", was durchaus nicht unbegründet ist.

Diese ganze Geschichte beweist, daß die "Hexenjagd" nicht etwa der mittelalterlichen Vergangenheit angehört, deren museale Exponate in Oudewater vorgeführt werden, sondern sehr neuzeitlich weitergeht.

W. BOIKOW

Oudewater--Den Haag--Brüssel

Die psychologische Kriegsführung des Westens gegen Ungarn

DIE UNVERBESSERLICHEN

Jozsef PALFY, Ungarn

Ebenso wie die anderen sozialistischen Länder ist auch die Ungarische Volksrepublik oft Zielscheibe imperialistischer Propagandakampagnen. Da wird sogar die Rechtmäßigkeit unserer Gesellschaftsordnung und das Bestehen unseres Staates angefochten, was — abgesehen von allem Sonstigen — eine Revision der Nachkriegsordnung bedeutet. Andauernd und mit verschiedensten Methoden wird versucht, den Sozialismus von innen heraus mürbe zu machen. Der Westen hatte z. B. gehofft, Ungarn werde dem "polnischen Beispiel" folgen. Sehr bald mußten die Kommunistenfresser diese Hoffnung aber aufgeben, weil sie sahen, daß die demagogische Politik der "Solidarnosc" und anderer konterrevolutionärer Gruppierungen in Ungarn faktisch keine Gefolgschaft fanden.

Intrigen der "Freunde"

Im Westen liebt man es, sich darüber zu verbreiten, daß es in Ungarn "Andersdenkende" oder sogar eine "Opposition" gebe. Immer wieder wird dazu aufgerufen, ihnen zu helfen. Was Ungarn angeht, so wissen seine 10 Millionen Bewohner, daß höchstens von winzigen Gruppchen ohne Einfluß noch Anhang die Rede sein kann.

Die bürgerliche Propaganda bemüht sich, die Methoden der Einwirkung auf die sozialistischen Länder zu differenzieren. Im Hinblick auf Ungarn besteht die gebräuchlichste Methode darin, den Unterschied zwischen seiner Wirtschaftspraxis und derjenigen anderer sozialistischer Länder zu übertreiben.

Gewiß, jedes löst seine Wirtschaftsprobleme auf seine Weise, aber weder der Form noch dem Inhalt nach kann man das Differenzieren nennen. Das wäre eine vorsätzliche Entstellung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern.

Die bürgerlichen Massenmedien stehen nicht an, auch die wirtschaftlichen Erfolge Ungarns anzuerkennen. Aber wie machen sie das? Sie stellen sie als "günstige Folgen von Abweichungen vom Sozialismus" hin. Dabei schütteln sie Schlagwörter wie "roter Kapitalismus" förmlich aus dem Ärmel.

Anderseits werden Schwierigkeiten Ungarns aufgestöbert, breitgetreten und selbstverständlich nur dem Wesen des Sozialismus zugeschrieben. Indes werden Unzulänglichkeiten und Fehler ja von den Massenmedien Ungarns selbst scharf kritisiert, und das entspricht durchaus der Politik und Praxis der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP). Und was tun die "Freunde" Ungarns im Westen dann? Sie sehen entweder über unsere prinzipielle Einstellung hinweg oder behaupten, in der Kritik komme "die Opposition zu Worte".

Die westlichen Propagandisten suchen auch die normalen Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu stören, zwischen denen praktisch keine Streitfragen bestehen. Die Rechte der katholischen, der reformierten und der evangelischen Kirche werden um kein Jota geschmäler. Dr. Zoltan Kaldy, Bischof der lutherischen Kirche, ist Abgeordneter der Landesversammlung. Er kommt den Aufträgen seiner Wähler rührig nach. Die Tagung des Lutherischen Weltbundes in Budapest wählte ihn

zu dessen Vorsitzendem. Unmittelbar vor der Tagung ließ die westliche Propaganda eine Schimpfkanonade gegen ihn los. Sie findet es unverzeihlich, daß er die internationalistische Hilfe befürwortet, die die UdSSR Afghanistan bei der Verteidigung des in der Revolution Errungenen leistet, und daß er sich rege am Friedenskampf beteiligt.

Angegriffen wird auch Kardinal Laszlo Lekai, das Oberhaupt der katholischen Kirche. Die "Freunde" Ungarns schmieden Ränke gegen dieses Land und tun alles, um die Geistlichkeit uneins zu machen.

Noch eine "Sensation"

Die imperialistische Propaganda zeigt immer wieder ihre Vorliebe für die Methode, bei ihren Verleumdungen möglichst dick aufzutragen, denn "es bleibt ja immer etwas hängen". Als Beispiel mag eine Verleumdung dienen, mit deren Hilfe man das sozialistische Ungarn in Mißkredit bringen wollte.

In einem amerikanischen Fernsehprogramm sprach ein junger Mann englisch mit unverkennbarem Akzent. Er sagte:

"Meine Frau war in Ungarn Journalistin. Sie machte kein Hehl daraus, daß ihr der Kommunismus verhaßt ist, und deshalb fürchtete sie ständig, gekidnappt zu werden. Mit großen Schwierigkeiten sind wir in die USA emigriert, aber selbst hier konnten ungarische Kommunisten sie entführen. Sie hätte hier ja Enthüllungen machen können, die ihnen peinlich gewesen wären."

So begann eine neue Propaganda "sensation".

Die Verschwundene hieß Katalin Ronaszek. Einen Tag vor dem besagten TV-Programm verschwand sie tatsächlich aus einem Washingtoner Motel. Vor der Kamera erschienen "Augenzeugen", die gesehen haben wollten, wie eine gedopte Frau das Motel mit einem Unbekannten verließ. Am Schluß erklärte der Sprecher vielsagend:

"Die ungarische Botschaft hatte zu dem Fall nur zu sagen: No comment!"

Nach der TV-Sendung gab der Mann der "Washington Times" ein Interview. Nunmehr nannte er seine Frau nicht einfach eine Journalistin,

sondern früher die führende Journalistin Ungarns. Sie sei ausgewandert, weil sie die Parteiideale nicht geteilt habe.

Die "Sensation" hielt aber kaum einen Tag an. Dann erklärte ein Polizist, er habe die ziellos durch das nächtliche Washington streifende Frau in einem Nachtschlaf abgeliefert.

Sie selbst erzählte später, die Verzweiflung über ihre aussichtslose Lage habe sie keinen Schlaf finden lassen, und deshalb sei sie durch die Stadt gewandert. Am Vortag war sie bei der "Stimme Amerikas", wo sie nicht fest angestellt war, wegen Utauglichkeit weggeschickt worden.

Davon, daß sie sich gefunden hatte, berichteten die Washingtoner Blätter in einer winzigen, kleingedruckten Notiz, und die "Aussagen von Augenzeugen" fegte man einfach unter den Teppich. Auch fühlte man sich nicht bemüßigt, sich bei der ungarischen Botschaft zu entschuldigen.

Erst in Budapest konnte festgestellt werden, daß die unglückselige Frau einige Jahre vorher in Ungarn eine journalistische Schule absolviert hatte. Sie hätte in Ungarn eine Stellung annehmen können, aber auf Drängen ihres Mannes wanderte sie mit ihm aus. Der Fall war eine Tragödie von "Dissidenten" und seine Behandlung in der US-Presse eine Aktion der westlichen Propaganda.

Alljährlich kommen Hunderttausende Touristen aus dem Westen nach Ungarn, darunter viele ungarischer Herkunft, die Verwandte besuchen wollen. Sie werden von den westlichen Geheimdiensten unweigerlich mit Argusaugen beobachtet. Von diesen Dienststellen werden ins Ausland reisende Staatsbürger Ungarns tüchtig in der Absicht bearbeitet, sie später für feindliche Umtreiber zu benutzen. Das wurde im ungarischen Fernsehen in einem Dokumentarprogramm hervorgehoben, das auf Aussagen wirklicher Augenzeugen beruhte.

Der ungarische Staatsbürger Csaba Balogh erzählte, daß im Westen in einem Kreis von Personen aus sozialistischen Ländern angebliche Landsleute aufzukreuzen pflegen, die für allerlei Dienstleistungen Nachrichten über die politischen Stimmungen der Bevölkerung Ungarns und über das militärische Potential der ungarischen Armee und

APPEL AUS DELHI

In Delhi traten die Staats- und Regierungschefs von Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Tansania und Schweden zusammen. Sie diskutierten einen weiten Fragenkreis im Zusammenhang mit der Festigung des Friedens, der Verhütung eines Nuklearkriegs, der Begrenzung des Wettrüstens und der Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums. In einer gemeinsamen Deklaration rufen sie zur Einstellung des Wettrüstens, vor allem im Weltraum und bei den Nuklearwaffen auf.

Dieser Aufruf bedeutet die Fortsetzung der Initiative der sechs Länder, die im Mai v. J. mit einer Gemeinsamen Erklärung zur Notwendigkeit der Einstellung der Tests, der Herstellung und Stationierung von Kernwaffen und ihren Trägermitteln hervorgetreten waren. Die sowjetische Regierung hatte sich in ihrer Erklärung vom 1. Juni für den Geist und die Punkte der Gemeinsamen Erklärung ausgesprochen. Die Haltung der USA und ihrer westlichen Partner im "Kernwaffenklub" sei dagegen, wie ein Sprecher des indischen Außenministeriums vor Beginn des Treffens sagte, unkonstruktiv. Außerdem haben die USA

der Entwicklung von Weltraumwaffen grünes Licht gegeben. "Sternenkriege" aber bedeuten eine Gefahr für die ganze Menschheit. Der Weltraum sei Allgemeingut der Menschen und dürfe nicht zu einem weiteren Schauplatz des Wettrüstens gemacht werden, sagten die Teilnehmer in Delhi. Deshalb machen die Verfasser der "Deklaration von Delhi", die fast eine Milliarde Menschen repräsentieren, die Forderung nach dem Verbot der Forschungsarbeiten, der Herstellung, der Tests und der Stationierung von Weltraumwaffen zum Eckpfeiler.

Ein zweiter wichtiger Punkt der Deklaration ist der Aufruf zur sofortigen Einstellung der Kernwaffentests und die Forderung nach baldigstem Abschluß entsprechender Abkommen. In diesem Zusammenhang begrüßen die Verfasser die im Januar in Genf erzielte Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA, Verhandlungen über den ganzen Komplex der Weltraum- und Nuklearwaffen aufzunehmen.

Eigenbericht

Delhi

der Warschauer Vertragsorganisation sowie Material für Verleumdungen im Rundfunk einhandeln wollen.

Im Gebäude der sogenannten Tolstoi-Stiftung in der BRD, an die Balogh 1982 von einem "Freund" verwiesen wurde, fragte man ihn detailliert aus, was für Rechenanlagen in ungarischen Bürobetrieben und in der Armee benutzt werden, in welchen sozialistischen Ländern er war und ob er dort vielleicht Truppenverschiebungen bemerkte habe. Jedes derartige Verhör wird mit 50 DM honoriert. Nachdem die Leute von der "Tolstoi-Stiftung" alles Mögliche aus Balogh herausgeholt hatten, forderten sie ihn und noch einige ungarische Staatsbürger auf, heimzukehren, um Spionage zu treiben.

Ungeachtet dieser Akte halten es die USAP und die Regierung nicht für notwendig, durch Anordnungen die Zahl der Touristen zu senken und die internationalen Kontakte zu drosseln. Ungarn will mit seiner Politik günstige Bedingungen für den friedlichen Aufbau des Sozialismus im Lande schaffen. Gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern setzt sich Ungarn für die Lockerung der internationalen Spannungen und für größere Verständigung ein.

Unbeschönigt

Im Westen soll aber nun keiner glauben, Ungarn könne in Gegensatz zur UdSSR und zur übrigen sozialistischen Ländergemeinschaft gebracht werden. Das Wirken der USAP und der Regierung zeugt eindeutig davon, daß wir in geschlossenen Reihen mit den anderen sozialistischen Ländern auf dem Weg des Sozialismus ausschreiten. Zügig entwickeln sich unsere Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder, zu den nationalen Befreiungsbewegungen und zu allen antiimperialistischen Kräften.

Im Sinne der Politik der USAP berichten die Massenmedien Ungarns ausführlich, wie bei uns der Sozialismus aufgebaut wird. Sie beschönigen nichts. Vielmehr berichten sie so, daß wir Ungarn sowohl unsere Leistungen als auch unsere Unzulänglichkeiten, die behoben werden müssen, genau kennen.

In diesen Monaten, in denen Ungarn zum 40. Jahrestag seiner Befreiung rüstet, gedenkt unser Volk dankbar der sowjetischen Befreier, die im Kampf gegen den Faschismus in Ungarn ihr Leben gelassen haben.

Budapest

WIRKLICH DIALOG GEWÜNSCHT?

"Der heute nach dem unerforschlichen Ratschluß Gottes auf dem Thron des heiligen Petrus sitzt, bekräftigt seinen Willen, auch künftig den Weg des achtungsvollen und aufrichtigen Dialogs mit der modernen Welt und den sie repräsentierenden Institutionen zu gehen, denn er glaubt an das der menschlichen Natur innewohnende Gute", verkündete anlässlich des Weihnachtsfestes das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, Papst Johannes Paul II.

Gerichtet waren diese Worte unmittelbar an die ihn umgebenden Kardinäle und Prälaten, gehört aber wurden sie von Millionen Katholiken. Und mit Hoffnung aufgenommen, denn in jüngster Zeit vernahm man aus der katholischen Hauptstadt der Welt ganz andere Reden. Die Vertreter der römischen Kurie prangerten alle an, die sich zwar nicht von der Religion abwandten, deren Anschauungen jedoch der Glaubenslehre des Vatikan zuwiderliefen. Ins Feuer der "heiligen Kritik" gerieten auch lateinamerikanische Priester, die sich der, nach Ansicht einflußreicher Männer der Kurie, "aufrührerischen Befreiungstheologie" hingaben, sowie eine große Gruppe westlicher Theologen um die angesehene religiöse Zeitschrift "Consilium" und die nikaraguanischen Ministerpastoren, die der Vatikan vor kurzem vor die Wahl gestellt hatte, wenn sie nach den Kirchengesetzen leben wollten, müßten sie ihre Posten in der Regierung aufgeben.

Eine besondere Resonanz wurde den Äußerungen des Heiligen Vaters von dem Umstand verliehen, daß sie kurz vor der Ende Januar geplanten Lateinamerika-Visite erfolgten. Auf dem Kontinent, den über 45 Prozent aller Katholiken der Welt bevölkern, erwartet man von der Kurie seit langem schon nicht nur Verständnis, sondern auch Unterstützung. Schließlich sind es gerade die lateinamerikanischen Völker, die heute zum Hauptobjekt einer grausamen Ausbeutung durch den mächtigen nördlichen Nachbarn und die einheimischen Diktatoren werden. Ein Wort des Papstes zur Verteidigung Millionen Elender wäre dankbar aufgenommen worden.

Werden sich die Hoffnungen aber bewahrheiten? Das erste Echo auf den

inzwischen begonnenen Besuch stimmt nicht sehr optimistisch. Ein CBS-Korrespondent berichtete in seiner Reportage aus Venezuela, daß "der Papst auf absoluter Disziplin im Hinblick auf die Einhaltung der katholischen Doktrinen und der kirchlichen Normen besteht". Der französische "Quotidien de Paris" meint, "Hauptziel des Besuchs ist die Wiedererweckung des wahren Glaubens und die Offensive gegen den Marxismus auf dem Kontinent". "Matin", ebenfalls Frankreich, verweist auf die kritischen Äußerungen des Papstes gegen die Priester, die, wie er sagt, ihre religiöse Stellung dazu benutzen, "eine illusorische irdische Erlösung" zu suchen. Wie aber steht es dann um den "Weg zu einem achtungsvollen und aufrichtigen Dialog"?

V. GUSTSCHIN

AUF SCHÜLER: FEUER FREI!

Wieder haben in der RSA farbige Schüler einen Unterrichtsboykott angesagt. Die Behörden versichern, im Grunde seien die schwarzen Kinderchen ganz lieb, bloß gebe es unter ihnen Aufruhr,

der, die alle aufstacheln. Das aber ist der unbeholfene Versuch, die Aufmerksamkeit von den wahren Ursachen des Unterrichtsboykotts abzulenken.

Die farbigen Schüler in der RSA



FÜRCHTET DANAER-GESCHENKE

Ein paar Schuhfirmen aus den USA haben in Äthiopien 50 000 Paar Schuhe geschickt. Unter den "Gablen" waren Golfschuhe und Hochhackige, die, wie ein AP-Korrespondent ironisch bemerkte, "für die hungrigen Äthiopier in der Wüste unbrauchbar sind". UNO-Vorsteher in Addis Abeba erklärte diesem Zusammenhang, es wäre besser, wenn jene Leute, die den Dürreopfern Hilfe leisten, mehr daran dächten, was die Hungernotfallschäden benötigen, und weniger daran, den Hütern loszuwerden. Doch hier handelte sich um keinen Einzelfall.

Die ägyptische "Al Ahram" schreibt, eine ganze Reihe westlicher Firmen hätten Dürrekatstrophe in Äthiopien dazu benutzt, um in diesem Fall unbesteuerten Krempel Hilfsorganisationen für Äthiopien anzureihen. Aus den USA beispielsweise kamen überlagerte Thunfischkonserven, deren Gebrauchsfähigkeit äußerst zweifelhaft ist. Einige pharmazeutische Betriebe wollten Arzneimittel nach Addis Abeba senden, deren Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist. Kurz, hier handelt man nach dem Grundsatz: Was wir weggeschmeißen, ist für andere gerade genug.

D. SGER

protestieren vor allem gegen Rassentrennung im Bildungswesen. Bis heute gibt es keine gemischten Schulen. Auch in der Ausbildung werden Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß gemacht. Ein weißen Schüler wird 8fach mehr aufgewendet als einen schwarzen. Für die farbigen Schüler gibt es zu wenig Klassträume, ihre Schulen sind schlecht eingerichtet, der Unterricht besitzt ein niedriges Niveau, Prügelstrafen sind an der Tagesordnung. Gegenall das wenden sich die farbigen Schüler. Ein berechtigter Protest gegen den die RSA-Behörden nichts anderes zu setzen haben, Tränengas und Plastkugeln. Die barbarischen Mittel wenden auch gegen Schüler an. So beginnen die Rassisten auf ihre Weise das von der UNO verkündete Ja der Jugend.

J. SWJAG

RSA. Jugendliche Opfer des Politischen Terrors

Foto aus: "Der Spiegel" (BR)

Zwei Monate hat es in der CDU und der CSU heißen Streit gegeben. Die "Christen" debattierten über die Parole, unter der die revanchistische Schlesische Landsmannschaft im Juni 1985 ihr Treffen abhalten will: "40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt uns." "

Besonders pikant wurde der Streit dadurch, daß Kanzler Kohl seine Teilnahme an dem Treffen zugesagt hatte. Als die Rangelei um die Parole entbrannte, bat der Kanzler, sie zu ändern.

Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Strauß bot seine Version an: "Ein freies Schlesien in einem freien Europa" — das wäre ein gutes Motto für das Schlesier-Treffen, denn das ist der Schlüssel zu dem sonst

KEIN STREIT UM DIE WAHRHEIT

nicht lösbarer Problem."

Worum geht es eigentlich? Um die Versuche der CDU/CSU-Spitze, die revanchistischen Forderungen dem antikommunistischen Kurs Washingtons und der NATO anzupassen und sie gleichzeitig in eine Form zu schmieden, die die Behauptung erlaubte, Bonn achte internationale Abkommen und sorge sich um die Interessen "ganz Europas".

Nach langem Hin und Her gab die Schlesische Landsmannschaft klein bei.

Herbert Hupka auf einem Schlesier-Treffen

Foto aus: "Quick" (BRD)

Jetzt lautet die Parole: "40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Zukunft — im Europa freier Völker". In einem Schreiben an den Kanzler erläuterte Schlesierboss Hupka: "Schlesien ist nicht nur die Heimat der Schlesier, sondern Eigentum aller Deutschen." Da-

mit ist also ein Teil des Territoriums der VR Polen "Eigentum aller Deutschen", und der Kanzler hat sein Vorhaben, dem Revanchistentreffen beizuhören, bestätigt.

Der Streit ist aus. Zur Wahrheit hat er nicht geführt. Die aber besteht darin, daß die Grenzen in Nachkriegseuropa heute und für alle Zeiten unantastbar sind.

A. TOLPEGIN

Bonn Eigenbericht



Tarnung. Radio Kostarika spricht mit fremder Stimme. Nach Ansicht der kubanischen Prensa Latina ist dieser Sender nichts anderes als eine Relaistation der imperialistischen Propagandaschnauze der USA "Voice of America".

Vertreter des genannten kostarikanischen Verbandes erklärten, der neue Sender werde zwei Programme ausstrahlen — zunächst je 9 Stunden pro Tag — und seine Hauptaufgabe bestehe in der "Verbreitung westlicher Werte".

Was darunter zu verstehen ist, läßt sich einer US-Regierungsdirective für den internen Gebrauch entnehmen, die den Sinn der Rundfunkpropaganda für das Ausland definiert: "Die Stimme Amerikas muß zielgerichtet als Verbreiter der Ideologie und der Interessen der USA wirken, die Politik der USA effektiv durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung unterstützen."

Für das neue Sprachrohr der "Voice of America" dürfte diese Directive bedeuten: Die Öffentlichkeit der mittelamerikanischen Länder ist auf die bewaffnete Einmischung der USA in dieser Region vorzubereiten. Selbstverständlich im Namen der berüchtigten westlichen Werte.

A. BARYSCHEW

Zeichnung: N. Sfischerbakov

ERPROBTE METHODE

"Na, macht nichts", sagte man sich im Weißen Haus, als der Kongreß im vergangenen Jahr die Finanzierung der Contras in Nicaragua einstellte. "Wozu pappeln wir schließlich unsere guten Freunde?"

Und die "Freunde" ließen sich nicht lumpen. Honduras und El Salvador übernahmen die meisten Lieferungen an die Contras, wobei gleichzeitig der Waffenstrom aus Israel immer stärker floß, wie amerikanische Zeitungen melden.

"Ich bin besorgt darüber, daß Länder, die amerikanische Hilfe erhalten, diese zur Unterstützung der Contras benutzen können", empörte sich das Mitglied des Repräsentantenhauses Joseph Addabbo. Das State Department wollte ihn mit der Erklärung beruhigen, die USA gäben Drittländern kein Geld zur Finanzierung von Geheimaktionen in Mittelamerika und Schritte "Unabhängiger" unterlägen keinem Kommentar.

Diese Erklärung dürfte

kaum zum Wohlverhalten der getäuschten Kongreßleute beitragen. Sie wissen schließlich besser als sonst wer, was z. B. die "Unabhängigkeit" der Politik Israels wert ist, das bei einer dreistelligen Inflationsrate von einer 2,6-Md.-Dollar-Spritze lebt. Aus dem Umfeld der Kongreßleute nahm die "New York Times" auch die Information, daß von den mit amerikanischen Waffen gefüllten Depots in Honduras modernste Schnellfeuerwaffen an die Contras gelangten.

Mit dem roten Buhmann in Mittelamerika drohend, will die Administration den Kongreß im März/April veranlassen, die Direktlieferungen an die Terroristen wieder aufzunehmen. Sollte sich der Kongreß erneut unzüglich zeigen, wird das Weiße Haus auch das wenig kümmern. Es besitzt ja erprobte Methoden, die Gesetzgeber zu umgehen.

A. ARCHIPOW

New York Eigenbericht



MIT TREMDER STIMME

In Kostarika, an der Grenze zu Nicaragua, hat sich ein neuer Sender gemeldet, der die nikaraguanische Bevölkerung beriesel soll. Getauft wurde er "Radio Kostarika" und installiert unter der Himmelskugel des kostarikanischen Verbandes für Information und Kultur. Das aber ist reine

"NEUE ZEIT" 6.85

JALTA: NICHT REVIDIERBAR

Das Treffen auf der Krim fand statt, als der Kampf gegen Nazideutschland in sein Abschlußstadium trat. Die Konferenz faßte historische Beschlüsse nicht nur über militärische Fragen, sondern auch über die Nachkriegseinrichtung der Welt. Sie zeigte, daß eine wirksame politische Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlichen politischen Systems möglich ist. Jalta, Potsdam und Helsinki sind Marksteine der Zusammen-

arbeit. Jalta war ein Vorbote des Sieges und zugleich sein erstes Ergebnis. Bis heute versucht man im Westen, die Beschlüsse der Konferenz von Jalta zu bestreiten, zu revidieren, umzumodeln. Warum? Untersuchen wir in diesem Sinne den Beginn von 1945, die Beziehungen zwischen den Alliierten, all das, was die großen Drei damals vormerkten, und schließlich die heutigen Kritiker von Jalta.

60 Kilometer vor Berlin

Ende 1944 unternahm die Führung Hitlerdeutschlands einen verzweifelten Versuch, der Niederlage vorzubeugen oder zumindest den Krieg in die Länge zu ziehen. Den deutschen Generalen sagte Hitler am 10. Dezember 1944, es gelte, die Differenzen, die seiner Meinung nach die antifaschistische Koalition zwischen den USA und Großbritannien einerseits und der UdSSR andererseits bereits zerfleischten, zu vertiefen: Dann würde diese ganze künstlich errichtete Front mit einemmal zusammenkrachen.

Im Mörchengrauen des 16. Dezember führten seine Zuhörer Elitetruppen in die letzte große Offensive Deutschlands. Das war an der Westfront, in den Ardennen. Zwei gedeckt konzentrierte deutsche Armeen stürzten auf einige US-Divisionen, durchbrachen die Front an einem 100 km breiten Abschnitt und stießen in wenigen Tagen bis zu 90 km vor. Die deutsche Offensive war für das Oberkommando der USA und Großbritanniens wie übrigens auch für die beiden Hauptstädte ein Schock.

Der Oberbefehlshaber General Eisenhower stellte die Frage vor Roosevelt und Churchill sehr scharf: Erforderlich sei sowjetische Hilfe, d. h. eine Wiederaufnahme der Offensive an der Ostfront. J. W. Stalin gab dem US-Präsidenten und dem britischen Premierminister sein Einverständnis, Eisenhowers Stellvertreter, den Hauptmarschall der Luftstreitkräfte

Tedder, zu empfangen; dieser sollte die Notlage der westlichen Alliierten schündern. Tedder begab sich nach Moskau, die Schlacht an der Westfront tobte inzwischen mit unverminderter Kraft weiter. Am 27. Dezember 1944 machte US-Kriegsminister Stimson nach einem Gespräch mit dem US-Armeestabschef, General Marshall, folgende Aufzeichnung: "Wenn Deutschland uns in dieser Gegenoffensive schlägt und wenn die Russen nicht in Aktion treten, werden wir den ganzen Krieg revidieren müssen: an der deutschen Grenze Verteidigung beziehen, was wir ohne weiteres tun können, und dann soll das amerikanische Volk entscheiden, ob es den Krieg weiterführen will, was die Aufstellung neuer Armeen erforderlich machen wird."

Woher dieser Gedankengang, woher die Befürchtung, die Russen würden nicht "in Aktion treten"? Dem General schlug wohl das Gewissen. Beide Gesprächspartner wußten noch, wie die westlichen Alliierten die Eröffnung der zweiten Front jahrelang hinausgezögert hatten, damit Hitlerdeutschland und seine Satelliten die UdSSR maximal erschöpften. Nun befürchteten sie, die UdSSR könnte es ihren westlichen Alliierten vergelten und dem Feind die Möglichkeit zu einem Gemetzel an der Westfront geben. Übrigens ließ sich Hitler, als er die Offensive in den Ardennen befaßt, gerade von solchen Erwägungen leiten, aber "die Russen traten in Aktion".

Am 6. Januar 1945 schrieb Winston Churchill, nachdem er an der Front gewesen war, an Jossif Stalin: "Im Westen wird schwer gekämpft, und jeden Augenblick könnte sich das Oberkommando vor wichtige Entscheidungen gestellt sehen... Ich wäre dankbar, wenn Sie mir mitteilen können, ob wir mit einer großen russischen Offensive an der Weichselfront oder einem anderen Ort im Januar oder zu jedem anderen Zeitpunkt, den Sie vielleicht zu erwähnen wünschen, rechnen können... Ich betrachte die Angelegenheit als dringlich."

Am 7. Januar antwortete Stalin: "Mit Rücksicht auf die Lage unserer Alliierten an der Westfront hat das Hauptquartier des Obersten Befehlshabers beschlossen, die Vorbereitung in beschleunigtem Tempo abzuschließen und ungeachtet des Wetters spätestens in der zweiten Januarhälfte breit angelegte Offensivoperationen zu beginnen. Sie brauchen nicht zu zweifeln, daß wir alles Mögliche tun werden, um unseren ruhmreichen alliierten Truppen beizustehen."

In einem Schreiben an Stalin vom 9. Januar schrieb Churchill emphatisch: "Mag Ihr hochsinniges Unternehmen von vollem Erfolg gekrönt werden! ... Wir und die Amerikaner werfen alles in die Schlacht, was wir können. Die Nachricht, die Sie mir mitteilen, wird General Eisenhower stark beflügeln."

Vertraulich benachrichtigte Churchill den General über die bevorstehende

sowjetische Offensive. Bezeichnend für die allgemeine Stimmung in Eisenhowers Stab sind folgende Worte von General Strong, Chef der Aufklärung, auf einer Beratung am 11. Januar: "Unglaublich viel hängt davon ab, ob die Russen den Schlag führen. Wir hoffen aufrichtig, daß sie mit ihrer Offensive vor Ende Februar beginnen. Wenn nicht, dann können die Deutschen viele der an der Ostfront eingesetzten Divisionen zurückziehen und gegen uns vorschicken." Braucht man zu sagen, wie die Folgen ausgesehen hätten?

Aber das konnte gar nicht geschehen. Ihr Alliertenpflicht getreu, begann die UdSSR am 12. und 14. Januar 1945 eine Großoffensive. In 23 Tagen stieß die Rote Armee fast 500 km vor, nahm einen Brückenkopf am westlichen Oderufer und stand nun 60 km vor Berlin. Die amerikanischen und britischen Truppen waren 500 km von Berlin entfernt.

Die Befreiung Mittel- und Südosteuropas durch die sowjetischen Truppen war zu dieser Zeit abgeschlossen. Dank den Bemühungen der UdSSR trugen die Waffenstillstandsabkommen mit Rumänien, Finnland, Bulgarien und Ungarn gerechten, demokratischen Charakter. Polen war praktisch ganz, die Tschechoslowakei zu einem Großteil frei.

Operation Argonaut

In der Zeit, die der Konferenz in Jalta vorausging, betrachteten die Spitzpolitiker der Westmächte die Entwicklung schon viel realistischer als ein paar Jahre zuvor. Die Rechnung, die UdSSR würde aus dem Krieg geschwächt hervorgehen, ging nicht auf. Das Oberkommando der US-Streitkräfte kam bereits nach dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad und bei Kursk 1943 zu dem Schluß, daß sich die Kräfte der UdSSR und der USA allmählich anglichen. Am 16. Mai 1944 verwies das Komitee der Vereinten Stabschefs in ihren Empfehlungen für das State Department auf ein "phänomenales Wachstum" der Kriegsmacht der UdSSR. Das Komitee betonte, daß in der Welt nach dem Sieg nur drei Großmächte bleiben würden: die USA, die UdSSR und Großbritannien. Bei einem Konflikt Großbritanniens mit der UdSSR würde "die russische Kriegsmacht, die sie auf diesem" (europäischen) "Kontinent einsetzen könnte, unter den heutigen Verhältnissen so groß sein, daß nicht einmal unsere Einmischung auf Seiten Großbritanniens sie liquidieren würde... Unter den bestehenden Verhältnissen können wir Rußland keine Niederlage beibringen. Mit anderen Worten, wir werden uns in einen Krieg

verwickelt sehen, den wir nicht gewinnen können."

Gewiß, in der realen Situation von Anfang 1945 konnten nur hoffnungslose Projektmacher an eine "Niederlage Rußlands" denken. Der Krieg ging seinem Ende zu, ein Krieg, aus dem die UdSSR als Sieger hervorging. Diese Erwägungen, die die Vereinten Stabschefs kurz vor der Krimkonferenz bestätigten, durchkreuzten die Hoffnungen jener USA-Kreise, die einer Festigung der Antihitlerkoalition entgegenwirkten. Die Erkenntnis, daß Vereinbarungen mit der UdSSR an der Schwelle zu der neuen, friedlichen Zeit lebensnotwendig waren, gewann die Oberhand. Bekanntlich schlug Churchill vor, die Krimkonferenz als Operation Argonaut zu verschließen. Roosevelt stimmte zu: "Sie und ich, wir sind direkte

Siegen der Sowjetischen Streitkräfte entstanden war, richtig sahen, war bestimmt für ein Abkommen über die endgültige Zerschlagung des Hitlerfaschismus und über die Zukunft Europas. Kurz vor der Krimkonferenz wurde die außenpolitische Mission der UdSSR genau formuliert: In Jalta galt es, in erster Linie Probleme zu behandeln, die mit der Befreiung der Völker von der faschistischen Okkupation zusammenhingen. Europas Völker wollten nicht, daß Kräfte erneut die Macht an sich rissen, die am Krieg direkt schuld waren.

Im Palast von Liwadia

Roosevelt und Churchill tauschten am 2. Februar auf Malta ihre Meinungen über



Januar 1945. Sowjetische Panzer rücken in Czestochowa (Polen) ein.

Nachkommen der Argonauten." Über das Schwarze Meer kamen sie, um sowjetische Hilfe zu suchen, wie seinerzeit Jason nach dem goldenen Vlies ausgezogen war. Selbstverständlich hatten die Alliierten der UdSSR deren Hilfe bitter nötig, denn ihre Lage an der Westfront war schwer. Auch brauchten sie das endgültige Ja der UdSSR zum Eintritt in den Krieg gegen Japan.

Die Tatsache, daß die Partner der UdSSR auf der Konferenz das weltweite Kräfteverhältnis, wie es dank den gewaltigen

eine gemeinsame Verhaltenslinie beim bevorstehenden Treffen mit Stalin aus und flogen in der Nacht zum 3. Februar nach der Krim ab. Sie hatten ein riesiges Gefolge: etwa 700 Politiker, Militärs, Berater und Dolmetscher. Am selben Tag landeten die Maschinen mit einem Abstand von 20 Minuten auf dem Flugfeld von Saki. Mit Autos ging es dann nach Jalta. Das Oberhaupt der Sowjetregierung, Stalin, empfing die Gäste in Jalta, wo er zusammen mit seiner Begleitung am Morgen des 4. Februar eingetroffen war.

Die Delegationen wurden in drei Paläste bei Jalta, die die fliehenden Faschisten zufällig nicht zerstört hatten, untergebracht: die US-Delegation in Liwadia, wo die Hauptarbeit der Konferenz



Im Palais Liwadia.

durchgeführt wurde, die Regierungschefs ihre Sitzungen abhielten und die Hauptdokumente unterzeichneten, die britische Delegation im Woronzow-Palais in Alupka und die sowjetische im Jussupow-Palais in Korejis. Zur sowjetischen Delegation, deren Leiter Stalin, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR war, gehörten: Wjatscheslaw Molotow, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; Nikolai Kusnezow, Volkskommissar für Seestreitkräfte; Armeegeneral Alexej Antonow, stellvertretender Chef des Generalstabs; die Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Andrej Wyschinski und Iwan Maiski; Marschall der Luftstreitkräfte Chudjakow, der Botschafter der UdSSR in Großbritannien Gussew und der Botschafter der UdSSR in den USA Gromyko. Auf Stalins Vorschlag führte Roosevelt den Vorsitz auf der Konferenz. Es war seine Weisung, keine Pressevertreter zuzulassen und das Fotografieren nur einer kleinen Gruppe von Militärs zu gestatten.

Am 4. Februar wurde die historische Konferenz der großen Drei im Liwadia-Palais eröffnet. Sie dauerte bis zum 11. Februar. Abschließend nahm die Konferenz ein Kommuniqué an, worin die Übereinkunft der drei Großmächte über folgende Fragen fixiert wurde:

- Zerschlagung Nazideutschlands; Okkupation Deutschlands und alliierte Kontrolle über das Land; deutsche Reparationen;
- Konferenz der Vereinten Nationen;
- Deklaration über das befreite Europa;
- Über Polen;
- Über Jugoslawien;
- Außenministerberatung;
- Einheit bei der Einrichtung der Welt wie auch bei der Kriegsführung.

zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören, die gesamte deutsche Industrie, die für die Rüstungsproduktion benutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu nehmen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen, ... die Nazipartei, die nazistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen; alle nazistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten..."

Es wurde beschlossen, daß die Streitkräfte jeder der drei Mächte ihre Zonen in Deutschland besetzen würden, um die Forderungen der bedingungslosen Kapitulation durchzusetzen. Vorgesehen war ferner eine koordinierte alliierte Verwaltung und Kontrolle, zu verwirklichen durch ein eigens dazu zu gründendes Kontrollorgan (mit Sitz in Berlin), dem die Oberbefehlshaber der drei Mächte angehören sollten. Frankreich werde aufgefordert, eine Okkupationszone zu übernehmen und als vierter Mitglied besagten Kontrollorgans zu fungieren.

Weiter faßte die Krimkonferenz den Beschuß, gemeinsam mit den anderen friedliebenden Staaten eine umfassende internationale Organisation zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zu gründen. Es wurde vereinbart, am 25. April 1945 eine Konferenz der Vereinten Nationen nach San Francisco einzuberufen, um die Satzung der internationalen Organisation gemäß den während der inoffiziellen Verhandlungen in Dumbarton Oaks ausgearbeiteten Prinzipien vorzubereiten.

In Jalta wurde die Deklaration über das befreite Europa angenommen. Darin betonten die alliierten Mächte ihr Streben, ihr Vorgehen bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des befreiten Europa zu koordinieren. So hieß es in der Deklaration: "Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise geschehen, die es den befreiten Völkern gestattet, die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen." Im Einklang mit dem Recht aller Völker, die

Das Kommuniqué der Krimkonferenz wurde am 13. Februar veröffentlicht.

Sich die Beschlüsse von Jalta zu vergegenwärtigen, ist heute besonders wichtig, weil die reaktionäre Geschichtsschreibung und Propaganda noch immer versuchen, dem Publikum als "Beschlüsse von Jalta" etwas unterzubringen, wovon in Jalta gar nicht die Rede war. So wird schon seit Jahren behauptet, dort seien Abkommen über die Aufteilung von Einflußsphären, eine Aufteilung Europas u. ä. angenommen worden. Wer diese Fälschungen anfertigt, sollte den Wortlaut der am 4.—11. Februar gefaßten Beschlüsse aufmerksamer lesen, um bis zu ihrem Sinn vorzudringen. Erstens räumten die Jalta-Beschlüsse den Plänen gemeinsamer Kriegsaktionen gegen Deutschland und seiner Behandlung nach bedingungsloser Kapitulation viel Platz ein. Im Kommuniqué wurde betont: Völlig vereinbart und genau geplant waren die Termine, die Ausmaße und die Koordinierung neuer, noch wuchtigerer Schläge, die gegen Deutschland geführt werden sollten. Wie der britische Journalist A. Werth schrieb, beeindruckte es die westlichen Beobachter sehr, daß Stalin während der ganzen Krimkonferenz den Kriegsverlauf aufmerksam verfolgte und seinen Obliegenheiten als Oberster Befehlshaber zwischen Mitternacht und 5 Uhr morgens nachging.

Die drei alliierten Mächte erklärten feierlich: "Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind fest entschlossen, alle deutschen Streitkräfte

eigene Regierungsform frei zu wählen, mußte die Wiederherstellung der souveränen Rechte und der Selbstverwaltung der Völker gewährleistet werden, die durch die aggressiven Nationen gewaltsam um dieses Recht gebracht worden waren. In der Deklaration bekräftigten die drei Mächte auch ihre Entschlossenheit, zusammen mit den anderen friedliebenden Nationen eine völkerrechtliche Ordnung herbeizuführen, die dem Frieden, der Sicherheit, der Freiheit und dem allgemeinen Wohlergehen der Menschheit entsprach.

Zur Frage Polens wurde im Kommuniqué "der allgemeine Wunsch" zum Ausdruck gebracht, "ein starkes, freies, unabhängiges und demokratisches Polen errichtet zu sehen". Über die Grenzen Polens wurde folgender Beschuß gefaßt: "Nach den drei Regierungschefs wird die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten 5-8 km zugunsten Polens davon abweichen wird. Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden

vorgehoben, daß der UdSSR nach dem Krieg der Südteil von Sachalin und alle daran angrenzenden Inseln zurückgegeben sowie die Kurilen übereignet werden sollen.

Urteile

Worin sahen die Konferenzteilnehmer das Wesen der Jalta-Beschlüsse?

Die "Prawda" vom 13. Februar 1945 schrieb in einem redaktionellen Artikel: "Die Krimkonferenz wird in die Geschichte des Befreiungskrieges gegen die faschistischen deutschen Eindringlinge als historische Demonstration des engen militärischen Zusammenwirkens der demokratischen Großmächte in einem Stadium, da der Krieg sich schon seinem Ende nähert, eingehen."

Bald nachdem Churchill nach England zurückgekehrt war, sagte er bei der Eröffnung der Diskussion über die Jalta-Beschlüsse im Unterhaus am 27. Februar 1945: "Die Krimkonferenz zeugt davon, daß die Alliierten sowohl in militärischen als auch in politischen Fragen einig sind wie noch nie... Von Jalta und von allen

ihrem Wort dafür einstehen. Ich kenne keine andere Regierung, die ihren Verpflichtungen ebenso genau nachkäme, wie die Sowjetregierung Rußlands es tut, selbst wenn ihr das zum Nachteil gereicht." Einstimmig unterstützte das Parlament Churchills Urteil über die Krimkonferenz.

Am 1. März 1945 sprach Franklin Delano Roosevelt auf einer vereinten Sitzung des US-Kongresses. Er sagte u. a.: "Ich bin überzeugt, daß der Kongreß und das amerikanische Volk die Ergebnisse dieser Konferenz aufnehmen als den Beginn der Schaffung einer beständigen Weltstruktur, auf der wir mit Gott jene bessere Welt aufbauen können, in der unsere Kinder und Enkel, Ihre und meine, die Kinder und Enkel in der ganzen Welt, leben müssen und leben werden." Roosevelt schätzte die gefaßten Beschlüsse besonders deshalb, weil sie "den Interessensphären, Kräfteausgleichen und sonstigen Manövern, die seit Jahrhunderten praktiziert wurden und die stets scheiterten", ein Ende setzten.

Die demokratische Öffentlichkeit der ganzen Welt billigte die Jalta-Beschlüsse. Doch gab es auch mißbilligende Stimmen. Der britische Außenminister Anthony Eden wies direkt auf jene hin, die ihre "Besorgnis" im Zusammenhang mit Jalta äußerten. "Soviel ich weiß", sagte er am 1. März 1945 vor dem Parlament, "war Goebbels am meisten besorgt. Wenn sich die Parlamentsmitglieder die Mühe nehmen, Goebbels' Geschreibsel nach den Jalta-Abkommen zu lesen, werden sie das in Jalta Erzielte ermessen."

Ja, in der "Götterdämmerung" des "Dritten Reichs" löste die Einheit der Ziele der UdSSR, der USA und Großbritanniens, die sich in Jalta offenbarte, unter den faschistischen Rädelführern Panik aus.

Später verbrauchten die Kritiker Jaltas im Westen nicht wenig Tinte, um zu beweisen, daß Roosevelt und Churchill der UdSSR gewisse "Zugeständnisse" gemacht hätten, darunter in puncto Okkupationszonen. Ihnen entgegnete Averell Harriman, Teilnehmer der Jalta-Konferenz: "Das Zonen-Abkommen wurde von unseren Stabschefs zum Zeitpunkt seiner Bestätigung als sehr vorteilhaft betrachtet. Sie glaubten, daß die Russen viel früher in Deutschland einrücken und wir nicht so weit vorrücken würden, wie das in Wirklichkeit war."

Was das Abkommen über die Bedingungen des Eintritts der UdSSR in den Krieg gegen Japan betrifft, ein Abkommen, das die Rückführung Südsachalins

"Die Sicherheit Polens und der Frieden auf unserem Kontinent sind zwei untrennbare Begriffe. Unsere historischen Erfahrungen, unsere Stellung im Europa nach dem Krieg und in der sozialistischen Gemeinschaft verleihen der Position Polens ein besonderes politisches und moralisches Gewicht.

Die Führungskreise der USA treiben ein immer riskanteres Spiel. Die Weltherrschaft anstrebt, sehen sie in Europa eine Geisel und in Polen eine der wichtigsten Zielscheiben des antikommunistischen 'Kreuzzuges'.

Aber die Geschichte ist nicht zum Krebsgang zu zwingen. Das gelang nie, weder global noch im Rahmen unseres Landes. Das wird auch diesmal nicht gelingen.

Die gegenwärtige US-Administration hat das polnische Volk um Milliarden Dollar beraubt. Sie hat Millionen Wörter über die Angelegenheiten Polens verloren. Doch findet sie, will sie kein einziges Wort finden, um die Unantastbarkeit unserer Grenzen zu bestätigen, die Revanchistenpläne zu verurteilen und die Revanchistenerklärungen anzuprangern.

Das ist die unumstößliche Logik der amerikanischen, atlantischen antipolnischen Politik. Den Leuten, die den Frieden Europas verminnen wollen, steht ein starkes und stabiles Polen im Weg. Wer die Jalta-Abkommen in Zweifel zieht, verneint im Grunde die polnische Zugehörigkeit von Gdańsk, Wrocław, Szczecin. Das ist keine Simplifizierung. Das ist eine Binsenwahrheit."

Wojciech Jaruzelski, 1. September 1984.

und Westen erhalten muß."

Außerdem wurde auf der Konferenz ein Abkommen der drei Großmächte über Fragen des Fernen Ostens angenommen. Es sah den Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan vor. Darin wurde u. a. her-

anderen Kontakten, die ich unterhielt, habe ich den Eindruck, daß Marschall Stalin und die sowjetischen Spitzenpolitiker mit den westlichen Demokratien in ehrenhafter Freundschaft und Gleichheit leben wollen. Ich meine auch, daß sie mit

und die Übergabe der Kurilen an die UdSSR vorsah, so betonte Harriman: "Es bestand die große Gefahr, daß die UdSSR abwarten würde, bis wir um den Preis gewaltiger amerikanischer Verluste Japan in die Knie gezwungen haben."

Doch der UdSSR waren solche Berechnungen wesensfremd. Sie kam nur ihren Alliertenpflichten genau nach.

Jalta war ein Beweis für die Fruchtbarkeit der gleichberechtigten Zusammenarbeit in Fragen von Krieg und Frieden.

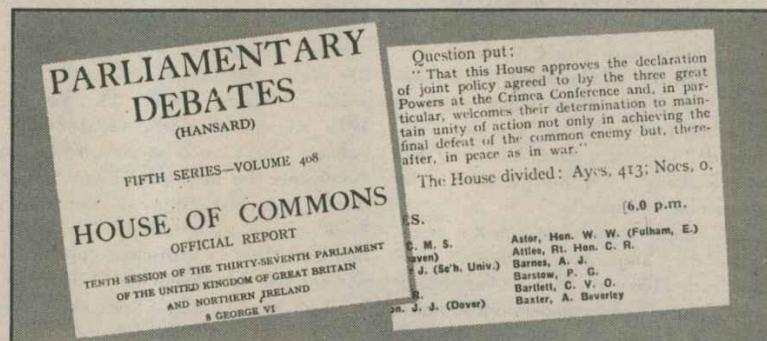
Bald nach dem zweiten Weltkrieg, der in der Weltlage und im internationalen Kräfteverhältnis grundlegende Veränderungen zugunsten des Sozialismus, der internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung sowie der nationalen Befreiungsrevolutionen bewirkte, entfesselten die herrschenden reaktionären Kreise des Westens den kalten Krieg gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Sie hofften, das Erstarken des Sozialismus und seines Einflusses in der Welt zu verhindern. Ein Tribut an die Politik des kalten Krieges war die Kampagne gegen die Jalta-Beschlüsse, die die westlichen imperialistischen Kreise starteten. Die Angriffe dieser Kreise auf Jalta reißen bis heute nicht ab. Am 17. August 1984 bestand US-Präsident Reagan in Washington darauf, daß die USA "jede Deutung der Jalta-Abkommen, die ein amerikanisches Ja zur Aufteilung Europas in Einflußsphären voraussetzt, ablehnt".

Am 2. Januar d. J. brachte die (West) "Berliner Morgenpost" Reagans Botschaft "An alle Berliner", worin der Präsident befont: "Auch heute sind die (westlichen) "Alliierten die Beschützer Berlins. Im weiteren Sinne des Wortes sind sie auch die Beschützer der deutschen Nation. Sie befinden sich in Berlin als Schutz und als Mahnung daran, daß die tragische Spaltung Deutschlands und Europas nicht unabänderlich ist." Was meint Reagan damit? Vor wem will er die deutsche Nation "schützen"? Es ist ja bekannt, daß nicht die UdSSR, sondern die USA in Teheran und Jalta für eine Aufgliederung Deutschlands eintraten. Nicht die UdSSR, sondern die USA schlügen 1945 vor, aus Deutschland ein "Kartoffelfeld" zu machen.

Sobald sich die Reagan-Administration den Jalta-Abkommen zuwendet, meldet sich auch Zbigniew Brzezinski zu Wort. Im letzten Heft der soliden Zeitschrift "Foreign Affairs" (Winterausgabe 1984/85) schrieb er: "In nur 10 Jahren wird Jalta seine 50. Wiederkehr erleben. Unser" (des Westens) "gemeinsames Ziel muß

darin bestehen, bis dahin politische und militärische Voraussetzungen zu schaffen, die, statt die Teilung Europas zu verewigen, ... Bedingungen für eine friedliche Demontage Jaltas herbeiführen."

Polen in Deutschlands Händen zum endgültigen Untergang verurteilt gewesen. Nicht nur Polen als Staat, sondern auch die Polen als Volk waren von Hitler zur Liquidierung bzw. Versklavung ver-



Im britischen Parlament, vor dem Reagan im Juni 1982 seinen "Kreuzzug" gegen den Sozialismus verkündet hat, fand vor beinahe 40 Jahren, am 1. März 1945, nach dreitägigen Diskussionen die Abstimmung über die Ergebnisse der Konferenz von Jalta statt. Das Parlament nahm folgende Resolution an: "Das Unterhaus billigt die Erklärung der drei Großmächte über die auf der Krimkonferenz formulierten gemeinsame Politik und begrüßt besonders ihre Entschlossenheit, die Aktionseinheit zu bewahren, um sowohl dem gemeinsamen Feind die endgültige Niederlage beizubringen als auch um die Einheit der Kriegszeit in der Nachkriegszeit aufrechtzuerhalten." Dafür wurden 413, dagegen 0 Stimmen abgegeben.

Und hier sein Schema: "Der Westen muß die Teilung Europas öffentlich ablehnen und sich zu einem wiederhergestellten Europa bekennen." Der Weg dazu: mit einer Lage Schluß zu machen, in der "nur die USA" die "Wühlarbeit der Dissidenten" in den osteuropäischen Ländern unterstützen. Brzezinski fordert dazu auf, die westeuropäischen Staaten zu dieser Tätigkeit, d. h. zur Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, aktiver heranzuziehen, konkret ausgedrückt, "ein gut finanziertes französisch-britisch-deutsch-italienisches Konsortium (Fonds des Europa nach Jalta) zu schaffen, um den osteuropäischen Bemühungen um eine friedliche Befreiung Osteuropas Nachdruck zu verleihen."

Brzezinskis Sorgenkind Nr. 1 ist selbstverständlich Polen. In jenem Krieg mußte das Land schwere Prüfungen bestehen. "Ohne die ungeheuerlichen Anstrengungen und Opfer Rußlands wäre

dammt." Das sagte Churchill im Parlament, als er die Gerechtigkeit der Jalta-Beschlüsse über Polen begründete. Dafür, daß Polen und die anderen europäischen Länder frei leben und gedeihen können, kämpfte die UdSSR im zweiten Weltkrieg. Ihr ging es nicht um "Einflußsphären". Dieser Realität — dem Bestehen der Länder Ost- und Südosteuropas im Rahmen des sozialistischen Systems — kann kein Kritiker Jaltas etwas anhaben.

Brzezinskis Kommentar ist bereit ge- nug: Er bezeugt, daß die Jalta-Beschlüsse bis heute jenen ein Greuel sind, die das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten. Leider ist ihre Zahl noch groß. Darüber berichten im nachstehenden unsere Korrespondenten.

London

Schon lange vor dem Jahrestag Jaltas verabreichte das britische Fernsehen der eigenen Regierung Churchill eine Tracht verbaler Prügel wegen ihrer "Fehler" am Kriegsausgang. Der Gedanke, daß die westlichen Teilnehmer der Jalta-Abkommen bei deren Unterzeichnung einen "Fehler" gemacht haben sollen, zieht sich wie ein roter Faden fast durch alle bürgerlichen Kommentare in diesen Tagen. Der Grund ist einfach. Sowohl die Autoren solcher Kommentare als auch ihre Brötchengeber wollen den Engländern einreden, der Sozialismus habe in Osteuropa gesiegt, nur weil Churchill und Roosevelt so "nachgiebig" gewesen seien.

Aber selbst eingefleischte Gegner des Sozialismus in England müssen zugeben, daß eine Rückkehr Europas zur Vor- kriegszeit unmöglich ist. Mit einem tiefen

Seufzer konstatiert der "Economist" (London): "Am wahrscheinlichsten ist, daß keine nennenswerten Veränderungen eintreten... und daß die mitten durch Europa verlaufende Linie nach wie vor die beiden unvereinbaren politischen Philosophien voneinander trennen wird."

Immerhin erwärmt der Gedanke an eine "Aufweichung" der sozialistischen Gemeinschaft den britischen herrschenden Kreisen das Herz. Noch ein Zitat aus dem "Economist": "Für die BRD bedeutet das eine aktive Kreditierung der DDR...; für Polen bedeutet das ein Junktim zwischen dem Einverständnis des Westens zu einer Umschuldung und einigen Maßnahmen der politischen Liberalisierung." Noch unverblümter ist die BBC-Sendung "News Night": "Vor allem braucht der Westen aktiver Kontakte zu den osteuropäischen Ländern, um die dortige Entwicklung indirekt zu beeinflussen. Jedes osteuropäische Land ist individuell zu behandeln, wobei man die dortigen religiösen, nationalistischen und sonstigen Tendenzen benutzen und ermuntern muß." Das Endziel all dieser Übungen in der Wühltätigkeit gegen die sozialistische Welt wurde ebenfalls vom "Economist"

und Presseleuten findet man kein Wort von der Rolle der UdSSR im Sieg über den Faschismus.

Gerechtigkeitshalber sei gesagt, daß bei weitem nicht alle Engländer den Tories bei den Versuchen folgen, die Vergangenheit umzumodeln. Die Teilnehmer der Konvois nach Murmansk wollen den Seite an Seite mit dem Sowjetvolk geführten Kampf gegen den Faschismus nicht vergessen. Die Jugend durchbricht den dichten Nebel der antisowjetischen Lügen, um die Wahrheit über unser Land zu erfahren. Eine Reihe objektiver Historiker wendet sich offen gegen Fälschungen oder das Totschweigen der historischen Rolle der UdSSR im zweiten Weltkrieg.

Ich bat im Namen der "Neuen Zeit" Dr. Hugh Macdonald, einen namhaften britischen Völkerrechtler, der an der Londoner School of Economics unterrichtet, um seine Einschätzung der historischen Rolle der Krimkonferenz.

"Sie wurde einberufen, um einige dringende politische Fragen zu regeln, die sich aus der erfolgreichen Kampagne der Alliierten gegen die 'Achsenmächte' ergaben. Außerdem sei hervorgehoben, daß die Erfolge an der Front nur dank der riesigen Stärke der Sowjetarmee, ihren gigantischen Anstrengungen bei der Durchkreuzung der Offensive der Nazis und bei deren Zurückwerfen westwärts möglich wurden. Ohne das heldenhafte Vorgehen der Sowjetarmee hätten die Verbündeten der UdSSR aus der Antihitlerkoalition nicht die zweite Front erfolgreich eröffnen können, davon bin ich überzeugt.

Die Beschlüsse der Konferenz von Jalta beeinflussen die internationalen Beziehungen in Europa auch heute hochgradig. In Jalta begann man mit der Nachkriegsregelung. Doch sollten die Historiker, die den Beschlüssen von Jalta Unvollkommenheit vorwerfen, nicht vergessen, daß die Konferenz nur ein Teilschritt war, wenn auch ein sehr wichtiger. Die Gründe für die heutigen Diskrepanzen sind nicht in Jalta und nicht in Potsdam zu suchen, denn sie sind erst nach dem Krieg aufgekommen.

Die USA und Großbritannien sahen sich in Jalta genötigt, der Forderung der UdSSR nachzukommen und unverzüglich mit der Diskussion über einige Grundfragen von Europas Zukunft nach der Niederlage Hitlerdeutschlands zu beginnen. Zugleich bin ich absolut nicht mit dem Argument einverstanden, die

westlichen Teilnehmer der Krimkonferenz hätten vor der UdSSR 'kapituliert'. Jalta war eine Etappe auf dem Wege dazu, was damals als eine schwierige, aber steuerbare Herstellung der harmonischen politischen Beziehungen zwischen den Großmächten betrachtet wurde und übrigens auch jetzt betrachtet wird.

Einige Leute nehmen die Jalta-Beschlüsse zum Vorwand, um die Ergebnisse der Nachkriegsregelung zu revidieren. Dabei läßt man den wichtigen Umstand außer acht, daß die Konferenz von Jalta zur Stabilisierung Europas und dazu beitrug, daß auf unserem Kontinent schon seit 40 Jahren Frieden herrscht. Alles in allem haben sich die Konferenzteilnehmer bis jetzt an die damals erzielten Vereinbarungen strikt gehalten und sie nicht bestritten.

In diesem Sinne würde ich sogar eine direkte Parallele zwischen Jalta und Helsinki ziehen. In der finnischen Hauptstadt wurden 1975 die wichtigsten Vereinbarungen von Jalta bestätigt. Ohne Jalta hätte es kein Helsinki gegeben.

Ich bin nicht der Meinung, Jalta habe den ideologischen Aspekt des kalten Krieges hervorgerufen. Auch wende ich mich gegen Versuche, Jalta zu benutzen, um einen Keil zwischen die UdSSR und die osteuropäischen Länder zu treiben. Im Grunde bedeutet ein solches Handeln, daß der Westen sich im Recht wähnt, die in Osteuropa bestehende soziale Struktur zu revidieren. Entsprechen denn die Beziehungen im NATO-Rahmen oder die Beziehungen Westeuropas als Ganzes zu den USA so restlos dem Geist von Jalta? Das wäre eine zumindest einseitige Auslegung der Geschichte.

Meines Erachtens lehrt uns Jalta gerade das Gegenteil. Die Konferenz, deren 40jähriges Jubiläum wir begehen, demonstriert die Möglichkeit flexiblerer Ost-West-Beziehungen. Darin liegt für mich die Quintessenz dieses Treffens, die von den heutigen Politikern nicht vergessen werden darf."

Paris

Bestimmte Kreise, die unter der Flagge des Kampfes gegen die "Spaltung" Europas segeln, reden von einer "Überwindung des Jalta-Rahmens". Was steckt hinter diesem Slogan? Der Sozialist Claude Cheysson, Ex-Außenminister Frankreichs, erklärte wiederholt: Den Jalta-Rahmen zu überwinden, bedeutet, eine Änderung der Gesellschaftsordnung in den sozialistischen Ländern anzustreben. Allerdings läßt er durchscheinen,



US-Präsident Roosevelt berichtet dem Kongreß am 1. März 1945 über die Ergebnisse von Jalta. Vierzig Jahre später ist ein anderer US-Präsident, Reagan, mit seinem großen Vorgänger nicht einverstanden.

formuliert: Die Zeitschrift gab ihrer Hoffnung auf radikale Änderungen in Osteuropa und in der UdSSR selbst Ausdruck.

Inzwischen tun die britischen Behörden nicht wenig, um jede Spur von Sympathie mit den Völkern der sozialistischen Länder, vor allem der UdSSR, auszumerzen. In den Erklärungen von Politikern

es handele sich nicht um eine rechtliche Veränderung der Grenzen, sondern um eine "Überwindung der Zersplitterung" der Europäer. Auf welche Weise man

Jahrhundert dreimal Opfer der deutschen Aggression war.

Dabei wurden in den letzten Jahren nicht ohne Dazutun von Paris die Ver-

militärisch ist, immer unheilschwerere Züge an. Niemand will selbstverständlich Frankreich gegen die BRD ausspielen. Doch wäre es ein gefährlicher Irrtum, angesichts der revanchistischen Ansprüche, die am anderen Ufer des Rheins anwachsen, die Augen zu verschließen und den "Geist von München" wieder ins Leben zu holen.

Победа в этой войне и образование предполагаемой международной организации предоставят самую большую возможность во всей истории человечества для создания в ближайшие годы важнейших условий такого мира.

Winston Churchill
Frankreich
H. G. Böll

Der letzte Absatz des gemeinsamen Schlußdokuments der Krimkonferenz, das Churchill, Roosevelt und Stalin am 11. Februar 1945 unterzeichneten: "Der Sieg in diesem Krieg und die Gründung einer in Aussicht genommenen internationalen Organisation geben die günstigste Gelegenheit in der ganzen Geschichte der Menschheit, in den nächsten Jahren die Hauptvoraussetzungen für einen solchen Frieden zu schaffen."

diese zu "überwinden" gedenkt, präzisiert der Ex-Minister nicht. In einem Dokument der regierenden sozialistischen Partei (PS), das auf dem letzten Kongreß in Bourg-en-Bresse (1983) gebilligt wurde, heißt es schwarz auf weiß, es sei wünschenswert, "Jalta zu überwinden". Denselben Gedanken spinnt der für internationale Fragen zuständige PS-Landessekretär Huntzinger in einem Artikel, den "Le Monde" vor kurzem brachte, weiter. Er behauptet sogar, die Sicherheit in Europa sei ohne die Überwindung des "starren Jalta-Systems" unmöglich.

Das Gefasel über einen "Auszug aus Jalta" bedeutet eine Infragestellung der politischen und territorialen Realitäten der Nachkriegszeit, eine Untergrabung der Stabilität in Europa. Liegt es Frankreich denn daran?

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurden einer Wiedergeburt des deutschen Militarismus Hindernisse in den Weg gelegt. Es lohnt sich vielleicht, daran zu erinnern, daß Frankreich in nur einem

suche aktiviert, eine militärische Allianz in Westeuropa, eine Art Annex zum aggressiven NATO-Block, zusammenzimmern. Diesen Kurs, der unter dem Deckmantel einer "französisch-deutschen Annäherung" gesteuert wird, will man mit wenig überzeugenden Berufungen auf die ausgeklügelte "neutralistische Drift" Westdeutschlands verbrämen. Von welchem "Neutralismus" kann man hier reden, wenn auf westdeutschem Boden Hunderte neue nukleare US-Raketen stationiert werden? Die "Annäherung" von Paris und Bonn nimmt, da sie

Jetzt, zum 40jährigen Jubiläum Jaltas, reden die CDU/CSU-Politiker immer hartnäckiger von einer "Spaltung Europas", die angeblich von der Gipfelkonferenz der Antihitlerkoalition auf der Krim eingeleitet wurde. Daher die Losungen: "Die Teilung Europas überwinden" bzw. "Jalta überwinden". Die deutsche Frage, die als "offen" hingestellt wird, könne angeblich nur im "europäischen Rahmen" gelöst werden, eine "neue Regelung" in Europa sei aber ohne ein "wiedervereinigtes Deutschland" unmöglich zu erreichen.

Aber was für ein "vereintes" Europa schwebt den Leuten am Rhein vor? "Freiheit ist die Bedingung der Einheit", sagt Bundeskanzler Kohl. Doch wir wissen: In der Sprache der Bonner Politiker ist Freiheit das andere Wort für das kapitalistische gesellschaftliche und poli-

40 Jahre nach der Zerschlagung des "Dritten Reiches" verbreitet die BRD-Regierung diese Landkarte.



tische System. Somit liegt das Ziel des verleumderischen Feldzuges gegen Jalta, in den Bonn seine Bündnispartner einzubeziehen sucht, darin, in den Ländern Mittel- und Südosteuropas, vor allem selbstverständlich in der DDR, die sozialistische Ordnung zu liquidieren. Nicht weniger und nicht mehr! Ottfried Hennig, Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, sieht das "wirkliche Problem" im Bestehen der "kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden". Ein "wiedervereinigtes Deutschland" sei außerdem in die EG zu "integrieren" und müsse eine "Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt", haben.

Immer häufiger tun die Bonner Politiker dabei, als wäre die Frage der Grenzen für sie belanglos. In einem Interview für "Die Welt" sagte Dregger, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, wichtiger als die Grenzfrage sei die Freiheitsfrage. Von der Richtigkeit ihrer Politik will die CDU/CSU-Führung auch die harten Anführer von Revanchistenbünden überzeugen, die immer noch nicht kapieren, daß man zuerst die "Freiheit" erringen muß und erst dann die europäische Landkarte umschneidern darf. Die Revanchisten haben die umgekehrte Gedankenfolge: erst fremde Länder erobern und dann dort die eigenen Zustände einführen. Die Strauß-Lösung "Ein freies Schlesien in einem freien Europa" ist ja dazu da, die Gebietsansprüche zu maskieren. Daß aber solche Ansprüche weiterbestehen, bestätigte der schon erwähnte Dregger, als er auf die Frage nach Schlesiens Zukunft

antwortete: "Es wird nicht wieder so sein, wie es vor 1945 war. Aber ich denke, es wird auch nicht so bleiben, wie es zur Zeit ist."

Nach Unterstützung für seine antikommunistische und revanchistische Konzeption der "Oberwindung der Teilung Europas" sucht Bonn vor allem bei seinem Seniorpartner, den USA. Am Rhein fühlte man sich offensichtlich ermuntert, als führende US-Politiker Erklärungen abgaben, die die Jalta-Beschlüsse über die Prinzipien der Nachkriegsregelung in Europa in Frage stellen. "Wir nehmen die Teilung Europas nicht als dauerhaft hin": Die Aufnahme dieses provokatorischen Satzes in die gemeinsame amerikanisch-westdeutsche Erklärung, die nach Kohls jüngster US-Reise abgegeben wurde, bucht Bonn als aktiven Posten für sich.

Gegenwärtig ist die BRD der größte nukleare Stützpunkt der USA. Auf ihrem Boden werden die Erstschlagswaffen Pershing 2 und Cruise Missiles stationiert. Auch die Bundeswehr setzt neue Muskeln an. Sie hat es durchgesetzt, daß das Verbot für die BRD, Fernraketen und strategische Bomber zu produzieren, aufgehoben wurde. Die hemmungslose Militarisierung der BRD steht in schroffem Kontrast zu den Beschlüssen der Krimkonferenz der führenden Politiker der Länder

Entgegen den Krim-Beschlüssen predigt man in der BRD heute den Revanchismus und pflegt die Nazitraditionen. Altnazis sorgen für den Nachwuchs.

Aus: "Stern" (BRD)

der Antihitlerkoalition, die es als ihr Ziel verkündeten, "dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören".

Somit wird die Gefahr für den europäischen Frieden nicht durch die vielzitierte "Teilung" des Kontinents heraufbeschworen. Sie ergibt sich aus dem von den NATO-Ländern entfesselten Wettrüsten, aus den Aufforderungen zur Veränderung der territorial-politischen Realitäten des heutigen Europa.

Wien

Dr. Fritz Hanacik, Generalsekretär der Österreichischen Vereinigung Demokratischer Juristen, sagte in einem Interview für die "Neue Zeit":

"Meines Erachtens ist die Konferenz von Jalta wie auch die Vereinigung der Alliierten überhaupt eine deutliche Lehre der Geschichte. Es stimmt, daß die westlichen Regierungskreise sie in den Wind schlugen, indem sie die Verbindungen zwischen den Hauptteilnehmern des antifaschistischen Kampfes abbrachen und den gefährlichen Weg des kalten Krieges einschlugen. In den letzten Jahren werden plump Versuche unternommen, Geist und Buchstaben der interalliierten Konferenzen zu falsifizieren. Ich meine nicht nur Jalta. Man darf auch Teheran und Potsdam nicht vergessen. Es erscheinen sogenannte Dokumentarberichte, ganze Ströme von Memoiren, Bücher und Monographien mit Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, 'Augenzeugenberichte'. Offen gesagt, kann uns Europäer kaum noch etwas verwundern. Selbst der 'Stern' ließ sich mit den 'echten' Hitlerfotobüchern um den Finger wickeln. In Wirklichkeit waren sie ein gutes Stück Arbeit erstklassiger Gauner, die sich als gar nicht üble Historiker zeigten, noch dazu als Leute mit feinem Gespür für die Wünsche des Kunden."

Was Österreich angeht, verankerte die Konferenz von Jalta das auf dem Moskauer Außenministertreffen 1943 erzielte Abkommen über einen freien und unabhängigen mitteleuropäischen Staat. Die Hoffnung auf den Frieden wurde unserem Volk gegeben, als im Lande Hunger und Zerrüttung herrschten, und das hat sich den Österreichern für immer eingeprägt. Die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Österreich werden wohl in vieler Hinsicht dadurch bestimmt.

Als ich von den Vorbereitungen auf die 'Sternenkriege' hörte und wenn ich heute Zeitungen lese, möchte





ich sehr, daß gewisse Spitzenpolitiker die Schlußworte der vor 40 Jahren in Jalta angenommenen Deklaration über das befreite Europa noch einmal lesen — wenn sie es überhaupt je getan haben."

Tokio

"Sterilisierung der Geschichte": Diese Worte veranschaulichen am besten das Wesen der sich in Japan ausbreitenden Revision von Ursachen und Lehren der nationalen Katastrophe von 1945. Trotz der Proteste der Öffentlichkeit in Japan selbst und in Ländern, die dem Samurai-Terror zum Opfer fielen, werden die Geschichtslehrbücher noch immer umgedeutet. Filme werden gedreht, die die Leute, die Millionen in den Tod getrieben haben, als "falsch verstandene Romantiker" und "Retter der Nation" verherrlichen. Solide sein solltende Zeitschriften wie Porno-Magazine veröffentlichen von Woche zu Woche, von Heft zu Heft Erinnerungen, Tagebücher und "Archivalien", in denen das Unbeweisbare bewiesen werden soll.

Die "Sterilisierung der Geschichte" wird nicht nur im Hinblick auf die Vergangenheit praktiziert, sie ist vielmehr aufs engste mit der Gegenwart verbunden und dazu bestimmt, Japans Zukunft zu beeinflussen. Diesen Gedanken hat man beim Lesen von Schriften über die Konferenz von Jalta von 1945. Was die Vergangenheit betrifft, verdrehen zahlreiche Artikel die Ursachen der von der UdSSR in Jalta übernommenen Verpflichtung, in den Krieg im Fernen Osten einzutreten, und behaupten, dieser Schritt

Japans "Selbstverteidigungskräfte" heute: Tokio kümmert sich wenig darum, daß das Land laut Verfassung keine Armee haben darf.

Aus: "Japananalysis" (Japan)

sei "rechtswidrig" gewesen. Dabei dürfte klar sein, daß die Jalta-Beschlüsse eine Weiterentwicklung der allgemeinen Prinzipien der Japanpolitik der antifaschistischen Koalition waren, die am 1. Dezember 1943 in der Kairoer Deklaration der USA, Großbritanniens und Chinas formuliert waren: Japan sei von allen Territorien, die es durch Aggression an sich gebracht habe, zu vertreiben.

"Japan hat die UdSSR nie überfallen. Das Gegenteil war der Fall", behauptet der Schriftsteller Michio Takeyama in der Zeitschrift "Seiron" (Tokio). Ein reißerischer, aber verlogener Satz. Es ist Fakt, daß die japanischen Militaristen die UdSSR in den 20er und 30er Jahren wiederholt angegriffen und daß an der Grenze der UdSSR und der von den Japanern okkupierten Mandschurei immer wieder bewaffnete Provokationen verübt wurden. Die Welt hat den japanischen Vorstoß ins sowjetische Territorium beim Chassan-See 1938 nicht vergessen. Erinnert sei ferner an Japans Teilnahme am Antikominternpakt, an seine energische Vorbereitung auf einen Krieg gegen die UdSSR in der für unser Land äußerst schweren Zeit der Offensive der faschistischen deutschen Truppen. In Verletzung des sowjetisch-japanischen Neutralitätspaktes wurden 1941 in der Mandschurei, längs der Grenze zur UdSSR, über eine Million japanische Soldaten und Offiziere, über 1000 Panzer

und 1500 Flugzeuge konzentriert. Es war bei weitem kein Zufall, daß die sowjetische Truppenführung im Fernen Osten 15–30% der im Westen so notwendigen Kräfte halten mußte. Und schließlich ist bekannt, daß die Sowjetregierung den Neutralitätspakt gemäß den Völkerrechtsnormen am 5. April 1945, vier Monate bevor sie Japan den Krieg erklärte, kündigte.

Die Versuche, die Jalta-Beschlüsse zu revidieren, werden heute von den Gegnern wirklich guter Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan unternommen. Sie ziehen in Zweifel, daß die Beschlüsse der führenden Politiker der UdSSR, der USA und Großbritanniens, den Südteil Sachalins und alle angrenzenden Inseln der UdSSR zurückzugeben sowie ihr die Kurilen zu übereignen, für Tokio bindend sind. Gerade diesen Teil der Jalta-Abkommen nehmen alle möglichen "Kämpfer für die Rückführung der nördlichen Territorien" zum Vorwand für ihr Treiben.

"Nur kurzichtige Leute können sich an dem vergreifen, worauf der europäische und allgemeine Frieden schon seit 40 Jahren beruht, und die historischen Abkommen von Jalta und Potsdam in Zweifel zu ziehen versuchen", sagte Andrej Gromyko. "Ja, diese Abkommen fesseln die Revanchisten aller Schattierungen fest an den Händen. Das war auch Ihre Hauptbestimmung.

Diese Abkommen wurden durch den Gang der Ereignisse selbst dem Völkerrecht zugrunde gelegt. Zwanzig Millionen Sowjetmenschen gaben ihr Leben um des Sieges über den Faschismus willen. Millionen Menschen aus den Ländern der Antihitlerkoalition fielen im Kampf für den Frieden, im Kampf dafür, daß eine Kriegsgefahr nie mehr von deutschem Boden ausgeht.

Den Hitzköpfen, die von einer Revanche und einer Revision der Staatsgrenzen in Europa träumen, sollte man vielleicht sagen: Das deutsche Reich ist im Feuer des zweiten Weltkrieges untergegangen. Es gibt keine Rückkehr zu ihm, es wird auch keine geben."

Die einzelnen Beiträge wurden von
M. Tschernousow (Moskau),
M. Bogdanow (London),
V. Andrejew (Paris),
A. Tolpegin (Bonn),
S. Polikow (Wien) und
J. Tawrowski (Tokio)
vorbereitet

Ökologische Aggression gegen die arabischen Völker

ERST KEINEN BODEN, JETZT AUCH KEIN WASSER

Vor noch nicht langer Zeit ging die Nachricht durch die WeltPresse, daß die israelischen Okkupanten in mehreren Ortschaften des besetzten arabischen Gebiets die Brunnen vergiftet haben. Ebenso das Wasser in den Leitungen der Lehranstalten einiger Städte. Besonders haben die Einwohner von Nablus gelitten. Experten sprechen von einem ökologischen Krieg. Nicht von ungefähr ist das palästinensische Problem in den verschiedenen Organen des UNO-Programms für die Umwelt (UNEP) zur Debatte gestellt worden. An der Verwendung von Umweltfaktoren für militärische Zwecke wurde zuerst in den 30er Jahren in Hitlerdeutschland gearbeitet. In den 50er Jahren nahm man diese Arbeit in den USA auf. Für die Organisierung und Führung eines ökologischen Krieges bestehen bei den Streitkräften der USA und ihrer Bündnispartner entsprechende Strukturen und Befehlssstellen. Geophysikalische, geochemische und andere "ökologische Waffen" sind ins Rüstzeug aufgenommen worden. Die CIA und eine Reihe westlicher Geheimdienste haben sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre für die militärische Ökologie als Sparte eines Geheimkrieges entschieden. Die CIA gab 1977 eine Monographie von Reid Brison zu diesem Thema heraus.

Bei der NATO befassen sich mit solchen Fragen der Wissenschaftliche Ausschuß und der Ausschuß für Wasserprobleme. Koordiniert wird diese Tätigkeit von Henry Durand, dem Leiter des Wissenschaftlichen Ausschusses und Assistent des NATO-Generalsekretärs für Wissenschafts- und Umweltprobleme.

Israel und seine Militärexperten haben schon lange ein Auge auf die ökologischen Forschungen geworfen. Die einschlägigen Forschungen in der BRD werden von ihnen bei der Nachkriegszusammenarbeit mit dieser beobachtet, die amerikanischen

im Zuge der Verstärkung der militärisch-politischen Allianz mit Washington. Für die Bundeswehr war dieses Bündnis von Vorteil, weil ihr die Nachkriegskontrolle bei Arbeiten an den nichtkonventionellen Waffen Schranken zog. Was die USA betrifft, so arbeiteten viele amerikanische Fachkräfte zugleich in Forschungsanstalten Israels mit. Ebenso hatten auch zahlreiche Wissenschaftler Israels eine mehrfache "wissenschaftliche Staatsbürgerschaft", sie betätigten sich in Forschungsanstalten der USA, Großbritanniens und anderer Länder. So ist Ottermann, ein Spezialist für atmosphärische Physik und für die Umweltforschung von Erdsatelliten aus, sowohl an der Ramat-Aviv-Universität in Tel Aviv als auch im EROS-Amt des US-Dienstes für geologische Aufnahmen (Reston, Virginia) tätig. Ein Beispiel für die amerikanisch-israelische ökologische Allianz ist die Forschungszentrale in Haifa, eine Zweigstelle der bekannten Firma International Business Machines, wo Wasserexperten wie Shmuel Gal an der Strategie der Aneignung nahöstlicher Gewässer arbeiten.

Umfangreiche Arbeiten werden auch von den israelischen Nachrichtendiensten geleistet, die — wie im Falle der Atomwaffen — sowohl in die Forschungen der USA im Bereich der ökologischen Waffen als auch in die westlichen Geheimnisse Einblick haben. Aber auch von eigenen Forschungen haben die israelischen Wissenschaftler nicht Abstand genommen. Ihr Thema ist eine "Wasseraggression" gegen die arabischen Länder.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, wie wichtig das Wasser im Nahen Osten ist. Hier drücken sich die gesellschaftlichen Beziehungen von jeher nicht in der klassischen

Form, im Besitz von Grund und Boden, sondern im Besitz von Berieselungsquellen aus. Dementsprechend wurde auch das Recht aufgebaut. Es sieht Privateigentum nicht am Grund und Boden, sondern am Wasser vor. In der Wüste entstehen ohne Wasser ja keine gewinnbringenden Werte. Deshalb begann jede Aggression und Expansion im Nahen Osten mit der Eroberung, Absperrung oder Zerstörung der Quellen.

Eins der frühesten "nationalen Projekte" war der Bau eines Systems zur Wasserüberleitung von Becken zu Becken nicht nur mit zahlreichen Gefälleströmungen in umgekehrter Richtung, sondern auch mit der Leitung des Hauptstroms in geschlossene Sammelrohre großen Durchmessers, die sich in Israel befinden. So ein System ist die "obergaliläische" 50-Meilen-Hauptwasserleitung, die zwischen 1956 und 1964 gebaut wurde. Politisch bedeutete dies, daß den ara-



Die Araber am besetzten westlichen Jordan-Ufer müssen Wasser aus versiegten Brunnen tropfenweise sammeln

Foto aus:
"Democratic Palestine"
(Syrien)

bischen Nachbarn das Jordanwasser abgegraben wurde. Dieses System wurde — wohlgemerkt! — mit Rücksicht auf Kampfhandlungen gebaut (beispielsweise sind die Pumpwerke so in die Felsen eingebaut, daß sie selbst bei einem direkten Atombombeneinschlag unversehrt bleiben würden). Die aggressive Ausrichtung dieses Projekts steht außer jedem Zweifel.

Damals, als die bei der Aggression Israels von 1956 geschlagenen Wun-

den noch bluteten, waren neuerliche Vorbereitungen Israels der Anlaß zu einem gesamtarabischen Gipfeltreffen mit der Zielsetzung, "nicht zuzulassen, daß die Araber überrumpelt werden". Die arabischen Länder legten Protest gegen die Pläne ein, ihnen das Wasser zu nehmen, und legten eine Reihe von Gegenmaßnahmen fest. So beschlossen sie, Wasser aus den Flüssen El Hasbani und Baniyas abzuleiten. Dadurch sollte weniger Wasser in den Tiberias-See fließen, wo die israelische Rohrleitung ihren Anfang nimmt. Das arabische Projekt sah in Libanon den Bau eines Staudamms am El Hasbani, in Syrien einen Kanal zwischen Baniyas und Yarmuk und die Umleitung zusätzlichen Wassers durch den Ghor-Kanal nach Jordanien vor.

Israel seinerseits fand Rückhalt bei den USA. Präsident Johnson schlug eine "Kooperation bei der Behebung des Wassermangels im Nahen Osten" (!?) vor.

Nach Beendigung der Arbeiten am Abzugskanal und am Verteilungsnetz für das Jordanwasser hat Israel die Möglichkeit, auf Wunsch das gesamte Jordanwasser auf das eigene Territorium umzuleiten. Die Besorgnis der arabischen Länder nahm noch zu, als bekannt wurde, daß die "obergaliläische" Hauptleitung obendrein in den arabischen Gebieten zum Versalzen des Bodens führen werde.

Infolge der Aggression von 1967 besetzte Israel das zu Syrien gehörende Becken des Baniyas und das rechte Jordan-Ufer. Nun konnte es über das ganze Wasser Palästinas verfügen. Gleich nach dem Sechs-Tage-Krieg wurde die Gültigkeit der israelischen Gesetze über die Kontrolle der artesischen Brunnen auf das besetzte Gebiet am westlichen Jordan-Ufer ausgedehnt. Von da an bekamen Araber fast nie Erlaubnis zum Brunnenbau.

Den Palästinensern war also fast das ganze Wasser, das doch in dieser Region der wichtigste natürliche Faktor produktiver Arbeit ist, genommen; unter dem Besatzungsregime schrumpfen die Nutzflächen unablässig, und die palästinensischen Bauern werden ruiniert.

Gegenwärtig verbraucht Israel jährlich 500 Mio Kubikmeter Wasser, das ihm durch am Fuße der Berge des westlichen Jordanufers aufgestellte Pumpen zufließt. Die Gewässer der besetzten Gebiete werden nicht weniger ausgeplündert als die Öreviere

auf der Sinaihalbinsel, als diese noch besetzt war. Die Palästinenser, die in Israel und in den besetzten Gebieten etwa 20% des urbaren Bodens bestellen und 32% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung ausmachen, bekommen nur 2% des Wassers.

Im Krieg von 1973 stießen die Truppen Israels gerade an der Stelle des Suezkanals vor, wo der Ismailia-Süßwasserkanal, der Nilwasser führt, in den Suezkanal mündet. Das Abkommen von Camp David enthält einen geheimen Passus, in dem Sadat erlaubte, Nilwasser durch den Ismailia-Kanal auf die von Israel besetzte Sinaihalbinsel zu leiten.

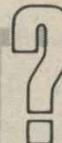
Bemerkenswert ist, daß seinerzeit Moshe Dayan, als er die Grenze "Groß-Israels" präzisierte, hinzufügte, daß sie im Norden an dem libanesischen Fluß Litani entlangzuführen habe. Die unaufhörlichen Provokationen Israels in Südlibanon (dieses trennt der Litani von den Gebieten im Landesinneren) zeugen davon, daß das ernstzunehmen war. Die Bildung eines Separatstaates in Südlibanon und die Lostrennung dieses Gebiets von Libanon wurde nicht zuletzt geplant, damit Israel das Wasser des Litani ständig unter seiner Kontrolle halten könne.

Nicht von ungefähr hat Israel schon einen großen Teil der Vorarbeiten für die Ableitung von Wasser aus diesem südlibanesischen Fluß abgeschlossen. Daraus will es jährlich 150 Mio Kubikmeter Wasser in den Tiberias-See pumpen. Auf Weisung der Behörden Israels ist an der libanesisch-israelischen Grenze und weiter bis zum Tiberias-See ein Flußbett von der Hardali-Brücke bis Tel Nahas ausgehoben worden. Man braucht nur noch die Reservoirs auf den Hardali-Höhen zu öffnen und die Pumpwerke in Betrieb zu setzen. Weitere Reservoirs sollen 120 Mio Kubikmeter fassen.

Im Zuge der Aggression gegen Libanon ist bereits ein großangelegter ökologischer Krieg geführt worden. Die Truppen Israels haben Schläge nicht nur gegen Staudämme und Deiche geführt, wie es die US-Luftwaffe in Vietnam tat. Sie holzen außerdem mit Methode Wälder und Obstgärten ab, was zur Bodenerosion führt.

Es könnten noch mehr ökologische Aggressionsakte angeführt werden, aber es ist ohnehin klar, daß die Abtötung der Umwelt eins der schweren Verbrechen des Zionismus ist.

A. SOLOWJOW



Berichten Sie bitte über die regionalen Gruppen in der UNO.

A. BOGOMOLOW
Moskau

Im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen sind in den fast 40 Jahren ihres Bestehens fünf regionale Gruppen entstanden, zu denen 156 von den 159 UNO-Ländern gehören (die Ausnahme bilden Israel, die RSA und die USA). Die USA beteiligen sich de facto an der Arbeit der sogenannten erweiterten westeuropäischen Staatengruppe.

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe ist die afrikanische. Sie vereint alle 50 Mitgliedsstaaten der Organisation der Afrikanischen Einheit. Die zweitstärkste, die asiatische Gruppe zählt 41 Staaten. Zu ihr gehören auch Fidschi, Papua-Neuguinea, die Samoainseln, die Salomonen und Vanuatu. Die lateinamerikanische Gruppe bildet 33, die erweiterte westeuropäische Staatengruppe 22 Länder Europas sowie Australien, Kanada und Neuseeland. Die osteuropäische Gruppe zählt 11 Mitglieder: Albanien, die Belorussische SSR, Bulgarien, die DDR, Jugoslawien, Polen, Rumänien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, die Ukrainische SSR und Ungarn.

Entsprechend ihrer geografischen Lage ist die Türkei Mitglied sowohl der asiatischen als auch der erweiterten westeuropäischen Staatengruppe.

Die regionalen Gruppen nehmen im System der UNO einen wichtigen Platz ein. Besondere Bedeutung kommt ihnen bei der Verwirklichung des Prinzips der geographisch gerechten Sitzverteilung in den Organen mit begrenzter Vertreterzahl zu. Über die regionalen Gruppen werden auch Vertreter der einzelnen Staaten zu dem einen oder anderen Posten, z. B. zum Vorsitzenden der Vollversammlung, gewählt.

Lesen Sie bitte Chester Crockers Interview in der Zeitschrift "Jeune Afrique". Ich finde, er hat überzeugend verdeutlicht, daß die Politik der "konstruktiven Zusammenarbeit" mit den USA im Süden Afrikas wesentliche Veränderungen zum Besseren bewirkt hat. Sie dagegen kritisieren diese Politik. Was schlagen Sie an ihrer Statt vor! Nur Aufrufe zum Kampf, zu Gewalt. Soll das konstruktiv sein?

Habib Majid ABDELKADER
Rabat, Marokko

sondern eine reale Wandlung. Aber nicht zum Besseren.

Das Grassieren des Bandenunwesens, Gewalt und Blutvergießen in der RSA, in Namibia, Angola und Mocambique: Das bringt die Politik der "konstruktiven Zusammenarbeit" dem Süden Afrikas. Selbst in den USA wird sie — mit gutem Grund — "konstruktive Hetze" genannt. Gehetzt wird zu Gewalt. Im Lichte aller des Gesagten scheint es Ihnen, Herr Abdelkader, nicht doch, daß Ihre Vorwürfe im Hinblick auf die Aufrufe zu Gewalt an die falsche Adresse gerichtet sind? Sie irren sich, wenn Sie solche Aufrufe uns zuschreiben. Es ist nicht unsere Schuld, daß im Süden Afrikas Blut fließt. Wir möchten aufrichtig, daß die Völker dieser Region in Frieden und Eintracht leben. Doch wissen wir, auch aus eigener Erfahrung, daß das ohne den Kampf für Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden nicht zu erreichen ist. Die UdSSR ist mit den Befreiungsbewegungen — ob im Süden Afrikas oder anderswo — solidarisch. Obrigens waren wir es auch mit dem marokkanischen Volk, als es um seine Unabhängigkeit rang.

Aus Ihrem Brief ist nicht zu ersehen, ob Sie ein überzeugter Anhänger der "konstruktiven Zusammenarbeit" sind oder ob es Crocker gelungen ist, Ihnen ein X für ein U vorzumachen. Stimmt die erste Annahme, so muß ich Ihnen sagen, daß sich die Reihen Ihrer Gesinnungsgegnern rasch lichten. Selbst in den USA glauben an diese Politik, wie "Boston Globe" bezeugt, heute höchstens das Amt für afrikanische Angelegenheiten und ultrakonservative Organisationen.

Das US-Blatt hat den Präsidenten offenbar geschont und ihn nicht zu jenen gerechnet, die noch an die "konstruktive Zusammenarbeit" glauben. Schade! Es war ja seine Weisung, daß sich der US-Vertreter auf der 39. UNO-Vollversammlung bei der Abstimmung über die Resolution, die das Apartheid-Regime verurteilt, der Stimme enthielt und hierbei in splendid isolation blieb. Auf diese Art zeigte das Weiße Haus, daß die RSA-Rassisten noch immer einen einflußreichen Freund haben, mit dessen Unterstützung sie das Apartheid-Regime noch härter machen können.

Was uns staunen macht, Herr Abdelkader, war Crockers ungewöhnliches Verhalten zur Presse. Er galt ja als Diplomat, der Kontakte mit Journalisten aus dem Wege ging. Neuerdings wirkt er wie ausgewechselt: eine Pressekonferenz im Dezember, noch dazu im Weißen Haus, dann das weitschweifige Interview für "Jeune Afrique". Beide Male ging es ihm nicht so sehr darum, die Afrikapolitik des US-Präsidenten zu erläutern, wie vielmehr darum, sie zu schützen. Das aber dürfte mit jedem Jahr schwerer fallen. Wir hoffen, Herr Abdelkader, daß auch Sie sich mit der Zeit ihren Gegnern anschließen. ■



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Juri

BOTSCHKARJOW

Wir haben das Interview gelesen, Herr Abdelkader, Sie haben recht, es verdient Aufmerksamkeit, steht doch sein Autor im State Department der USA dem Amt für afrikanische Angelegenheiten vor. Demnach gestaltet er die amerikanische Afrikapolitik mit. Crocker ist der Urheber der von Präsident Reagan so sehr bewunderten Formel "konstruktive Zusammenarbeit" mit der RSA. Aber Crocker generiert nicht nur Ideen, er setzt sie auch um. Wer also könnte die US-Politik im Süden Afrikas besser erläutern als er — und wer könnte sonst behaupten, sie hätte wesentliche Wandlungen in dieser Region bewirkt?

Nach Ihrem Brief zu urteilen, glauben Sie dem US-Diplomaten aufrichtig. Dabei sind im Süden Afrikas in Wahrheit in den letzten vier Jahren überhaupt keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Für eine Illusion solcher Veränderungen — ja, dafür hat man gesorgt.

Ein Beispiel wäre die Frage des Abzugs der RSA-Truppen aus Angola. Crocker versichert, die entsprechende Vereinbarung zwischen Pretoria und Luanda sei "realisiert" worden. Im gleichen Atemzug gibt er zu, daß ein Teil der Okkupationstruppen in Angola bleibt, verrät jedoch nichts darüber, wann sie von dort abziehen werden und ob überhaupt. Angolanisches Territorium bleibt also weiter besetzt. Inzwischen wird es im Februar ein Jahr her sein, seit in Lusaka die Vereinbarung über diese Frage erzielt wurde. Wo bleibt da eine "wesentliche Wandlung"?

Wie konnten Sie Crocker unbesehen glauben, das Regime in der RSA habe "reinen Herzens" die Resolution 435 angenommen, die die Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia vorsieht? Oder seinen Beteuerungen, die RSA sei bereit, selbst einen Sieg der SWAPO bei den Wahlen anzuerkennen? Seine Worte

sind nichts wert, da die RSA ihr Ja zu den genannten Beschlüssen vom Abzug des kubanischen Kontingents aus Angola abhängig macht. Haben Sie diesen Vorbehalt bemerkt, diese Verknüpfung zweier absolut disperater Fragen, zu der die USA und die RSA schon seit mehr als zwei Jahren Zuflucht nehmen? Folglich sind auch in der Namibiafrage keine Veränderungen festzustellen.

Unserer Meinung nach liegt die Quelle der Spannungen im Süden Afrikas im Apartheid-Regime in der RSA. Ohne dessen Abschaffung wird es dort nie einen festen Frieden geben. Die Völker Afrikas und die ganze internationale Gemeinschaft drängen auf eine solche Abschaffung. Crocker konnte diese Frage im Interview mit einer für Afrika bestimmten Zeitschrift nicht übergehen. Aber auch in diesem Punkt gaukelt er nur etwas vor.

In der RSA komme es, so Crocker, zu "positiven Veränderungen", die Reformen, die das Regime durchführen, gingen in "die richtige Richtung" und würden eine "Dynamik" schaffen, die weitere Veränderungen nach sich ziehen werde. Haben all diese kleinen Tricks Sie, Herr Abdelkader, wirklich überzeugt? Haben Sie nicht bemerkt, wie plump Crockers Versuche sind, die Manöver der Rassisten zur Aufrechterhaltung der Apartheid mit dem Schein von Reformen zu verbrämen?

Lesen Sie doch das Interview noch einmal, aber unter einem anderen Gesichtswinkel, beachten Sie dabei nicht so sehr, was da gesagt ist, wie vielmehr, was er mit Schweigen übergeht. Er hat vieles verschwiegen: daß die RSA die Verhandlungen mit der SWAPO über die Feuerstellung in Namibia schon zweimal abbrach, und das Ergebnis ist das Blutvergießen. Er tat, als wisse er nichts über das Bestehen von Terroristenbanden im Süden Afrikas, die vom RSA-Regime unterstützt werden. In Mocambique versorgen die Rassisten die MNR ("Widerstandskräfte von Mocambique") nach wie vor mit Waffen, d. h. sie verstößen grob gegen den Vertrag von Nkomati. Kein Wort sagt Crocker darüber, daß in der RSA selbst die Behörden Ende v. J. erstmals Truppen zur Unterdrückung friedlicher Demonstrationen von Afrikanern einsetzen, die gegen die unerträglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen unter der Apartheid auftraten. Sie müssen mir zugeben, Herr Abdelkader, der Truppeneinsatz ist keine illusorische,

Es lohnt sich

Die Rüstungskonzerne der USA spicken "ihre Männer" in den obersten gesetzgebenden Instanzen des Landes immer reichlich. Vor den Wahlen vom November 1984 spendeten sie für den Wahlkampf von Leuten, die sich im Senat als "brauchbar" erwiesen hatten, wie die Zentrale für Etat- und politische Prioritäten angibt, fast 1 Mio Dollar. Drei Viertel davon flossen den Kandidaten der Republikanischen Partei, vor allem den Mitgliedern des Senatsausschusses für die Streitkräfte, zu. Die großzügigsten "Spender" waren die Konzerne Boeing, General Electric, Grumman, Lockheed, Honeywell und Hughes Aircraft.

Wer steckt dahinter?



Fast ein Jahr schon fahndet die japanische Polizei vergebens nach einer Bande, die die Liebhaber von Süßigkeiten terrorisiert. Sie mischt der Schokolade und dem Konfekt der Firmen Glico, Morinaga und einiger anderer Gift bei. Opfer hat es bisher nicht gegeben, weil die Verbrecher Warnungen auf die Verpackungen drucken. Vor kurzem haben sie aber gedroht, daß sie das in Zukunft unterlassen wer-

den, und das hat eine wahre Panik ausgelöst. Die genannten Firmen werden schwer geschädigt und ihre Konkurrenten reiben sich vermutlich die Hände.

Wie weit darf Strenge gehen?



In den USA sind den Lehrern zusätzliche — polizeiliche — Befugnisse eingeräumt worden. Sie dürfen die Schulkinder eigenmächtig, ohne Zustimmung des Staatsanwalts, durchsuchen. Diesen Entscheid hat das Oberste Bundesgericht der USA Mitte Januar gefällt, NBC zufolge deshalb, "weil die Kriminalität überhand nimmt und in den Schulen immer öfter Waffen und Rauschgift gefunden werden".

In Australien ist's nicht besser

Fast jeder fünfte Australier lebt, laut "Age" (Melbourne), unter der amtlich festgestellten Armutsgrenze. Das Blatt beruft sich auf Untersuchungen der Melbourner Universität, die ergeben haben sollen, daß 540 000 Familien in Australien zu den Armen zählen.

Pfiffig

In England ist Reklame für Zigaretten verboten. Wie aber der britische Ärzteverband festgestellt

hat, haben die Tabakfirmen Hinterfurchen gefunden. So z. B. spenden sie für Wettkämpfe, die im Ausland ausgetragen werden. In den betreffenden TV-Reportagen haben die Zuschauer andauernd ihre Werbung an der Banne der Stadien vor Augen. Daher hätten viele Zigarettenmarken einen steigenden Absatz zu verzeichnen.

Astronaut post mortem

Der amerikanische Astronaut Donald Slayton hat überlegt, wie er aus seiner Popularität am besten Kapital schlagen könnte. Er ist darauf gekommen, ein "kosmisches Bestattungsinstitut" gründen zu können, und verspricht jedem Interessenten, daß seine Asche nach dem Tode in einem Spezialcontainer in den Kosmos befördert werde. Dort könne sie "unendlich im Weltraum kreisen". Bis jetzt sind allerdings noch keine Anwärter für eine solche Reise ins "Himmelreich" aufgetreten.

Mit Kanonen auf Spatzen



Die zahllosen Kriegsmaschinen, die die USA Saudi-Arabien geliefert haben, stehen unbenutzt herum — das Königreich führt ja keinen Krieg. Der Zeitung "Al Ahram" (Ägypten) zufolge haben die saudischen Behörden unlängst aber doch Verwendung für das fliegende Radar — die AWACS — gefunden. Mit ihrer Hilfe wird der Alkoholschmuggel zu See bekämpft. So hat man schon eine Whisky-Fracht aufgespürt, die nach Saudi-Arabien unterwegs war, wo bekanntlich Prohibition herrscht.

Muß geschmeckt haben



Wie AP mitteilt, wurde in Franklin (Vermont, USA) ein 900 Pfund (408 kg) schwerer Fladen gebacken. Er muß gut gewesen sein, denn er wurde von 200 Besuchern des Jahrmarkts in Highgate — von jedem über 2 kg — mit Genuß vertilgt. Zu "Tisch" wurde der Fladen mit einem Hubschrauber befördert.

Trau, schau wem

In Nigeria besteht ein Komitee, das 25 Firmen repräsentiert und die Erzeugung minderwertiger Waren mit gefälschten Markenzeichen dieser renommierten Firmen bekämpft. Hochstilisierte Autobremsen besitzen gegenüber echten nur ein Zehntel der Lebensdauer. Andere Erzeugnisse, z. B. Bücher, sollen aber sogar in besseren Ausgaben als die echten erscheinen.

Früh krümmt sich...

Die spanische EFE-Agentur berichtet über die Besorgnis der Lehrer im bolivianischen Departement Cochabamba, daß bis zu 80% der Schüler häufig den Unterricht versäumen und statt dessen Rauschgift herstellen. Wie festgestellt wurde, werden Kinder zur Erstverarbeitung von Kokablättern, aus denen Kokaïn gemacht wird, eingesetzt. Damit verdienen sie sich ihren Lebensunterhalt und gewöhnen sich zugleich daran, Pitillos — Zigaretten mit Kokainbeigabe — zu rauchen.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

KOMMUNIQUE DER 10. KONFERENZ DER AUSSENMINISTER VON LAOS, KAMPUCHEA UND VIETNAM

Am 17. und 18. Januar 1985 tagte in Ho-chi-Minh-Stadt die 10. Konferenz der Außenminister der Volksdemokratischen Republik (VDR) Laos, der Volksrepublik (VR) Kampuchea und der Sozialistischen Republik (SR) Vietnam.

1. Die Konferenzteilnehmer waren sich darüber einig, daß 1984 beim Anwachsen der Kräfte des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts im erbitterten Kampf mit den Kräften des Imperialismus, des Kolonialismus und der internationalen Reaktion ein Fortschritt erzielt worden ist. Südostasien war Zeuge ungemein wichtiger, für den Kampf zum Schutz und für den nationalen Aufbau der Völker von Laos, Kampuchea und Vietnam günstiger Ereignisse. Mit energischer und effektiver Unterstützung der Sowjetunion, der sozialistischen Ländergemeinschaft, der nichtpaktgebundenen Länder und der Freunde in aller Welt kommen Laos, Kampuchea und Vietnam stetig vorwärts. Die großartigen Erfolge der VR Kampuchea im wirtschaftlichen, militärischen, politischen und diplomatischen Bereich bekräftigen, daß die Ereignisse in Kampuchea unwiderruflich sind, während alle Pläne, die die imperialistischen, expansionistischen und reaktionären Kräfte in den letzten sechs Jahren schmiedeten, um in Kampuchea die blutrünstige Clique Pol Pots wieder zur Macht zu bringen, schmälich gescheitert sind. Es steht unumstößlich fest, daß unter Führung der Revolutionären Volkspartei und der Regierung Kampuchea über 7 Millionen Landesbewohner bei ihrer wunderbaren Wiedergeburt ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Die sogenannte Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea ist nichts anderes als ein Schaffen der Clique Pol Pots, die in Thailand untergekrochen ist und von fremden Staaten gegen ihr Vaterland aufgehetzt und unterstützt wird. Unablässig wächst die Bewegung dafür, daß Pol Pot und seine Komplizen aus Thailand hinausgesetzt werden, damit das Selbstbestimmungsrecht des Volks von Kampuchea gesichert sei. Eigentlich wird die auf Völkermord ausgehende Clique Pol Pots nur vom offiziellen China und von den Reaktionären in den herrschenden Kreisen Thailands unterstützt, weil sie die Wiedergeburt des Volks von Kampuchea vereiteln und ihre eigennützigen Interessen wahrnehmen wollen.

2. Die Konferenzteilnehmer haben die diplomatischen Schritte, die die VDR Laos, die VR Kampuchea und die SR Vietnam im letzten Jahr im Rahmen ihrer Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft und Zusammenarbeit unternommen haben, erörtert. Sie stellen befriedigt fest, daß alle Völker der Welt die berechtigte Stellungnahme und den guten Willen der Länder Indochinas im Hinblick auf den Frieden und die nationale Unabhängigkeit in Südostasien und in der ganzen Welt noch mehr zu schätzen wissen und noch entschiedener unterstützen.

Die Konferenzteilnehmer äußern sich sehr anerkennend über das diplomatische Wirken der VR Kampuchea, besonders über die Besuche ihres Außenministers in mehreren Ländern Afrikas sowie seine umfangreichen Kontakte und seinen Gedankenaustausch mit Schweden und Frankreich. Sie geben ein günstiges Urteil über die vorjährigen Zusammenkünfte der Außenminister von Laos und Vietnam und ihrer Kollegen aus einigen Ländern Südostasiens ab. Diese Zusammenkünfte beweisen, daß die meisten Staaten der Region, abgesehen von noch einigen unbedeutenden Diskrepanzen, immer klarer die Notwendigkeit erkennen, einander durch einen Dialog auf der Basis der Gleichheit und Respektierung der gegenseitigen legitimen Interessen bei der Entwicklung und Stärkung der bilateralen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu helfen und günstige Voraussetzungen für eine Beilegung der regionalen Differenzen ohne Einmischung von außen zu schaffen.

Die Konferenzteilnehmer nehmen die Ansicht einiger ASEAN-Länder zur Kenntnis, daß die Kampuchea-Frage nicht von den ASEAN-Staaten und den Staaten Indochinas erörtert zu werden braucht. Diese richtige Einstellung trägt zur Erweiterung der bilateralen Beziehungen zwischen den Ländern Indochinas und anderen Ländern Südostasiens bei und räumt die für die Erklärung Südostasiens zur Friedenszone und für dessen Stabilität künstlich aufgerichteten Schranken fort. Die Konferenzteilnehmer begrüßen die Absicht einiger Staaten Südostasiens, ihre bilateralen Beziehungen zu Vietnam und Laos auszubauen. Als positive Bemühungen, die nicht nur für die Entwicklung der indonesisch-vietnamesischen Verbindun-

gen auf der Basis von Zusammenarbeit und Freundschaft, sondern auch für die Festigung des Friedens in Asien und der Solidarität der nichtpaktgebundenen Staaten günstig sind, betrachten sie den Besuch Generalleutnant Murdanis, des Oberbefehlshabers der Streitkräfte Indonesiens, in Vietnam; ferner die von Wissenschaftlern Vietnams und Indonesiens abgehaltenen Kolloquien und den bevorstehenden Besuch indonesischer Spitzenpolitiker in Vietnam. Die Konferenzteilnehmer begrüßen die Bemühungen aller Länder Südostasiens und der Welt um die Bereinigung der vorhandenen Differenzen zwischen den Ländern Indochinas und den anderen Staaten sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Region.

Die Konferenzteilnehmer begrüßen den Vorschlag Malaysias, Südostasien zur kernwaffenfreien Zone zu erklären und das Konzept für die Schaffung einer Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität bis zur Lösung des "Kampuchea-Problems" zu realisieren. Die drei Länder Indochinas erklären sich bereit, mit den anderen Staaten Südostasiens an dieser wichtigen Initiative zusammenzuarbeiten.

3. Die Konferenzteilnehmer haben die Absichten gebrandmarkt, mit denen sich die reaktionären herrschenden Kreise Pekings in den letzten sechs Jahren gemeinsam mit den amerikanischen Imperialisten und den Reaktionären aus den herrschenden Kreisen Thailands trugen, die Länder Indochinas durch allerlei Sabotageakte, durch Aufhetzen zur Konfrontation zwischen den Staaten Südostasiens und durch Untergrabung des Friedens und der Stabilität in diesem Raum zu schwächen. Die energisch kämpfenden drei Völker Indochinas wissen ihre Freundschaft mit dem chinesischen Volk, die die Probe der Zeit bestanden hat, sehr zu schätzen und bemühen sich ständig um eine möglichst baldige Wiederherstellung dieser Freundschaft. Die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Vietnam, Laos und Kampuchea einerseits und der VR China anderseits wären für den Frieden und die Stabilität in Südostasien außerordentlich wichtig. Besonders kommt es darauf an, daß beide Seiten guten Willen an den Tag legen. In diesem Sinne

unterstützen die VDR Laos und die VR Kampuchea rückhaltlos die Bemühungen der SR Vietnam um Wiederherstellung des Friedens in Gebieten der vietnamesisch-chinesischen Grenze und um Wiederaufnahme der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

4. Die jetzigen Spannungen an der kampucheanisch-thailändischen und an der laotisch-thailändischen Grenze sind Folgen der Expansionspolitik der reaktionären herrschenden Kreise Thailands den Ländern Indochinas gegenüber. Diese Situation läuft einerseits den Interessen der Völker dieser Länder wie auch anderer Völker Südostasiens zuwider und leistet anderseits nur den auf die Weltherrschaft erpichten äußeren Kräften Vorschub, die versuchen, die Länder dieser Region gegeneinander aufzuhetzen.

Die drei Länder Indochinas bekräftigen nochmals ihr Bestreben und ihre Bereitschaft, alles zu tun, um gutnachbarliche Beziehungen zu Thailand zu entwickeln und dadurch die Grenze zwischen Kampuchea und Thailand sowie zwischen Laos und Thailand zu einer Friedens- und Freundschaftsgrenze zu machen und die Probleme ihrer Beziehungen zu Thailand in Verhandlungen zu bereinigen. In diesem Sinne schätzen die Konferenzteilnehmer die Entschlossenheit der VDR Laos, ihre Souveränität im Raum der drei laotischen Dörfer in der Provinz Sayabouri zu verteidigen, die von Thailand widerrechtlich besetzt sind. Die VR Kampuchea und die SR Vietnam pflichten der rechtmäßigen Stellungnahme und dem guten Willen der VDR Laos rückhaltlos bei und fordern energisch, daß Thailand seine Truppen aus diesen Dörfern unverzüglich abzieht, die gewaltsam nach Thailand verschleppten Bürger von Laos zurückkehren läßt und Ersatz für den dem laotischen Volk von der Armee Thailands zugefügten Schaden leistet, damit sich die Beziehungen der beiden Länder zueinander normalisieren.

Die Konferenzteilnehmer begrüßen alle Bemühungen um die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit beider Länder im Raum der kampucheanisch-thailändischen Grenze bei internationalen Garantien und internationaler Beobachtung sowie darum, daß die Khmer-Reaktionäre die Benutzung von Flüchtlingslagern als Stützpunkte für Kampfhandlungen gegen das Volk von Kampuchea restlos einstellen. Die VDR Laos und die SR Vietnam unterstützen rückhaltlos die Initiativen der VR Kampuchea zu Sofortmaßnahmen, die den Frieden und die Sicherheit längs der Grenze zu Thailand ebenso wie die Rückführung der in Thailand lebenden kampucheanischen Flüchtlinge auf der Basis einhelliger Grundsätze gewährleisten sollen.

5. Im Hinblick auf die Geschichte der Beziehungen von Vietnam, Laos und Kampuchea zu den USA nach dem amerikanischen Aggressionskrieg haben die Konferenzteilnehmer klipp und klar ausgeführt, daß sich die ausgebliebene Normalisierung zur Zeit mit der feindseligen Politik einiger US-Regierungen gegen die Länder Indochinas erklärt. Trotzdem orientieren sich diese unentwegt auf die Zukunft. Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den drei Ländern Indochinas und den USA läge im Interesse aller Beteiligten wie auch im Interesse des Friedens und der Stabilität in Südostasien. Die USA müssen Verantwortungsbewußtsein zeigen und dazu beitragen, in Südostasien einen festen Frieden und Stabilität herzustellen. Die Konferenzteilnehmer begrüßen die Ausdehnung der Kontakte zwischen verschiedenen Schichten des amerikanischen Volkes und politischen Kreisen einerseits und den drei Ländern Indochinas anderseits. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß die kürzlichen Besuche einer Delegation amerikanischer Kongreßmitglieder in Laos, Vietnam und Kampuchea positiv zu werten sind, weil sie zur besseren Verständigung beigetragen und die Bereinigung der Probleme, die die USA ebenso wie die drei Länder Indochinas alarmieren, gefördert haben.

6. In dem dringenden Streben nach möglichst baldiger Herstellung von Frieden und Stabilität in dieser Region bestätigen die Länder Indochinas nochmals, daß sie zur Aufnahme von Verhandlungen mit den interessierten Seiten bereit sind, um eine möglichst baldige Regelung herbeizuführen, die umfassen soll: den Abzug der vietnamesischen Freiwilligen aus Kampuchea und zugleich die Vertreibung der auf Völkermord ausgehenden Clique Pol Pots; Respektierung des Selbstbestimmungsrechts des Volks von Kampuchea und vor allem des Rechts auf ein Leben, frei von der Völkermordgefahr; freie Wahlen für das Volk von Kampuchea im Beisein ausländischer Beobachter; Erklärung Südostasiens zu einer Zone des Friedens und der Stabilität, in der Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung friedlich koexistieren und nicht zulassen sollen, daß sie zum Schaden anderer Länder mißbraucht werden; Respektierung der nationalen Rechte der Länder Südostasiens seitens aller anderen Staaten; internationale Garantien für die Ausführung dieser Abkommen sowie Beobachtung, wie deren Realisierung vor sich geht.

Die drei Länder Indochinas wiederholen ihren Vorschlag, eine internationale Konferenz über alle Probleme anzuberaumen, die den Frieden und die Stabilität in Südostasien betreffen, u. zw. unter Teilnahme aller Staaten dieser Region und

aller anderwärts Staaten, die unmittelbar daran interessiert sind oder bereits einen Beitrag zu Frieden und Stabilität in Südostasien geleistet haben.

Nach Ansicht der drei Länder Indochinas sind Verhandlungen der beste Weg zur Lösung der bestehenden Probleme. Zugleich erklären sie, daß ihre Länder entschlossen sind, den Kampf zum Schutz und für den Aufbau ihrer Länder weiterzuführen. Was die VR Kampuchea betrifft, so sind in den letzten drei Jahren mit ihrer zunehmenden Konsolidierung vietnamesische Freiwillige aus diesem Land abgezogen worden, und das wird dieses Jahr und in den folgenden Jahren weitergehen. In diesem Zusammenhang sprechen die Konferenzteilnehmer die Gewißheit aus, daß sich das sogenannte Kampuchea-Problem im Laufe von 5–10 Jahren von selbst, sogar ohne Regelung durch Verhandlungen, bereinigen wird.

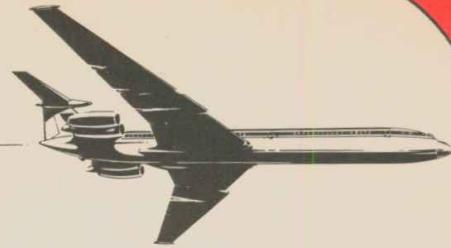
Die VDR Laos und die SR Vietnam wissen die von der VR Kampuchea betriebene Politik der nationalen Einheit, die in der Erklärung Außenminister Hun Sens vom 18. September 1982 und in der Resolution der Nationalversammlung der VR Kampuchea vom August 1984 zum Ausdruck kam, sehr zu schätzen. Weite Kreise der Weltöffentlichkeit begrüßen diese Politik der nationalen Einheit.

Die drei Länder Indochinas haben alles, was in ihren Kräften steht, für den Frieden in Südostasien und in der ganzen Welt getan. Hierzu ausgehend, geben die Konferenzteilnehmer ein hohes Werturteil über die wichtigen Friedensinitiativen der sozialistischen Ländergemeinschaft, besonders der UdSSR, im Hinblick auf sowjetisch-amerikanische Verhandlungen ab, die darauf ausgerichtet sein sollen, das Wettrüsten einzustellen, die internationales Spannungen zu lockern und den Frieden und die Sicherheit aller Völker der Welt zu festigen. Sie erklären sich mit diesen Initiativen restlos einverstanden. Sie messen dem 40. Jahrestag des Siegs über die Faschisten, der in allen Ländern der Welt mit Begeisterung begangen werden wird, große Bedeutung bei. Für die drei Länder Indochinas ist 1985 zugleich ein Jahr, in dem sie selbst wichtige Ereignisse feiern werden: den 40. Jahrestag des Sieges der Revolution in den drei Ländern und den 10. Jahrestag ihres Sieges im Krieg gegen die US-Imperialisten. Diese wichtigen Ereignisse veranschaulichen die Schicksalsverbundenheit der drei Länder Indochinas mit allen anderen Ländern der Welt.

Die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt, daß trotz der noch vorhandenen ziemlich großen Schwierigkeiten und Hindernisse, nichts die Völker der Welt, auch diejenigen Indochinas, davon abhalten kann, ihren hochsinnigen Zielen — Frieden, Unabhängigkeit, Freundschaft und Zusammenarbeit — zuzustreben.

Ho-chi-Minh-Stadt, am 18. Januar 1985

"NEUE ZEIT" 6.85



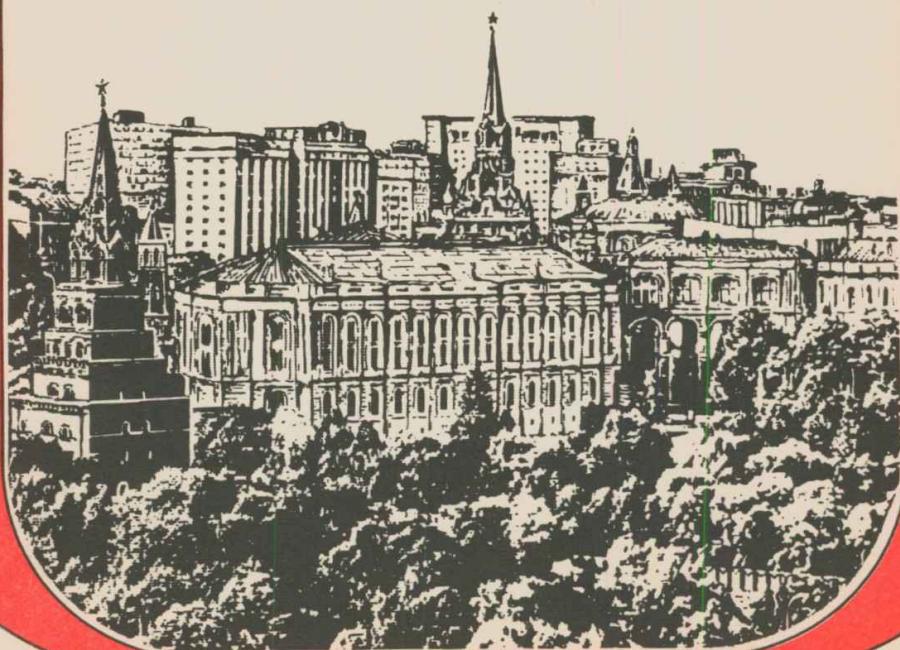
AEROFLOT OFFERIERT

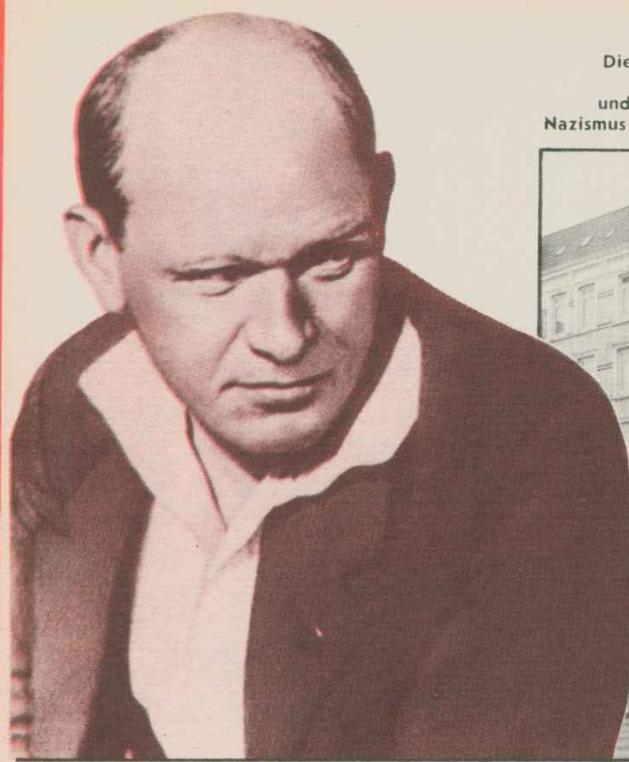
bequemste Flugrouten nach Moskau
zu den XII. Weltfestspielen
der Jugend und Studenten

WILLKOMMEN IN DER UDSSR!

Näheres bei der Aeroflot-Vertretung
in Ihrem Land.

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines





Die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte
in der Tarpenbeckstraße
und das Denkmal der Opfer des
Nazismus auf dem Hamburger Friedhof



Im Objektiv: HAMBURG

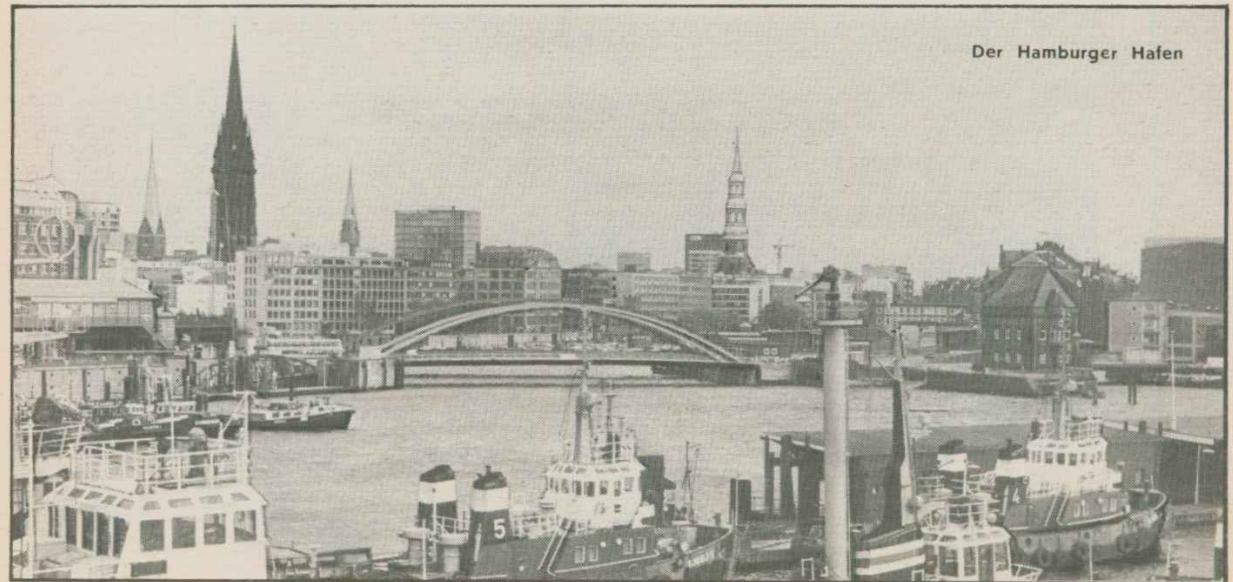
Die Stadt an der Elbe ist den Matrosen vieler Länder gut bekannt. Hamburg ist der größte Hafen der BRD und der zweitgrößte Westeuropas. Die Stadt ist über 1100 Jahre alt und hat noch jetzt viele sehenswerte Baudenkmäler aufzuweisen. Hier trifft man zu jeder Jahreszeit viele Gäste aus den Bundesländern und dem Ausland.

Das Haus Tarpenbeckstraße 66 steht nicht in den Reiseführern, es wird aber von Gästen aus aller Welt aufgesucht. Das ist die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte.

Ernst Thälmann wurde in Hamburg geboren. Sein Leben ist Legende. Er war Abgeordneter des Hamburger Senats und des Reichstags, Vorsitzender der KPD, einflammender Internationalist und Kämpfer gegen Faschismus und Krieg. Die Nazis hassen und fürchteten ihn. Sie verhafteten ihn im März 1933 und hielten ihn mehr als elf Jahre im Gefängnis. Auf direkten Befehl Hitlers und Himmlers wurde Thälmann im August 1944 im KZ Buchenwald ermordet.

Die Völker betrauern die Millionen, die von den Naziherrn zu Tode gepeinigt, "liquidiert" wurden. Sie sind denen unendlich dankbar, die für die Erlösung Europas von der braunen Pest ihr Leben hingegeben haben.

Bildbericht: Albert Pin



Der Hamburger Hafen